



Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2006

Ein Handbuch

Mit dem vorliegenden Jahresbericht 2006 unterrichtet die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages die Öffentlichkeit.

2006

Verfassungsschutzbericht
Land Brandenburg

Erreichbarkeit des Brandenburgischen Verfassungsschutzes

Postanschrift:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg,
Abteilung Verfassungsschutz
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13
14467 Potsdam

Internet:

www.verfassungsschutz.brandenburg.de

Telefon:

0331- 866 2500

Fax:

0331 - 866 2055

E-Mail:

info@verfassungsschutz-brandenburg.de

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
 Referat V/2

Auflage: 4.000
Herstellung: Landesvermessung und Geobasisinformation
 Brandenburg

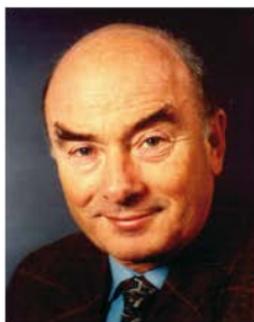
Den Text finden Sie im Internet unter
www.verfassungsschutz.brandenburg.de

1. März 2007

Vorwort

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

das Jahr 2006 bewies mehrfach, dass wir uns gegen Rechtsextremisten behaupten können. Einen kraftvollen Beweis für die Macht friedlicher Bürger lieferte der „Tag der Demokraten“ in Halbe. Gesellschaftspolitisches Engagement lohnt sich und zeigt Erfolge – das ist ein für alle verfassungstreuen Brandenburger ermutigendes Zeichen, das wichtige Signale sendet.



Mit dem „Schutzbund Deutschland“ haben wir – bereits zum fünften Mal in Brandenburg – eine rechtsextremistische Organisation verboten. Die ausgezeichnete Vorarbeit des Verfassungsschutzes hat die Basis für das Verbotsverfahren gelegt. Offensichtlich ist die Szene jetzt so verunsichert, dass mehrere neonazistische Kameradschaften ihre Selbstauflösung bekannt gaben. Das zeigt, dass der Rechtsstaat wehrhaft ist. Die richtige Kombination von Repression und Prävention, verbunden mit Bürgerengagement, hat in Brandenburg die rechtsextremistische Gewalt erneut zurückgedrängt. Allerdings hat die Zahl linksextremistischer Gewalttaten erstmalig zugenommen und sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Der Rechtsstaat wird gegen Gewalttäter jeder politischen Richtung weiterhin entschlossen alle gesetzlichen Mittel einsetzen.

Auf dem Gebiet des organisierten Rechtsextremismus beobachten wir seit einigen Jahren verstärkte Bemühungen, sich demokratiekonform und bürgernah zu geben. Das täuscht über die zunehmende Aggressivität rechtsextremistischer Parteien nicht hinweg. Vor allem gegenüber der Jugend setzen sie alles ein, um ihre Ideologie zielgruppenorientiert zu verkaufen. Die DVU bringt sich zunehmend bei Skinhead-Konzerten ein, die NPD beteiligt sich an der Produktion von CDs mit teilweise verfassungsfeindlichen Inhalten. Bisher waren diese Anstrengungen erfolglos. Nicht zuletzt durch die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes konnten mehrere in Brandenburg geplante Skinhead-Konzerte verhindert werden. Und die mit viel Propaganda angekündigten

Verteilaktionen der so genannten „Schulhof“-CDs verloren sich durch den Einsatz der Sicherheitsbehörden in regionalen Einzelaktionen.

Wir werden, wie bisher schon, alle Möglichkeiten des Rechtsstaates konsequent ausschöpfen, um gegen den Rechtsextremismus vorzugehen – ganz gleich, welche Strategien er anwendet.

Das zweite Themenfeld, das die besondere Aufmerksamkeit der Brandenburger auf sich zieht, ist der anhaltende Terrorismus islamistischer Fundamentalisten. Zwar haben wir in Brandenburg keine bedeutenden Zentren des islamistischen Extremismus, nehmen aber die Drohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland sehr ernst. Ein halbes Jahr nachdem der Stellvertreter Bin Ladens, Ayman al-Zawahiri, Deutschland namentlich als Gegner benannte, fanden Sprengstoffanschläge auf zwei Regionalzüge in Koblenz und Hamm statt, die glücklicherweise fehlschlugen. Das ist eine konkrete Gefahr. In diesem Zusammenhang wird die Verantwortung des Verfassungsschutzes bei der Stärkung der wehrhaften Demokratie sehr deutlich.

Abgestimmte Sicherheitskonzepte sind deshalb lebenswichtig. Schon mit dem vor zwei Jahren aufgebauten Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum von Nachrichtendiensten und Polizei haben wir die Erfahrung gemacht, dass schneller Austausch und umfassende Analyse von Informationen die Terrorismusprävention maßgeblich unterstützen. Ich bin überzeugt, dass die Einführung der bundesweiten Anti-Terror-Datei ein weiterer entscheidender Schritt zu einer effektiven präventiven Arbeit ist. Das Gemeinsame-Dateien-Gesetz (ATD-Gesetz) ist am 31. 12. 2006 in Kraft getreten; das Brandenburgische Polizeigesetz ist verabschiedet.

Dem Netzwerk des Terrors müssen wir mit gebündelten und gezielt eingesetzten Erkenntnissen gegenüberreten. Wie erfolgreich die effiziente Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sein kann, hat nicht zuletzt der friedliche Verlauf der Fußball-WM bewiesen.



Jörg Schönbohm
Minister des Innern des Landes Brandenburg
Potsdam, 1. März 2007

Perspektiven 2007

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

der Brandenburger Verfassungsschutz trägt nun schon seit 15 Jahren dazu bei, über die Gefahren des Extremismus aufzuklären. Entscheidender Bestandteil dieser Arbeit ist die Information der Landesregierung und anderer zuständiger Stellen, ebenso die vom Gesetzgeber geforderte Unterrichtung der Öffentlichkeit. Mit diesem Handbuch legen wir den 13. Verfassungsschutzbericht vor, der alljährlich in hoher Auflage als Broschüre oder als pdf-Datei angefordert wird.



Die größte Gefahr für ein friedliches Miteinander geht in Brandenburg noch immer vom Rechtsextremismus aus. Zwar ist es erfreulich, dass das Interesse an unorganisierten rechtsextremistischen Gruppierungen wie auch die Akzeptanz von völkischen Phrasen und deren Urhebern gerade bei jungen Menschen deutlich gesunken sind. Mit einem nach wie vor bestehenden harten und damit gewaltbereiten Kern dieser Szene dürfen wir uns aber nicht abfinden. Der Verfassungsschutz wird speziell auf diese Gruppe zielende Interventions- und Präventionskonzepte fortführen. Dabei setzen wir nicht nur auf die bewährte Zusammenarbeit mit Polizei, Justiz und Kommunen.

Wenn wir uns noch wirkungsvoller mit dem rechtsextremistischen Gedankengut in unserer Gesellschaft auseinandersetzen wollen, müssen wir informieren, aufklären und die Verfechter schräger Weltbilder zumindest einige Zweifel spüren lassen. Deshalb werden wir 2007 unsere Zusammenarbeit mit Schulen verstärken. In unsere „Schultour“, eine planmäßige Vortragsreihe für Schüler, werden bisherige Erfahrungen, etwa mit unserem Planspiel „Demokratie und Extremismus“ oder aus der Teilnahme an Camps der Jugendfeuerwehren einfließen.

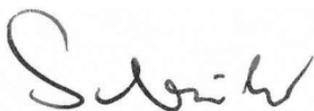
Weiterhin wollen wir die schon bestehenden Kontakte zu Organisationen und Verbänden, die in Netzwerken gegen Gewalt oder im Landes-

präventionsrat aktiv sind, gezielt ausbauen. Mit ihnen sind auch weitere Symposien und Fachtagungen, insbesondere zum Thema „Internet“, vorgesehen.

Das besondere Augenmerk des Verfassungsschutzes gilt weiterhin der rechtsextremistischen Musikszene. Deren vermehrte Aktivität beweist, dass Skinhead-Musik und Skinhead-Konzerte als wichtiger Einstieg, als Kontaktbörse und als Werbeveranstaltung dienen. Zum Teil bilden sich Mischszenen mit Rockern und Hooligans heraus. Diese vordergründig unpolitischen Kontakte sind durch ähnliche politische Grundeinstellungen und durch Gewaltbereitschaft äußerst gefährlich; sie gilt es noch genauer zu betrachten.

Unser Auftrag „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ zeigt Ergebnisse. Viele Brandenburger schauen aufmerksamer hin, wenn sie extremistische Aktivitäten sehen oder vermuten. Sie rufen ohne Scheu vor einem „Nachrichtendienst“ an oder melden uns per E-Mail verfassungsfeindliche Symbole, Kennzeichen oder Sprüche und ermöglichen so eine bessere Analyse des Extremismus in unserem Land.

Der Erfolg von Halbe, der den zweifelhaften Ruf als Wallfahrtsort der Rechtsextremisten im Herbst 2006 stark erschütterte, beweist erneut, dass Neonazis in Brandenburg von einer breiten, durchaus vielschichtigen demokratischen Mehrheit nicht geduldet werden. Rechtsextremisten werden in Brandenburg auch weiterhin unter dem Druck einer breiten Öffentlichkeit stehen, die Demokratie will und Extremismus ablehnt.



Winfriede Schreiber
Leiterin der Abteilung Verfassungsschutz
im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Potsdam, 1. März 2007

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, die „Deutsche Volksunion“ und der „Deutschland-Pakt“	9
Die NPD in den Bundesländern: gestärkte kommunale Basis	9
Die NPD in Brandenburg: schwache Wirkung auf die Öffentlichkeit	14
Kooperation von NPD und Neonazis	23
Die DVU in Brandenburg – quo vadis?	27
Der „Deutschland-Pakt“ – Modell ohne Zukunft?	30
Prognose	31
Neonazis in Brandenburg: Verbote, Auflösungen und Scheinauflösungen	33
Verbot „Schutzbund Deutschland“	33
Langfristige Wirkung früherer Verbotsmaßnahmen	38
Weitere Aktionen von Neonazis in Brandenburg	40
Fazit	47
Musik als gemeinsames Erkennungsmerkmal	49
Rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg	52
Indizierungsanregungen des Verfassungsschutzes Brandenburg	58
Exekutivmaßnahmen	59
Ausblick	59
Geschichtsrevisionismus in Brandenburg: Von der Leugnung des Holocaust zur „Kommissarischen Reichsregierung“	61
Die Holocaust-Konferenz in Teheran	63
Der Zündel-Prozess in Mannheim und andere Strafverfahren	63
Der „Mahler-Prozess“ in Potsdam	67
Revisionismus und „Reichsregierung“	68

Extremisten online	71
Ausblick	81
Autonome Antifa und Anti-Antifa	83
Beispiele für linksextremistisch motivierte Gewalt	86
Beispiele für rechtsextremistisch motivierte Gewalt	88
Recherchearbeit	90
„Daten-Antifa“	92
Antifaschistische Bündnisarbeit	92
Ausblick	93
Fortschreitende Auszehrung: Linksextremistische Parteien und Organisationen	95
Die islamistische Bedrohung	101
Die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden	106
Prognose	111
Spionageabwehr – warum?	113
Verfassungsschutz durch Aufklärung	119
Anhang	125
Personenpotenziale	125
Extremistische Parteien und Gruppierungen	129
Glossar	133
Gesetzestexte	151
Personen- und Sachverzeichnis	183

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Deutsche Volksunion“ und „Deutschland-Pakt“

In Brandenburg betätigten sich 2006 zwei rechtsextremistische Parteien. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU), der 2004 zum zweiten Mal der Einzug in den Landtag gelang und die vor allem im Süden Brandenburgs eine Reihe von kommunalpolitischen Mandaten hat, aber ansonsten im Land kaum präsent ist. Anders die NPD: Sie hat zwar zugunsten der DVU auf eine eigene Kandidatur zur Landtagswahl 2004 verzichtet – die DVU trat im Gegenzug nicht bei der parallel stattfindenden Landtagswahl in Sachsen an – dafür setzt sie explizit auf Strukturen in der Fläche. Die später als Teil einer „Volksfront“ bezeichnete Einigung zwischen NPD und DVU wurde mit dem „Deutschland-Pakt“ beider Parteien vom 15. Januar 2005 in eine vertragliche Form gegossen. Dieser sieht für 2009 vor, dass ausschließlich die DVU für den neuen Landtag in Brandenburg kandidiert. Die NPD soll mit Listenplätzen für NPD-Mitglieder beteiligt werden.

Ob die NPD sich 2009 noch an den „Deutschland-Pakt“ gebunden fühlen wird, ist allerdings fraglich, denn die Partei sieht den Wahlen mit neuem Selbstbewusstsein entgegen: Nach dem Mitgliederverlust durch die Abspaltung im Jahre 2004 (Gründung „Bewegung Neue Ordnung“) konnte die NPD 2005/2006 ihren Landesverband wieder aufbauen. Die Partei präsentiert sich inzwischen verstärkt in der Öffentlichkeit und bemüht sich, ihre Basis für die Kommunalwahlen 2008 auszubauen.

Die NPD in den Bundesländern: gestärkte kommunale Basis

In Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD am 17. September 2006 mit 7,3 Prozent der Stimmen in Fraktionsstärke in ihr zweites Landesparlament seit 1967 ein. Am selben Tag gelang es der Partei auch in Berlin, in vier Bezirksparlamenten Mandate zu erringen. Seitdem flaute die öffentliche Empörung und Diskussion über die Partei kaum ab, immer wieder wurden Rufe nach einem Verbot der NPD laut.

Bundesweit verfolgt die NPD das Ziel, sich in den Kommunen zu verankern. Sie strebt danach, eine solide Basis in der Bevölkerung zu erlangen, die Wahlerfolge ermöglichen soll – wie Wahlerfolge umgekehrt die Verankerung der Partei in den Kommunen fördern sollen. In Sachsen zeigt diese „Verbürgerlichungsstrategie“ der NPD Ergebnisse: In der Sächsischen Schweiz gelang es der Partei, angesehene Bürger, z. B. Uwe Leichsenring, einen Fahrlehrer, sowie einen Arzt, als Multiplikatoren ihrer Weltanschauung zu gewinnen. Dass Leichsenring, der im August 2006 tödlich verunglückte, gute Kontakte zu der verbotenen rechtsextremistischen Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ hatte, störte die NPD nicht. In Mecklenburg war es ein Juwelier, der Spitzenkandidat der NPD wurde. Hier hatte sich die Partei zunächst in örtlichen Bürgerinitiativen, aber auch bewusst in Kindergärten, Elternräten und Vereinen organisiert, um eine bürgerliche Fassade aufzubauen. Am bekanntesten wurde die Aktion „Schöner und sicherer wohnen in ...“, deren Gründung die NPD in Uecker-münde förderte. Ihr Ziel war es, Stimmung gegen ein Asylbewerberheim im Stadtzentrum zu machen. Dementsprechend versuchte die NPD in Berlin, sich an die Spitze von Bürgerprotesten gegen den Bau einer Moschee in Pankow zu setzen, um diese Bürgerbewegung für ihre fremdenfeindliche Propaganda zu instrumentalisieren.

Diese Strategie der NPD war teilweise erfolgreich und führte zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen. Hatte die NPD im Jahr 2005 noch etwa 6.000 Mitglieder, so waren es ein Jahr später 1.000 Mitglieder mehr. In Brandenburg konnte die Partei die Zahl ihrer Mitglieder von 190 auf 230 steigern. Damit einher geht ein offensiv zur Schau gestelltes Selbstbewusstsein: Am 11. und 12. November 2006 hielt die NPD ihren Bundesparteitag erstmals in der „Reichshauptstadt“ Berlin ab, nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschieden hatte, das Bezirksamt Reinickendorf müsse der NPD einen Saal zur Verfügung stellen. Darüber hinaus kooperiert die Partei inzwischen offen mit Neonazis und ihren Kameradschaften; NPD-Mitglieder treten vermehrt als Anmelder von Demonstrationen und Veranstaltungen auf, die sich sowohl an Anhänger der NPD wie auch an Neonazis richten. So meldete ein sächsischer NPD-Landtagsabgeordneter für den 9. Dezember 2006 unter dem Motto: „Menschenrecht bricht Staatsrecht – staatliche Repression öffentlich machen!“ eine Demonstration im brandenburgischen Lübben an. Es beteiligten sich 160 Rechtsextremisten, hauptsächlich aus der Neonaziszene Nordsachsens und Südbrandenburgs.

Die Bilanz der NPD für 2006 sieht auf den ersten Blick positiv aus: Innerhalb von zwei Jahren gab es zwei Wahlerfolge, die Mitgliederzahlen steigen, die kommunale Verankerung wächst, der „Deutschland-Pakt“ mit der DVU funktioniert noch, und die Bedeutung der Partei ist so groß, dass auch Neonazis bei Veranstaltungen gern die Hilfe der NPD in Anspruch nehmen oder deren Wahlkampfveranstaltungen „Schutz“ gewähren.

Ein genauerer Blick in die Strukturen der NPD offenbart allerdings, dass tragende Teile dieser Erfolge rissig sind: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag befindet sich in einem Stadium fortgeschrittener Auflösung, die Partei leidet chronisch unter einem Mangel an geeignetem Führungspersonal, ihre Finanzsituation ist desolat, und sie bringt sich durch zweifelhafte Immobiliengeschäfte in negative Schlagzeilen.

Ende 2005 verließen drei NPD-Abgeordnete ihre Fraktion im Sächsischen Landtag, weil sie der Auffassung waren, der Partei komme ihre Basis abhanden. Im November 2006 schloss die Fraktion den Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel aus, der wegen dubioser Finanzgeschäfte und wegen Äußerungen, in denen er den Nationalsozialismus verherrlichte, untragbar geworden war. Nach seinem Fraktionsausschluss und Parteiaustritt versuchte Menzel, eine Waffe in den Landtag zu schmuggeln. Darüber hinaus läuft gegen Matthias Paul, ein weiteres ehemaliges Fraktionsmitglied, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Besitz und Verbreitung von Kinderpornographie. Der Unfalltod von Uwe Leichsenring war auch deshalb für die NPD schmerzhaft, weil er der letzte verbliebene eloquente Vertreter der sächsischen Basis im Landtag war.

Inzwischen gibt die NPD selbst zu, dass ihr kaum fähige Führungspersönlichkeiten zur Verfügung stehen und sie deshalb 2004 bei der Besetzung der Listenplätze nicht wählerisch sein konnte. Für die Zukunft verspricht die Partei zwar Besserung, bleibt aber die Antwort schuldig, woher sie geeignete Kandidaten rekrutieren will. Die dünne Personaldecke machte sich auch beim Aufbau der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern bemerkbar. Da keiner der frisch gewählten Abgeordneten das nötige Know-how für das politische Alltagsgeschäft hatte, wurde die sächsische Fraktion um Hilfe gebeten. Nun leistet der Koordinator für Sachsen, der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Peter Marx, die Aufbauarbeit in Schwerin – in Dresden scheidet er damit für eine kontinuierliche politische Arbeit aus.

Auch der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, füllt eine Doppelfunktion aus: Neben seinem Parteiamt hat er ein Mandat in der Bezirksverordnetenversammlung des Berliner Bezirkes Treptow-Köpenick. Es ist nicht davon auszugehen, dass Voigt sich allzu viel Zeit für die kommunalen Probleme des Berliner Bezirkes nehmen wird. Eine solche symbolische Besetzung von Mandaten verdeutlicht nicht nur die dünne Personaldecke der NPD, sondern zeigt dem Wähler auf längere Sicht auch, dass er von der Partei nicht mehr als symbolischen Aktionismus erwarten kann.

Bedrohlich könnte sich für die NPD auch ihre andauernd desolate Finanzsituation auswirken: Die Bundestagsverwaltung fordert weiterhin 870.000 Euro Staatszuschüsse zurück, die ausbezahlt wurden. Diese Zahlungen basierten auf Rechenschaftsberichten der NPD, die in den Jahren 1997 und 1998 auf der Grundlage gefälschter Spendenquittungen zustande gekommen waren. Der ehemalige Thüringer Landesvorsitzende, Frank Gokowski, war für diese betrügerischen Manipulationen verantwortlich. Die geforderte Summe kann die chronisch unterfinanzierte NPD nicht aufbringen, zumal sie gerade in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin teure Wahlkämpfe geführt hat und ihre Möglichkeiten, Bankkredite zu bekommen, sehr begrenzt sind. Wahrscheinlich muss die Partei nun hauptamtliche Mitarbeiter einsparen.

Auch zweifelhafte Immobiliengeschäfte warfen 2006 ein negatives Schlaglicht auf die Partei. In der jüngsten Vergangenheit kam es zu medienwirksamen Versuchen von NPD-Mitgliedern, Immobilien für Parteizwecke, z. B. für Schulungen, zu erwerben. Gemeinsam war diesen Fällen, dass überhöhte Preise für unattraktive Objekte gezahlt werden sollten und dass bei allen Immobilien die jeweilige Kommune ein Vorkaufsrecht hatte. So sorgte das Vorhaben des inzwischen in die NPD eingetretenen Rechtsanwalts Jürgen Rieger, ein marodes Hotel in Delmenhorst (Niedersachsen) zu kaufen und zu einem NPD-Veranstaltungszentrum umzubauen, für Schlagzeilen. Der Verdacht liegt nahe, dass Verkäufer und rechtsextremistischer Kaufinteressent mit der Angst der Kommune vor einem drohenden Imageverlust spielten: Die Gemeinde sollte gedrängt werden, ihr Vorkaufsrecht zu einem überhöhten Preis geltend zu machen. In Bayern und Rheinland-Pfalz ermittelt die Staatsanwaltschaft in ähnlichen Fällen. Im Januar 2007 ging dann in Brandenburg das Gerücht um, Rieger plane nunmehr, ein Grundstück in Kleinow (Landkreis Prignitz) zu kaufen. Sowohl der Eigentümer des Grundstücks als auch Rieger dementierten dies später.

Die NPD versuchte im Übrigen, die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland als Bühne für ihre Propaganda zu missbrauchen. Sie brachte zwei WM-Planer heraus, beide mit der Überschrift „Weiß – Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte Nationalmannschaft!“. Der DFB und ein Spieler erstatteten Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung. Mit Erfolg: Die Berliner Staatsanwaltschaft ließ am 6. April den ersten WM-Planer per einstweiliger Anordnung beschlagnahmen, am 8. Juni auch dessen überarbeitete Fassung. Als weitere Aktionen zur WM meldete die NPD mehrere Demonstrationen an. Im Frühjahr dämmerte den NPD-Verantwortlichen allerdings, dass NPD-Demonstrationen während der WM entweder überhaupt kein öffentliches Interesse finden oder auf breiten Unmut stoßen würden. Nach und nach zog die Partei alle Anmeldungen zurück. Nur am 10. Juni fand in Gelsenkirchen eine Demonstration der NPD statt, an der aber weniger als 100 Rechtsextremisten teilnahmen. Auch angekündigte Solidaritätskundgebungen von NPD-Mitgliedern am Rand der Spiele der iranischen Nationalelf blieben aus. Allgemein löste die Begeisterungswelle für die deutsche Nationalmannschaft bei der NPD gemischte Reaktionen aus: Einerseits wurde sie als Teil der „BRD-Spaßkultur“ empfunden, andererseits wurde sie als Basis für die Herausbildung eines „echten Nationalgefühls“ begrüßt. Eine NPD-Aktion, mit der die Partei von der Begeisterungswelle zu profitieren hoffte, war das Verteilen von Aufklebern mit der Aufschrift „Ein Herz für Deutschland“. Die Aktion stieß kaum auf Interesse.

Zu Großveranstaltungen der NPD kamen verschiedentlich Vertreter anderer europäischer rechtsextremistischer Parteien. Grußworte solcher Parteien wurden verlesen, z. B. auf dem Bundesparteitag der NPD im November in Berlin oder auf dem Pressefest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ am 5. August in Dresden. Gäste vertraten u. a. die spanische „Falange“, die „Noua Dreapta“ aus Rumänien sowie die griechische „Patriotic Alliance“. Wie die NPD gehören diese Organisationen der „Europäischen Nationalen Front“ (ENF) an, einem Zusammenschluss europäischer rechtsextremistischer Parteien. Bisher ist das Bündnis allerdings über symbolische Gesten nicht hinaus gekommen, eine praktische Zusammenarbeit der Parteien findet aufgrund historisch und ideologisch bedingter Vorurteile der Parteien untereinander nicht statt. Die Kontakte der NPD zur in der Tradition Francos stehenden spanischen „Falange“ sind recht gut, Kontakte zu polnischen rechtsextremistischen Organisationen meidet sie dagegen. Im November 2005 beschlossen die NPD, die „Falange“, die „Noua Dreapta“,

die „Patriotic Alliance“ und die italienische „Forza Nuova“, die ENF neu zu ordnen und drängten andere osteuropäische Organisationen aus dem Bündnis. Mehr als eine symbolische Politik hat diese neue ENF bisher aber nicht zustande gebracht.

Die NPD in Brandenburg: schwache Wirkung auf die Öffentlichkeit

Die NPD hat in Brandenburg bisher keinen Erfolg mit ihrem Versuch, in die Mitte der Gesellschaft einzusickern: Der Aufbau von kommunalen Strukturen kam 2006 kaum voran. Dazu trägt auch die Schwäche des Landesverbandes bei, der nicht in der Lage ist, die Aktivitäten der fünf regional sehr unterschiedlich ausgeprägten Kreisverbände zu bündeln. Hinzu kommt eine heterogene Mitgliedschaft: Einige Kreisverbände bestehen aus NPD-Mitgliedern „alten Schlags“, sie sind „deutschnational“ ausgerichtet und kaum bereit, mit der Neonaziszene zusammenzuarbeiten. Andere Kreisverbände haben einen hohen Anteil an jüngeren und radikaleren Mitgliedern, die auf eine Kooperation mit den Neonazis setzen. Insgesamt konnte die Brandenburger NPD bislang kaum Anhänger in den örtlichen rechtsextremistischen Jugendszenen gewinnen, im Gegensatz zur NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch gelang es der Partei nicht, gutbürgerliche Personen an sich zu binden. So ist der NPD-Landesvorsitzende Klaus Beier ein Parteifunktionär ohne regionale Verwurzelung in Brandenburg. In den Vorständen der Kreisverbände sind lediglich kleine Gewerbetreibende, Angestellte und ein Gymnasiast. Und obwohl sich einige NPD-Mitglieder in Brandenburg um eine rhetorische Schulung bemühen, gelingt es der überwiegenden Mehrheit kaum, ihre Parolen in der Öffentlichkeit überzeugend zu vertreten.

Nur organisatorisch ist die NPD in Brandenburg im Aufschwung. Nach der Wiederbelebung des Kreisverbandes Spreewald Anfang 2005 und der Gründung eines Ortsverbandes in Rathenow wurde im Dezember 2006 der Kreisverband Barnim-Uckermark neu gegründet. Die Wiederbelebung des Ortsverbandes Frankfurt (Oder) steht ebenfalls bevor. Für den Kreisverband Havel-Nuthe wurde im Mai 2006 ein neuer Vorstand gewählt, so dass dessen Mitglieder in Zukunft unabhängiger als bisher vom Kreisverband Oberhavel agieren können.

Trotz dieses Aufbaus von Kreisverbänden ist die Zahl der NPD-Mitglieder in Brandenburg nur leicht gestiegen, von 190 auf 230 Mitglieder. Dies deutet darauf hin, dass die neu gegründeten Kreisverbände nur über eine schmale personelle Basis verfügen. Wie wenige Mitglieder die neuen Kreisverbände bevölkern, lässt sich vielfach ablesen: Weil Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Spreewald sich nicht in der Lage sahen, die Mitglieder im Landkreis Elbe-Elster zu betreuen, schloss der Kreisverband Spreewald im März 2006 ein Kooperationsabkommen mit dem sächsischen Kreisverband Riesa/Großenhain, der die NPD-Mitglieder im Landkreis Elbe-Elster betreut, bis diese einen eigenen Kreisverband gründen.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Ortsverband Strausberg, der bis 2005 monatliche Stammtische abhielt, eine eigene Internetpräsenz (www.npd-strausberg.de) hatte, in der ersten Jahreshälfte 2006 seine Aktivitäten praktisch einstellte, um seine Arbeit am 20. Oktober 2006 wieder aufzunehmen. Er soll u. a. die Mitglieder aus dem Raum Bad Freienwalde mitverwalten.

Die NPD hatte 2006 in Brandenburg 230 Mitglieder, es fehlt ihr allerdings weiterhin ein Jugendverband: Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) haben keine nennenswerten Gruppen in Brandenburg, im Gegensatz zum Jahr 2000, als zu den 225 regulären NPD-Mitgliedern noch die Mitglieder der JN hinzu kamen. In den Jahren nach 2000 ließen das NPD-Verbotsverfahren und die Abspaltung ganzer Kreisverbände das Mitgliederpotenzial auf 130 (Anfang 2004) schrumpfen. Es ist der NPD in den vergangenen Jahren gelungen, das Personenpotenzial, über das sie in Brandenburg bereits im Jahr 2000 verfügte, zurückzugewinnen. Möglicherweise kann die Partei ihre Mitgliederzahlen in den kommenden Jahren noch etwas steigern. Zuwachsraten wie in Sachsen können aber für die nahe Zukunft ausgeschlossen werden, da keines der führenden Mitglieder der Partei bisher kommunal so stark verankert ist wie die NPD-Kader in Sachsen.

Insgesamt gelingt es dem NPD-Landesverband Brandenburg kaum, eine Wirkung auf die Öffentlichkeit zu erzielen. Allein durch gezielte Provokationen kann er auf sich aufmerksam machen. So veröffentlichte die NPD nach ihrem Landesparteitag in Borgsdorf (Landkreis OHV) am 29. Oktober 2006 in einer Presseerklärung, dass es ein zentrales Ziel sei, eine Mehrzweckimmobilie zu erwerben. Diese wolle die Partei als Geschäftsstelle,

Begegnungs-, Kultur- und Weiterbildungszentrum nutzen. Es lägen bereits mehrere Angebote vor.

Diese Verlautbarung ist als PR-Trick zu werten, der dem Parteitag ein breites Medienecho sichern sollte. Denn es ist äußerst fraglich, ob die NPD in Brandenburg über ausreichende Mittel verfügt, eine Immobilie in der geplanten Größenordnung zu erwerben. Laut Rechenschaftsbericht der Partei von 2004 (Bundestagsdrucksache 16/1271) verfügte die NPD in Brandenburg in jenem Jahr – Landesverband und Kreisverbände zusammengenommen – über ca. 15.000 Euro, und nach dem kostspieligen Bundestagswahlkampf von 2005 dürfte dieses Vermögen eher kleiner als größer geworden sein.

Einen weiteren Ansatz, mehr Öffentlichkeit zu erreichen, verfolgt die Brandenburger NPD durch die Ausweitung ihrer Präsenz im Internet. Der Internetauftritt des Kreisverbandes Spreewald (www.npd-spreewald.de) besteht seit Februar 2006.

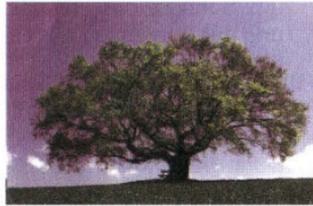
Der Kreisverband Barnim-Uckermark hatte sogar schon vor seiner Gründung eine eigene Internetseite (www.npd-barnim.de). Am 19. August 2006 stellte er außerdem ein Forum ins Internet, im November wurde die Seite als Netztagebuch konfiguriert („Nationales Netztagebuch“). Der Kreisverband Oderland nutzt seine Internetpräsenz (www.npd-oderland.de), um über seine Aktivitäten zu berichten oder im Vorfeld von Veranstaltungen Anhänger zur Teilnahme zu mobilisieren.

Aktivitäten der fünf Kreisverbände

Der **NPD-Kreisverband Oderland** ist der flächengrößte und aktivste Kreisverband innerhalb der Brandenburger NPD, nur ihm ist es gelungen, sich ansatzweise in den Kommunen zu etablieren und Stammwähler zu gewinnen. In Fürstenwalde – mit seinem Ortsverband – und in Storkow hat die Partei Mitglieder, die sich seit Jahren, wenn auch mit geringer Außenwirkung, engagieren. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Oderland ist Klaus Beier, der außerdem NPD-Landesvorsitzender in Brandenburg und NPD-Bundespressesprecher ist. Seit 1998 sitzt er im Bundesvorstand der NPD, beim Bundesparteitag im November 2006 wurde er mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Beier gehört zu den wenigen hauptamtlichen Funktionären der Partei.

An alle Haushalte mit Tagespost

***Das passiert,
wenn die
NPD regiert ...***



***für ein besseres
Deutschland***

***NPD
Die Nationalen***

Wahlpropaganda der NPD

Mit Klaus Beier und Lars Beyer ist die NPD seit 2003 aufgrund von 2,94 Prozent der Wählerstimmen im Kreistag Oder-Spree vertreten. Beide Abgeordneten sind allerdings bisher kaum aufgefallen. Wenn sie öffentliche Aufmerksamkeit erregten, dann lediglich durch die Geschichte verfälschende Äußerungen, z. B. im Jahr 2005, als Klaus Beier im Kreistag anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg relativierte.

Die NPD-Aktivitäten im Kreisverband Oderland waren in den vergangenen Jahren selten öffentlichkeitswirksam; sie wurden zumeist erst im Nachhinein im Internet bekannt gegeben. Seit Anfang 2006 versucht der Kreisverband allerdings vermehrt, durch Internet-Ankündigungen seiner Vorhaben, z. B. Demonstrationen, Anhänger zur Teilnahme zu bewegen. Als Anlass dienen der NPD häufig Parteitage der demokratischen Parteien. So veranstaltete sie am 1. Juli 2006 unter dem Motto: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ in Fürstenwalde eine Demonstration zum Landesparteitag der SPD. Bezeichnenderweise benutzte die NPD damit eine Parole, die von Kommunisten der Weimarer Republik erfunden wurde, damals als Kritik an der Bewilligung von Krediten zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs durch die SPD-Fraktion im Parlament. Am 25. November 2006 demonstrierte die NPD in Halbe aus Anlass der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne. Motto in NPD-Grammatik: „Last Multi-Kulti-Träume platzen – Deutsche Kinder braucht das Land“.

Eine weitere Aktivität des Kreisverbandes Oderland bestand in dem Versuch, die „Wortergreifungsstrategie“ der NPD umzusetzen, d. h. NPD-Mitglieder an Veranstaltungen anderer politischer Akteure teilnehmen und dort rechtsextremistisches Gedankengut in die Diskussion einbringen zu lassen. Ziel ist es, die eigene Weltanschauung und die eigenen politischen Vorstellungen zu verbreiten und gleichzeitig demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger einzuschüchtern. So versuchten der NPD-Kreisvorsitzende und weitere NPD-Mitglieder am 4. März, eine Veranstaltung des Berlin-Brandenburger Vereins „Phoenix e. V.“ zu stören. Der Verein, der sich für farbige Jugendliche engagiert, veranstaltete vom 3. bis 5. März ein Wochenendseminar in Storkow, bei dem sich farbige Teilnehmer mit ihren Erfahrungen von Rassismus auseinandersetzten und Möglichkeiten der Gegenwehr diskutierten. Der NPD-Kreisverband Oderland kündigte auf seiner Internetseite unter der Überschrift „Die Weißen kommen“ an, er wolle das Wochenendseminar „aufmerksam begleiten und besuchen“. Tat-

sächlich erschienen Klaus Beier und weitere NPD-Mitglieder am 4. März vor dem Evangelischen Jugendheim Hirschluch, wo das Phoenix-Seminar stattfand, um die Teilnehmer zu provozieren. Der Veranstalter rief die Polizei, worauf sich die NPD-Mitglieder zurückzogen.

Am 21. September kam es zu einem weiteren Versuch, die „Wortergreifungsstrategie“ anzuwenden. Bei einer Diskussionsrunde der SPD mit Hubertus Heil, dem Generalsekretär der Bundes-SPD, im Bildungszentrum Erkner versuchten anwesende NPD-Anhänger, Heil durch provokative Fragen und Äußerungen in Bedrängnis zu bringen. Der Kreisverband feierte diese Aktion im Internet als vollen Erfolg. In Wahrheit aber hatte der Generalsekretär den Fragen konsequent Paroli geboten, so dass die NPDler den Rückzug antraten. Heil zeigte an diesem Abend deutlich, dass die NPD keine unausweichliche Bedrohung ist, sondern ein Phänomen, gegen das selbstbewusste Demokraten die besseren Argumente haben.

Seit Anfang 2006 publiziert der NPD-Kreisverband die „Oderlandstimme“, einen Flyer, der 2006 mit drei Ausgaben erschien und kostenfrei verteilt wurde. Darin versucht die NPD, sich als Anwalt der Bürgerinteressen vor Ort darzustellen und dabei rechtsextreme Gesinnung zu transportieren. In der ersten Ausgabe ging es um die angeblich „katastrophale Bildungs- und Ausbildungssituation“ in Deutschland und im Landkreis Oder-Spree. Diese ließe sich laut „Oderlandstimme“ durch die Streichung von Hilfen zum Lebensunterhalt für Migranten und Asylbewerber verbessern. Der Flyer fordert z. B. „eigene Klassenverbände für fremdländische Kinder, damit deren Kultur und Sprache zur Rückführung in ihre Heimatländer erhalten bleibt“.

Zudem versucht die NPD den Eindruck zu erwecken, sie würde sich sozial engagieren. Damit will sie sich nicht nur einen bürgerlichen Anstrich geben, sondern sich auch als legitime Vertreterin der Interessen von Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern präsentieren. So nahm ein NPD-Team am öffentlichen Frühjahrslauf am 28. Mai in Fürstenwalde teil, im Juli organisierte die NPD ein Kinderfest in Storkow, und im September traten NPD-Anhänger bei einer öffentlichen Radsternfahrt in Storkow in die Pedalen. Am 8. September präsentierten sich die NPD Oderland und die NPD Spreewald in Hänchen bei Cottbus auf einem gemeinsamen Wirtschaftsforum, und noch im selben Monat verteilten NPD-Mitglieder CDs an einem Oberstufenzentrum in Fürstenwalde. Die wenigen Infostände der NPD im Jahr 2006 waren ein erfolgloser Versuch, eine breite Öffentlichkeit

zu erreichen. Aufmerksamkeit erregte lediglich der Stand am 1. April in Frankfurt (Oder). Zum Schutz des Standes waren Neonazis aus Frankfurt (Oder) vor Ort und nutzten dies, Jagd auf vermeintlich „linke“ Jugendliche zu machen.

Die Presse berichtete über die Teilnahme von NPD-Mitgliedern bei öffentlichen Veranstaltungen lediglich am Rande. Der Teilnehmerkreis von eigenen Aktionen der NPD, wie dem Kinderfest, beschränkt sich ohnehin auf Parteimitglieder und Sympathisanten. Die Versuche der NPD, sich bürgerlich und sozial engagiert zu geben, müssen genau beobachtet werden: Es besteht die Gefahr, dass die Präsenz der NPD im öffentlichen Raum schleichend zur Normalität wird und damit auch ihr antidemokratisches und fremdenfeindliches Gedankengut – ähnlich wie in der Sächsischen Schweiz oder in Ostvorpommern – Anklang findet.

Die anderen NPD-Kreisverbände sind nicht annähernd so aktiv wie der Kreisverband Oderland. Der **Kreisverband Oberhavel**, der bisher kaum Neonazis, sondern eher ältere Mitglieder in seinen Reihen hat, präsentiert monatlich Vorträge mit wechselnden Referenten. Dazu erscheinen regelmäßig 40 bis 60 Zuhörer, auch aus Berlin. Am 7. Juli hielt z. B. der damalige NPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, eine Rede. Zumeist werden diese Veranstaltungen von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Allerdings ist die NPD im Kreistag Oberhavel mit einem Abgeordneten vertreten.

Der **NPD-Kreisverband Havel-Nuthe** entfaltete im Jahr 2006 praktisch keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Einzig der Ortsverband Rathenow machte auf sich aufmerksam, als er am 18. April zum Jahrestag des Bombenangriffes auf Rathenow am Gedenkstein auf dem städtischen Friedhof einen Kranz niederlegte. Die NPD zeigte aber noch bei einer zweiten Gelegenheit Flagge: Bei einem Fußballturnier der „Sportfreunde 06“ am 2. September in Rathenow, an dem eine Fußballmannschaft des NPD-Kreisverbandes Oderland teilnahm. In der Sporthalle hatten die Veranstalter neben der Flagge der Bundesrepublik Deutschland die Fahne der NPD aufgehängt, vor denen die Fußballmannschaft des Kreisverbandes Oderland posierte. Die Mannschaft der NPD und „Sportfreunde 06“ dürften einander freundschaftlich verbunden sein: Die „Sportfreunde“ rekrutierten sich zum Großteil aus Personen aus dem Umfeld der im April 2005 verbotenen Neonazikameradschaften sowie Mitgliedern und Sympathisanten

der NPD aus Rathenow. Danach berichtete die NPD auf ihren Internetseiten ausführlich über das „Toleranzturnier in Rathenow“.

Die Veranstaltungen vom **NPD-Kreisverband Spreewald** waren im Jahr 2006 dürftig: Am 21. Juni führte der Kreisverband eine Sommersonnenwendfeier durch, und am 19. November legte er zum Gedenken an die Gefallenen beider Weltkriege ein Blumengebinde an einem Gedenkstein in Spremberg-Weskow nieder. Bei diesen Gelegenheiten blieben die Mitglieder des Kreisverbandes – derzeit ca. 25 Personen, von denen maximal 12 tatsächlich für die Partei aktiv sind – unter sich.

Allerdings bemühte sich der Kreisverband mit seiner im Sommer 2006 gestarteten „Informationsoffensive“ um Öffentlichkeit. Am 14. Juli gab es in Cottbus einen NPD-Infostand, den aber kaum ein Bürger besuchte. Am 18. und 25. Juli war Forst das Ziel der Aktionen, vor der Kreisverwaltung und der Agentur für Arbeit verteilten NPD-Aktivisten Infomaterialien. Auch dort blieb die Resonanz gering. Ebenso lockte das „Wirtschaftsforum“, das der Kreisverband Spreewald gemeinsam mit dem Kreisverband Oderland am 8. September in Hänchen veranstaltete, nicht wie erhofft regionale Unternehmer an, sondern nur Mitglieder und Sympathisanten NPD.

Mitte Dezember 2006 versuchte sich die NPD Spreewald ein weiteres Mal an einer Propagandaaktion: In Forst, Spremberg und Cottbus verteilten NPD-Anhänger nach eigenen Angaben über mehrere Tage etwa tausend NPD-Flugblätter u. a. vor Arbeitsagenturen und Sozialämtern. Das Flugblatt mit dem Titel „Arbeitslos aber nicht wehrlos!“ richtete sich an Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger, die die NPD über ihre Rechte und Widerspruchsmöglichkeiten gegenüber den Sozialbehörden aufklären wollte. Es wurde auf dem Landesparteitag der NPD am 29. Oktober in Borgsdorf (Landkreis Oberhavel) vorgestellt und ist über das Internet abrufbar.

Mangels eigener Aktivitäten nahmen NPD-Mitglieder des Kreisverbandes Spreewald regelmäßig an überregionalen Großveranstaltungen von Rechtsextremisten teil. So fuhren Spreewälder NPD-Anhänger am 13. Februar zu einer Versammlung nach Dresden, wo Rechtsextremisten der Bombenangriffe auf die Stadt im Zweiten Weltkrieg gedachten. Auch beim Pressefest der NPD-Publikation „Deutsche Stimme“ am 5. August in Dresden und dem Bundesparteitag am 10. und 11. November in Berlin waren NPD-Mitglieder aus dem Kreisverband Spreewald präsent.

Der im Dezember 2006 neu gegründete **Kreisverband Barnim-Uckermark** wurde bis dahin von Mitgliedern des NPD-Landesverbandes und vom NPD-Kreisverband Oberhavell unterstützt. Bis zur Neugründung entfaltete der „Kreisverband“ dennoch Aktivitäten in zwei Bereichen; mit Versuchen der politischen Agitation zum Gewinnen neuer Anhänger und Freizeitangeboten für die eigenen Mitglieder und Sympathisanten zur Förderung des inneren Zusammenhalts. Am 24. Mai gab es einen „Politischen Abendschoppen“ und Anfang August startete das „Unternehmen Paukenschlag“ in Biesenthal, eine Aktion mit dem Ziel, bis Ende 2006 jeden Bürger im Landkreis Barnim über das Programm der NPD aufzuklären. Der groß angekündigte „Paukenschlag“ fiel allerdings sehr leise aus: Nur Mitte Oktober gab es eine kleine Verteilaktion im Landkreis. Ansonsten zeigten sich Barnimer NPD-Mitglieder bei Veranstaltungen anderer: In Bernau erschienen einige NPD-Anhänger am 9. November bei einer offiziellen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Reichspogromnacht. Dort trat die NPD gemeinsam mit Mitgliedern von Neonazi-Kameradschaften auf. Am 19. November, dem Volkstrauertag, legten NPD-Mitglieder in Weskow einen Kranz nieder, und am 25. November beteiligten sich NPD-Mitglieder aus der Region Barnim-Uckermark und des Kreisverbandes Oderland an einer Kundgebung gegen die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Halbe.

Vielmehr bot der „Kreisverband“ seinen Mitgliedern Freizeitaktivitäten, die das Gemeinschaftsleben fördern sollen. Die Idee, die eigene Klientel durch gemeinsame Freizeitgestaltung an sich zu binden, hat der Kreisverband von der NPD Mecklenburg-Vorpommern übernommen. Seit Ende September 2006 trafen sich an jedem Monatsende die Familien von NPD-Mitgliedern auf einem Reiterhof bzw. am Waldhof Bogensee. Auch ein gemeinsamer Besuch des Weihnachtsmannes in Himmelpfort stand schon auf dem Programm. Bei diesen Events wurden sowohl die Familien der NPD-Anhänger eingebunden als auch Mitglieder neonazistischer Kameradschaften. Selbst bei der Kranzniederlegung zum Volkstrauertag wurde auf die Beteiligung von Familienangehörigen der Mitglieder Wert gelegt.

Diese „Gemeinschaftsidylle“ darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die NPD-Mitglieder aus Barnim-Uckermark ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild haben und offen ihren Antisemitismus verbreiten. So äußerte der „Kreisverband“ auf seiner Internetseite über die Reichspogromnacht-Gedenkveranstaltung, die Teilnehmer seien „Antifa's (links-

autonome Schläger), Alt-Kommunisten, Ausländer und Juden“ gewesen. Diese sollten sich bewusst sein, „dass sie jederzeit und an jeder Stelle mit uns und somit mit dem Nationalen Widerstand rechnen dürfen“. Über den Polizeieinsatz an diesem Abend heißt es: „Und wie bereits schon früher in der Deutschen Geschichte mussten genau diese eben beschriebenen Personengruppen anscheinend durch Polizei in Zivil und Uniform bewacht werden. Nach dem geschätzten Verhältnis von Veranstaltungsteilnehmern und Polizei ... hatte jeder mindestens einen Bewacher. Schade um die Steuergelder. Wir meinen ... ein Zaun in altbewährter Form drum herum hätte es auch getan.“

Kooperation von NPD und Neonazis

Eine Kooperation von NPD und Neonazis bedarf besonderer Aufmerksamkeit, weil sie die Reste einer demokratischen NPD-Fassade einreißt und eine erhöhte Gefahr für die Demokratie mit sich bringt. In Brandenburg arbeiten NPD und Neonazis seit Jahren zwar unsystematisch zusammen, sie unterstützen sich aber regelmäßig, abhängig von den jeweiligen Akteuren und dem Anlass.

Daher führten NPD-Mitglieder und neonazistische „Kameraden“ auch 2006 gemeinsame Aktionen durch: Am 1. April waren Neonazis als „Schutztruppe“ an einem NPD-Infostand in Frankfurt (Oder) und gingen dabei massiv gegen Vertreter der örtlichen linken Szene vor. Am 22. April und am 3. Juni nahmen Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Oderland an einer von Neonazis organisierten Wanderung sowie der Besichtigung von Bunkeranlagen teil. Der Kreisverband Oderland videografierte am 30. September eine Demonstration der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Hoyerswerda, die von Mitgliedern der neonazistischen Szene unterstützt wurde, darunter auch einzelnen Mitgliedern der schein-aufgelösten Kameradschaften „Sturm Cottbus“ und „Lausitzer Front Guben“ (LFG).

Auch bei der Vorbereitung der Neonazi-Demonstration in Halbe bzw. Seelow am 18. November arbeiteten Neonazis und Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Oderland zusammen. Darüber hinaus unterstützte der NPD-Landesverband die Demonstration am 9. Dezember in Lübben, die gleichermaßen durch die NPD/JN Sachsen und Mitglieder der unorganisierten neonazistischen Szene getragen wurde, z. B. durch Mitglieder des „Sturm Cottbus“ und der „Lausitzer Front Guben“.

Nach den Verboten neonazistischer Kameradschaften in Brandenburg war fraglich, ob die ehemaligen „Kameraden“ ihre politische Arbeit in der NPD fortsetzen würden. Dies war in der Regel nicht der Fall: Nur wenige Neonazis schlossen sich der NPD an, z. B. einige ehemalige Mitglieder des im Jahr 2005 verbotenen „Sturm 27“, die sich bereits seit Februar 2005 im NPD-Ortsverband Rathenow engagierten. Nach den teils echten, teils vorgetäuschten Selbstaufösungen der neonazistischen Kameradschaften „Märkischer Heimatschutz“ (MHS), „Lausitzer Front Guben“ und „Sturm Cottbus“ im Jahr 2006 stellte sich ebenso die Frage, ob die NPD ein Auffangbecken ist. Was den MHS betrifft, standen dessen frühere Mitglieder der NPD ablehnend gegenüber, gleichzeitig empfahl aber Gordon Reinholz, der ehemalige MHS-Führer, seine Anhänger sollten sich in Parlamente wählen lassen. Der NPD-Ortsverband Strausberg begrüßte dies ausdrücklich, bedankte sich auf seiner Internetseite für die Unterstützung, die der MHS angeblich der NPD und „unserem Vaterland“ zukommen ließ und hoffte, viele ehemalige Aktivisten fänden den Weg in die NPD. Bisher zeichnet sich eine Beitrittswelle nicht ab. Die Mitglieder der LFG und des „Sturm Cottbus“ arbeiten inzwischen punktuell mit der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Hoyerswerda zusammen, ohne Mitglieder der JN oder der NPD geworden zu sein.

In den NPD-Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen gibt es eine Kooperation von NPD und neonazistischen Kameradschaften. Dies zeigte sich im Wahlkampf in Berlin. Dort richtete sich die NPD hauptsächlich an Erst- und Jungwähler, denn Umfragen bei Landtagswahlen hatten ergeben, dass insbesondere junge Männer in Ostdeutschland für die Wahlkampfpardon rechtsextremistischer Parteien empfänglich sind. Gleichzeitig war das Wahlalter in Berlin auf 16 Jahre gesenkt worden, was die jungen Wähler in den Augen der NPD umso mehr zu einer vielversprechenden Zielgruppe werden ließ. Da die NPD in Berlin ca. 70 Wahlkampfstände angemeldet hatte und zudem 5.000 ihrer „Schulhof“-CDs an Schüler verteilen wollte, suchte und fand sie für ihren Wahlkampf nicht nur die Unterstützung ihrer Parteifreunde aus Brandenburg, sondern auch die Hilfe neonazistischer „Kameraden“. Gemeinsam führten NPD und Neonazis besonders im Süden Berlins einen aggressiven Wahlkampf. Verantwortlich waren stets dieselben 30 bis 40 Personen, die in Treptow-Köpenick und Neukölln den harten Kern der neonazistischen Szene bilden und aus dem Umfeld der 2005 verbotenen Berliner Kameradschaften „Kameradschaft Tor“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO)

stammen. Ehemalige Mitglieder der BASO hatten sich im Sommer 2006 bereits in kurzzeitig existierenden Strukturen der JN in Treptow-Köpenick und Neukölln engagiert.

Besonders in der südlichen Grenzregion von Berlin und Brandenburg wurden NPD/JN-Anhänger aus Berlin, Neonazis und darüber hinaus Mitglieder der unorganisierten rechtsextremistischen Szenen gemeinsam aktiv. So demonstrierten 100 von ihnen am 10. Juni in Königs Wusterhausen unter dem Motto: „Jugend braucht (wieder) Perspektive“. Thematisch knüpfte die Demonstration an eine Vielzahl ähnlicher Veranstaltungen aus dem Jahr 2005 an, die von Berliner Rechtsextremisten der JN und der verbotenen Kameradschaft BASO in Berlin organisiert worden waren. Damals nahmen auch zahlreiche Angehörige der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen teil.

Am 16. Juni versuchten Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg, eine Informationsveranstaltung im Fontane-Gymnasium in Rangsdorf zu stören. Der Abend wurde zum Gedenken an den 1996 in Blankenfelde rassistisch motivierten Überfall auf den britischen Bauarbeiter Noël Martin zum Thema „Rechtsextremismus in Brandenburg“ veranstaltet. Die Rechtsextremisten kamen mit zwei identischen Transparenten mit der Aufschrift „Wer ne dicke Lippe riskiert bekommt sie auch“, und kleingeschriebener darunter „Organisiert den nationalen Selbstschutz“ und „Jugend braucht Perspektive – für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums“. Außerdem waren darauf ein Fahnsymbol – wehende schwarze Fahne in einem Kreis, ursprünglich ein antinationales Symbol der Anarchisten – und diverse Aufkleber, auch von der NPD. Die Rechtsextremisten waren zudem mit Metallschlagstöcken und Pfefferspray ausgerüstet. Dank der Polizeipräsenz ist die Veranstaltung störungsfrei abgelaufen.

Ein an diesem Störversuch beteiligter Brandenburger Rechtsextremist ist zugleich einer der mutmaßlichen Täter von Berlin-Schönefeld: Am frühen Morgen des 18. Juni traf er mit drei „Kameraden“ auf sechs Jugendliche, unter ihnen ein 15-jähriger äthiopischer Staatsbürger. Zunächst fielen Sprüche wie „Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“ und „Scheiß Nigger“, dann wurde der Äthiopier geschlagen und mit einem Stein traktiert; er erlitt einen Schädelbruch. Bei der folgenden Prügelei wurden neben dem Äthiopier zwei Männer aus der Angreifergruppe schwer verletzt.

Kurz vor der Tat hatte die Angreifergruppe JN-NPD-Flyer an Laternenmasten geklebt, am Vortag hatte sie an einer JN-NPD-Infoveranstaltung in Berlin teilgenommen. Die beiden älteren sind eng in die Aktivitäten der Berliner JN-NPD-Strukturen eingebunden; der genannte Störer der Veranstaltung in Rangsdorf war während des Berliner Wahlkampfes durch Gewalttätigkeit aufgefallen.

Seit jeher sind die NPD-Landesverbände Berlin und Brandenburg eng miteinander verbunden, bis 1993 bestand sogar ein gemeinsamer Landesverband, viele ehemalige Berliner Funktionäre sind nach Brandenburg umgezogen, z. B. der heutige stellvertretende Landesvorsitzende der Brandenburger NPD Thomas Salomon. Sie haben sich Ende der 1990er Jahre beim Aufbau der Brandenburger NPD-Strukturen engagiert und bis heute treten Berliner NPD-Funktionäre häufig als Redner auf Mitgliederversammlungen und Interessentenabenden in Brandenburg auf, z. B. der Berliner Landesvorsitzende am 8. Juli in Frankfurt (Oder). Die Brandenburger NPD-Verbände bleiben zumeist außen vor, wenn JN-Mitglieder und Neonazis aus Sachsen Aktionen in Brandenburg organisieren. So waren keine Brandenburger an der Organisation der Demonstrationen am 30. September in Hoyerswerda und am 9. Dezember in Lübben beteiligt.

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die seit 2005 in fast allen ostdeutschen Landesverbänden erstarkt sind oder neu gegründet wurden, erwiesen sich zunehmend als Scharnier zwischen der NPD und den zumeist jüngeren Aktivisten der Neonaziszellen. Nur in Brandenburg konnten die JN bisher nicht Fuß fassen. Die Brandenburger NPD wird nach wie vor von Mitgliedern „alten Schlags“ dominiert. Dies mag ein Grund dafür sein, dass die NPD in Brandenburg bisher schwächer aufgestellt ist als in den anderen neuen Bundesländern, wo die Neonazis den Aktivitäten der NPD deutlichen Auftrieb gegeben haben.

Sollte der Aufbau von JN-Strukturen in Brandenburg gelingen, wäre die Partei möglicherweise z. B. für die ehemaligen Anhänger des „Märkischen Heimatschutz“ (MHS) attraktiver. Anfänge hierzu zeigen sich im NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark. Dieser betonte wiederholt, bei vielen seiner Veranstaltungen hätten Vertreter der „Freien Kräfte“, also Neonazis, teilgenommen. Es könnte sein, dass sich der Kreisverband Barnim-Uckermark – vielleicht durch die Nähe zu Mecklenburg-Vorpommern – zu einem Kreisverband neuen Typs entwickelt.

Die DVU in Brandenburg - quo vadis?

Die DVU wurde 1987 auf Initiative des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey gegründet. Sie ist die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei vor den REP und der NPD. In Brandenburg hat die DVU 280 Mitglieder. Seit ihrer Gründung ist Dr. Frey Bundesvorsitzender, er führt die Partei zentralistisch und autonom. Letztlich ist die bei Frey verschuldete DVU Teil seines Finanzimperiums; in Schriften und Flugblättern der DVU wird für Publikationen aus den Frey-Verlagen geworben. Den Landes- und Kreisverbänden bleibt wenig Raum für selbständige politische Arbeit. Eine kommunale Verankerung der Partei widerspricht Freys Vorstellungen, da kommunale Mandatsträger nur schwer unter vollständiger Kontrolle zu halten sind. Die Zukunft der DVU bleibt vor diesem Hintergrund und angesichts der erstarkenden NPD ungewiss.

Die DVU betont zwar stets, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, sie vertritt aber unterschwellig, teilweise auch kaum verhohlen, fremdenfeindliche, rassistische und insbesondere antisemitische Positionen.

Die von Dr. Frey herausgegebene „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ), die auflagenstärkste rechtsextremistische Publikation in Deutschland, ist als Presseorgan der Partei anzusehen. Die Schreiber der NZ deuten häufig die deutsche Geschichte um, wobei sie die vom nationalsozialistischen Deutschland verübten Verbrechen verharmlosen oder sogar in Frage stellen.

So heißt es in dem Artikel „Göring: Was das ZDF verschweigt – Die ganze Wahrheit“ vom 31. März 2006: „Göring hatte im August 1939 bis zur letzten Minute versucht, den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu verhindern“. Und in der Ausgabe Nr. 45 vom 3. November 2006 wird in dem Beitrag „Bundeswehr bald wie US-Armee? Widerlich-Bilder: Bei Wehrmacht undenkbar“ trotz aller gegenteiligen Beweise folgende These vertreten: „Wenn ein deutscher Wehrmachtsoldat sich Derartiges erlaubt hätte, wäre er ohne Ansehen der Dienststellung und der Person vor ein Kriegsgericht gestellt und schwerst bestraft worden. Sadistische Schindereien und Folterexzesse hat es – Fachleute und Militärexperten in aller Welt sind sich einig – in den Reihen der Wehrmacht zu keinem Zeitpunkt gegeben, obwohl die Wehrmacht zeitweise einen Personalstand von bis zu 20 Millionen Mann zu verzeichnen hatte“.

Bundesweit erschöpfen sich die Aktivitäten der DVU zumeist darin, bei Wahlen flächendeckend mit Flugblättern und Plakaten zu werben. Die eigentlichen Kandidaten treten dabei selten hervor. Dennoch kann die Partei von Zeit zu Zeit Erfolge bei Landtagswahlen erringen, wenn sie sich auch selten länger als eine Legislaturperiode in den Parlamenten halten kann. Bisher sind alle DVU-Landtagsfraktionen nach kurzer Zeit auseinander gefallen, so auch die DVU-Fraktion, die sich 1998 in Sachsen-Anhalt konstituierte: Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006 erhielt die DVU die Quittung für ihre mangelhafte parlamentarische Arbeit, sie konnte nur drei Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Für die Partei war dies eine schwere Niederlage, denn sie hatte in Sachsen-Anhalt einen intensiven und kostspieligen Wahlkampf betrieben.



„Deutsch soll Deutschland sein!“ - eine der Standardparolen der DVU

Die Konkurrenz von der NPD erhielt dagegen am 17. September 2006 bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sieben Prozent der Stimmen. Dies dürfte die DVU umso mehr schmerzen, als kein Mitglied der DVU auf der Landesliste der NPD für Mecklenburg-Vorpommern vertreten war, trotz des „Deutschland-Paktes“, nach dem die NPD DVU-Kandidaten hätte aufstellen müssen. Auch in der Nachwuchsarbeit ist die DVU gegenüber der NPD im Hintertreffen: Während die NPD auf Bundesebene mit den „Jungen Nationaldemokraten“ eine Jugendorganisation hat, gibt es in der DVU nichts Vergleichbares.

Bei den Brandenburger Landtagswahlen 2004 ist es der DVU zum zweiten Mal in Folge gelungen, in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen.

In Brandenburg ist die DVU in einigen Kommunalparlamenten vertreten, ohne jedoch nennenswerte Aktivitäten von konkreter Kommunalpolitik zu entwickeln. Auch die von der DVU angebotenen „Stammtische“ entfalten keinerlei Außenwirkung.

Günther Schwemmer, einziger Abgeordneter der DVU in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, erregte nur durch einen seiner regelmäßig in der „Deutschen Stimme“ erscheinenden Artikel Aufmerksamkeit. In seinem Beitrag „Staatsmacht und Antifa die Stirn bieten – In Halbe muß weiter getrauert werden dürfen“ schreibt er: „Natürlich war dieses alljährliche ehrende Heldengedenken von Anfang an den antideutschen Nationalmasochisten der so genannten Antifa – einer Mischung aus ‚nützlichen Idioten‘ der Kommunisten und anderer interessierter Kreise und einfach nur schwer psychisch Gestörten – ein Dorn im Auge“ (Deutsche Stimme 11/2006). Dieser Artikel hat keinen Bezug zur Potsdamer Kommunalpolitik und ist im Jahr 2006 einer der wenigen bekannt gewordenen Beiträge zur Arbeit des Günther Schwemmer.

Ein großer Teil der DVU-Anhänger steht einer Zusammenarbeit mit Neonazis ablehnend gegenüber. Insofern stellt die Brandenburger DVU bundesweit eine innerparteiliche Besonderheit dar: Hier kooperieren DVU-Funktionäre offen mit Neonazis und Skinheads, ohne Rücksicht auf das grundgesetztreue Image, mit dem die Partei sich normalerweise umgibt.

Klaus Mann, Kreisvorsitzender der DVU für Barnim/Oberhavel/Uckermark und Beisitzer im Landesvorstand der DVU, stellte 2006, wie in den Vorjahren, sein Privatgelände in Seefeld bei Bernau für eindeutig rechtsextremistische Veranstaltungen zur Verfügung. Zum DVU-Sommerfest am 24. Juni kamen bis zu 500 Personen auf das Mann-Anwesen, darunter, wie schon 2005, zahlreiche Neonazis. Im Gegensatz zum Vorjahr kam es jedoch nicht zu tätlichen Auseinandersetzungen von Rechtsextremisten untereinander. Einem RBB-Team, das dort Filmaufnahmen machen wollte, wurde der Zutritt verwehrt. Inzwischen hat Mann das Anwesen in Seefeld verlassen und lebt nun in Finowfurt bei Eberswalde auf einem Gelände, das für rechtsextremistische Veranstaltungen ebenfalls geeignet zu sein scheint.

Sollte die DVU bei den nächsten Landtagswahlen 2009 nicht mehr in den Landtag Brandenburg einziehen, ist von einem raschen Verfall des Landesverbands auszugehen.

Der „Deutschland-Pakt“ – Modell ohne Zukunft?

Die Verantwortlichen von NPD und DVU betonen immer wieder, dass der 2005 geschlossene „Deutschland-Pakt“ stabil sei und sich beide Parteien gegenseitig als verlässliche Partner betrachteten. Allerdings zeugt die Notwendigkeit, sich permanent zu dem Wahlbündnis zu bekennen, von der starken Unsicherheit, die den „Deutschland-Pakt“ begleiten – innere Zweifel der Akteure wie auch Zweifel, die von Medien gegenüber NPD und DVU geäußert werden. Diese Zweifel sind angesichts der unterschiedlichen Ansätze der Parteien berechtigt: Das erklärte Ziel der NPD ist es, durch den Ausbau kommunaler Parteistrukturen den Marsch durch die parlamentarischen Institutionen bis zum Bundestag anzutreten. Dies verfolgt die NPD mit einigem Erfolg.



Die DVU dagegen strebt eine flächendeckende Parteibasis überhaupt nicht an, sie ist vielmehr das autokratisch geführte Projekt ihres Bundesvorsitzenden Dr. Frey, das seine Eitelkeit befriedigen und sein Vermögen vermehren soll. Die Zweifel an der Haltbarkeit des „Deutschland-Paktes“ werden außerdem genährt durch die sich immer deutlicher abzeichnende Konkurrenz beider Parteien.

In Bundesländern, in denen die DVU schwach ist, ordnet sie sich konfliktlos der erfolgreichereren NPD unter, dies zeigte sich 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. In Berlin war es die NPD, die gemäß „Deutschland-Pakt“ bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus antreten durfte, auf Platz zwei der Landesliste stand eine Kandidatin der DVU. Die Zusammenarbeit unter den Kandidaten war offenbar so harmonisch, dass diese DVU-Kandidatin inzwischen Mitglied der NPD geworden ist. Proteste der DVU-Führung wurden nicht bekannt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die

DVU inzwischen so unbedeutend, dass sie bei der Landtagswahl keine Rolle spielte.

In vermeintlichen Hochburgen der DVU sah die Lage 2006 nicht viel anders aus: In Sachsen-Anhalt ist es der DVU trotz Unterstützung der NPD nicht gelungen, bei den Wahlen im März in den Landtag einzuziehen. Grund war die desolate Vorstellung, die die DVU-Landtagsfraktion in der vorvergangenen Legislaturperiode geboten hatte und die zur Spaltung der Fraktion führte. Die NPD indes konnte ihre Strukturen in Sachsen-Anhalt ausbauen.

Die DVU Brandenburg gilt als erfolgreichster und eigenständigster DVU-Landesverband, die Partei hat sogar Sitze in einigen Kommunalparlamenten. Bisher existierten DVU und NPD nebeneinander, die DVU sprach die „Deutschnationalen“ an, denen die NPD zu aggressiv war. Die Anhänger der DVU waren zumeist Personen, die mit der NPD nicht viel im Sinn hatten. Dies zeigte sich vor allem in den DVU-„Hochburgen“ im Süden Brandenburgs bei der Bundestagswahl 2005: In Orten, in denen die DVU bei den Landtagswahlen 2004 hohe Stimmenanteile erhalten hatte, konnte die NPD bei der Bundestagswahl 2005 nur weniger als die Hälfte dieses Stimmenanteils erringen.

Prognose

Das weitere Bestehen von NPD und DVU hängt weitgehend von den jeweiligen Ergebnissen bei den kommenden Landtagswahlen ab. Die NPD wird ihre Strategie weiterverfolgen, durch vielfältige Aktivitäten vor Ort ihren Bekanntheitsgrad zu verstärken, um so eine breite Basis zu schaffen.

An den Grundregeln der DVU, sich selten bis gar nicht in der Öffentlichkeit zu präsentieren, dürfte sich kaum etwas ändern.

Neonazis in Brandenburg: Verbote, Auflösungen und Scheinauflösungen

Brandenburg setzte 2006 seinen konsequenten Weg in der Bekämpfung des Rechtsextremismus mit dem Verbot der Kameradschaft „Schutzbund Deutschland“ fort. Dieses und die Verbote der Kameradschaften „HauptvdK“/„Sturm 27“ und ANSDAPO aus dem Jahr 2005 sorgten für Unruhe innerhalb der Szene und führten zu einem „Strukturwandel“, der die Selbst- und Scheinauflösungen weiterer Organisationen zur Folge hatte.

Verbot „Schutzbund Deutschland“

Der rechtsextremistische „Schutzbund Deutschland“ hatte mit seiner aggressiv-kämpferischen Propagandatätigkeit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf sich aufmerksam gemacht (vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2005 S. 58 f.). Am 4. Juli 2006 verbot der Innenminister Brandenburgs, Jörg Schönbohm, den Verein. Sowohl die Argumentation als auch die Gestaltung der Propagandamaterialien wiesen eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus auf. Fremden- und judenfeindliche Hetzschriften richteten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Am Morgen des Verbotstages durchsuchte die Polizei in Brandenburg und Sachsen-Anhalt 15 Wohnungen von Mitgliedern des „Schutzbund Deutschland“. Dabei beschlagnahmten die Beamten u. a. eine voll ausgestattete moderne Druckerwerkstatt, die zur Herstellung von Propagandamaterial genutzt worden war. Außerdem stellten sie mehrere zehntausend Flyer, Plakate, Aufkleber, Hefte und Bücher, aber auch einen Totschläger und Teile eines Karabiners sicher.

Das Vermögen des Vereins wurde beschlagnahmt und eingezogen, die Abschaltung der vom Verein betriebenen Internet-Homepage veranlasst. Der Verein hat gegen das Verbot Rechtsmittel eingelegt.

Aktivitäten nach der Verbotsverfügung

Propagandamaterial des „Schutzbund Deutschland“ wurde unmittelbar nach dem Verbot nur noch vereinzelt verteilt. Auf mögliche Nachfolgeaktivitäten deutete am 23. Juli 2006 in Brandenburg an der Havel ein Flugblatt mit dem Titel „Hurra, hurra! Wir sind Weltmeister“ hin, das in Layout und Inhalt eine sehr große Ähnlichkeit mit den früheren „Schutzbund“-Flugblättern zeigte. Unterzeichnet war es mit „Bewegung Neues Deutschland“, einem Namensgemisch aus „Schutzbund Deutschland“ und „Bewegung Neue Ordnung“, der Vorläuferstruktur des „Schutzbund Deutschland“.

Auf der im Oktober 2006 geschalteten Internetseite der „Bewegung Neues Deutschland“ wurden mehrere Flugblätter veröffentlicht, die in großen Mengen als Plakate und Aufkleber bestellt werden können. In Layout und Inhalt lehnen sie sich stark an die „Schutzbund“-Flugblätter an. Darunter ist auch das bereits erwähnte Flugblatt „Hurra, hurra! Wir sind Weltmeister“. Einen Monat später sind bei einem Angehörigen der „Bewegung Neues Deutschland“ die Wohn- und Nebenräume durchsucht und Tausende zum Versand bestimmte Schriften sichergestellt worden.

Die „Bewegung Neues Deutschland“ scheint die gleiche Taktik zu verfolgen, die für den „Schutzbund Deutschland“ charakteristisch war: Herstellung und Verteilung großer Mengen von Propagandamaterial sowie Internetpräsenz. Damit setzt sie offensichtlich die Aktivitäten des „Schutzbund“ fort.



Propagandamaterial von „Bewegung Neues Deutschland“ und „Schutzbund Deutschland“

1. Öffentliche Aktionen

Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf das Verbot erfolgten umgehend. Das „Lausitzer Aktionsbündnis“ reagierte bereits am Verbotstag auf seiner Internetseite mit eigenwilliger Grammatik:

„Wenn das System einen von uns wegsperert, müssen in Zukunft zwei neue Widerstandskämpfer sein Platz einnehmen. Lassen wir uns nicht länger von den Demokraten kriminalisieren. Machen wir ihnen entschieden klar, dass wir zusammenstehen, denn in unseren Reihen herrscht bedingungslose Solidarität.“

Auch auf anderen rechtsextremistischen Internetseiten wurde das Verbot thematisiert.

Besonders im Südosten von Brandenburg fanden nach dem Verbot vom 4. Juli 2006 Solidaritätsbekundungen statt. Mit Klebe-, Verteil- und Protestaktionen zeigten viele Rechtsextremisten den Betroffenen ihre Sympathie:

In Cottbus hüllten sich unmittelbar nach dem Verbot Rechtsextremisten in Esels- und Schafskostüme, und beschrieben sich auf umgehängten Schildern als „dumme Esel“ und „dumme Schafe“, die ihre Meinung gesagt, an Demokratie und Meinungsfreiheit geglaubt hätten und dafür von den Demokraten bestraft und im „BRD-Knast“ sitzen würden. Diese Protestform geht auf eine Tradition der 1970er Jahre zurück, als die Neonazis Michael Kühnen und Christian Worch mit Eselsmasken und Schildern „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZs 6 Millionen Juden ‚vergast‘ wurden“ demonstrierten.

In Lübben wurden am 10. Juli Flugblätter gegen das Verbot verteilt. Vier Tage später protestierte am Rathaus ein Mann, der ebenfalls eine Eselsmaske trug. Als er vom Leiter des Ordnungsamtes angesprochen wurde, warf er Flyer mit der Aufschrift „Verbote, Verbote! Demokraten machen gegen Opposition mobil!“ auf die Erde und flüchtete.

Am 5. Juli 2006 wurden in Guben Schutzbund-Aufkleber „Stop! No go area“ gefunden. Am gleichen Tag protestierten drei Rechtsextremisten vor der örtlichen Polizeiwache mit einem Transparent „Gegen staatliche Repressionen und Polizeiwillkür“. Bei der Identitätsfeststellung

leisteten zwei der drei Personen massiven körperlichen Widerstand. Etwa 20 weitere Szeneangehörige verharrten vor der Polizeiwache bis zur Freilassung der „Kameraden“.

Am 8. Juli verteilten Jugendliche vor der Stadthalle Cottbus Handzettel mit Protesten gegen das Verbot. Gegen die Feststellung ihrer Personalien leisteten sie erheblichen Widerstand; zwei Beamte erlitten Verletzungen.

Einen Hinweis auf die Vernetzung von Neonazi-Strukturen und NPD lieferte eine Meldung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) im sächsischen Hoyerswerda. Auf ihrer Internetseite wurde das Verbot als „Totalität staatlicher Unterdrückung“ bezeichnet; das „System“ habe „seine hässliche Fratze“ gezeigt. In weiteren Artikeln werden „System“ und „Systemwächter“ als „unmenschlich“ und „totalitär“ bezeichnet. Die Mitglieder der verbotenen Vereinigungen seien eine „kleine Schar junger Revolutionäre“, die ihre „Weltanschauung in Form von Flugschriften“ verbreite. Es wird dazu aufgerufen, den „Widerstand gegen dieses System“ auszubauen.

2. Scheinauflösungen

Die im August 2006 als Reaktion auf das Verbot des rechtsextremistischen „Schutzbund Deutschland“ bekannt gegebenen „Auflösungen“ der Kameradschaften „Lausitzer Front Guben“ und „Sturm Cottbus“ sind nur vorgetäuscht. Dieselben Personen setzten danach ihre Aktivitäten in den jeweiligen Kameradschaften unvermindert fort. Zudem findet ein reger Informationsaustausch mit brandenburgischen und sächsischen NPD- und JN-Funktionären statt. In den letzten Wochen nahmen sie mehrfach an Veranstaltungen teil, die der im März 2006 gegründete JN-Stützpunkt Hoyerswerda sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg durchgeführt hat.

Mit ihren Scheinauflösungen folgten die Kameradschaften einer Strategie, die von führenden sächsischen Neonazis auf einschlägigen Internetseiten ausführlich propagiert wird: Um der zunehmenden „Verfolgung“ durch das „System“ zu entgehen, solle künftig auf „feste Strukturen, Vereinsausweise und Gruppenkassen“ verzichtet werden:

„Uns dürfen nicht mehr Gruppennamen und Ausweise miteinander verbinden, sondern einzig und allein unsere Weltanschauung.“

3. Ende einer Internetpräsenz

Bei der „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“ (GGSÖBB) handelte es sich um ein Internetprojekt, das Rechtsextremisten in der Grenzregion Brandenburgs und Sachsens als Kommunikationsbasis diente. Die Website wurde im September 2006 von ihren Betreibern abgeschaltet. Das wurde szenintern als Schritt in Richtung einer Modernisierung des rechtsextremistischen Engagements schöngeredet. Die Grenzen der bestehenden Aktionsformen seien erreicht und der „Widerstand“ sei nun bereit, die nächst höhere Stufe zu erklimmen.

In Wirklichkeit ist die Schließung der Homepage eine Niederlage für die rechtsextremistische Szene. Der Wegfall dieses Informationsportals ließ sich bisher nicht adäquat ausgleichen, auch bereits vorhandene persönliche Kontakte reichen nicht aus, den Verlust der Website zu kompensieren.

4. Selbstauflösung „Märkischer Heimatschutz“

Der „Märkische Heimatschutz“ (MHS) hat sich am 4. November 2006 nach fünf Jahren sang- und klanglos – aber letztlich nicht überraschend – von der rechtsextremistischen Bühne Berlins und Brandenburgs verabschiedet. Gordon Reinholz, bis dato unumstrittene Führungsperson, hat mit diesem letzten Akt den tatsächlichen Verfall der Organisation nur noch besiegelt.

Die Verbote der rechtsextremistischen Vereinigungen „Hauptvdk“, „Sturm 27“ und „Alternative Nationale Strausberger Dart, Piercing und Tattoo Offensive“ (ANSDAPO) von 2005 sowie des „Schutzbund Deutschland“ im Juli 2006 haben offensichtlich Wirkung auf den MHS gezeigt. Das ehemals massive öffentliche Auftreten des MHS bei Demonstrationen oder beim Verteilen von Propagandamaterial war in den letzten Monaten weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Organisationsstrukturen des Kameradschaftsverbundes haben darüber hinaus in dieser Zeit deutlich an Stabilität, Nachhaltigkeit und Anziehungskraft verloren, was sich in der Teilnahme an Veranstaltungen niederschlug.

Zahlreiche Rücktritte und Ausschlüsse von MHS-Mitgliedern, insbesondere der Ausstieg des Begründers der Berliner Sektion, hatten schon 2005 für Diskussionen innerhalb der Organisation gesorgt und deren Mitglieder nachhaltig verunsichert.

Der Rückzug von Gordon Reinholz ist in direktem Zusammenhang zum Erstarken der NPD in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu sehen. Die von ihm angestrebte brandenburgweite Expansion des MHS hatte sich als Illusion erwiesen, ebenso die erhoffte Zunahme seines politischen Einflusses in länderübergreifenden Netzwerken parteiungebundener Neonazis wie „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM).

5. Auflösung der „Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg“

Im Herbst 2006 gründete sich die etwa zehn Mitglieder starke „Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg“. Auf ihrer Internetseite erklärte die Gruppierung vollmundig: „Im Verbund mit der Anti-Antifa Velten steht dem Landkreis Oberhavel nun ein umfangreicher ‚Brauner Bund‘ zur Seite welcher nun das übernimmt was der Staat nicht schafft. Für Recht und Ordnung sorgen.“ (Fehler im Original)

Bevor die „Sturm“-Mitglieder größere Aktivitäten entfalten konnten, durchsuchte die Polizei am Morgen des 6. Dezember Wohnungen von sieben Personen. Dabei wurden gefährliche Gegenstände sichergestellt und auf Grund aufgefundener Kleidungsstücke ein Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Uniformierungsverbot (§§ 3, 28 Versammlungsgesetz) eingeleitet.

Noch am späten Nachmittag gab ein Mitglied die „offizielle“ Auflösung der „Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg“ im Internet bekannt. Diese prompte Reaktion zeigt, dass der unerwartete Schlag der Polizei seine Wirkung auf die Rechtsextremisten erreicht hat.

Langfristige Wirkung früherer Verbotmaßnahmen

Auch langfristig zeigen Verbote nachhaltigen Erfolg. Im April 2005 sind die neonazistische Kameradschaft „Hauptvolk“ und deren Untergliederung „Sturm 27“ verboten worden. Dutzende von Personen und Objekten wurden durchsucht, etwa 5.500 Asservate sichergestellt. Einige davon waren nicht nur für den Beweis der Verbotsvoraussetzungen, sondern auch strafrechtlich relevant. Das Verbot wurde nicht angefochten und ist bestandskräftig.

Die rechtsextremistischen Aktivitäten dieses Personenzusammenschlusses in der Öffentlichkeit sind weitgehend zum Erliegen gekommen. Seit dem Verbot ist kein Vorfall bekannt geworden, bei dem die Kameradschaften unter der alten Bezeichnung öffentlich in Erscheinung getreten sind.

Sofern sich ehemalige Mitglieder der verbotenen Kameradschaft treffen, geschieht dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sie pflegen ihre langjährigen privaten Kontakte oder spielen zusammen Fußball. Allerdings werden Fußballmannschaften, deren Namen einen Bezug zu „Hauptvolk“ zulassen („Sportvolk“, „Sportsfreunde 06“) und/oder in denen ortsbekannte Neonazis Mitglieder sind, zunehmend von anderen Vereinen geschnitten.

Zwei Vorfälle aus den Jahren 2005 und 2006, jeweils zum Volkstrauertag, lassen allerdings den Schluss zu, dass ein Teil der ehemaligen Mitglieder von „Sturm 27“ weiterhin rechtsextremistisch aktiv ist.

Am 13. November 2005 zogen 23 Personen, darunter 13 ehemalige Mitglieder des „Sturm 27“, der früheren „Rathenower Skinheadjugend“ und der NPD mit einem Blumengebinde, einer schwarz-weiß-roten Fahne mit dem Aufdruck „Sie waren die besten Soldaten der Welt“ und zwei Fackelträgern zu einem Gedenkstein für die Opfer des Ersten Weltkrieges. Als die Veranstaltung am Gedenkstein beginnen sollte, wurde sie von der Polizei aufgelöst. Wegen der hohen Zahl von anwesenden Mitgliedern des „Sturm 27“ wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Fortführung einer Vereinigung gem. § 20 Vereinsgesetz eingeleitet.

Am 19. November 2006 fuhr ein Fahrzeug-Konvoi von Rathenow nach Schollene (Sachsen-Anhalt). Die angereisten Personen marschierten in Zweierreihe mit Fackeln und einer schwarz-weiß-roten Fahne zu einer Gedenkstätte für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges und legten einen Kranz mit der Aufschrift „Ewig lebe der Toten Ruhm“ nieder. Nach einer kurzen Ansprache wurde eine Gedenkminute eingelegt. Es handelte sich um 20 Personen, von denen elf der verbotenen Vereinigung „Sturm 27“ und drei dem NPD-Stadtverband Rathenow angehören bzw. angehört. Gegen sie wurden Anzeigen wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung (§ 20 Vereinsgesetz) und Verstoß nach § 15 Versammlungsgesetz erstattet.

Das Verbot hat die rechtsextremistische Szene der Region Rathenow weit über den direkt betroffenen Personenkreis hinaus nachhaltig beeinträchtigt. Zahlreiche Sympathisanten und Mitläufer sind durch das Verbot verunsichert und abgeschreckt worden. Ein Solidarisierungseffekt trat nicht ein. Auch ein Wechsel von „Kameraden“ in die NPD blieb aus.

Im Rahmen der Verbotsmaßnahme gegen den neonazistischen Verein ANSDAPO im Juli 2005 fanden 24 Wohnungsdurchsuchungen statt. Dabei wurden 463 Gegenstände, darunter 121 Waffen bzw. Munition, 173 CDs, 66 CD-ROMs, 8 PC und 12 Festplatten, beschlagnahmt. Die Verbotsverfügung ist angefochten worden.

Auch dieses Verbot hat bei den ehemaligen Mitgliedern zu einer nachhaltigen Verunsicherung geführt. Sie treffen sich zwar in privatem Rahmen, sind jedoch öffentlich nicht wahrnehmbar.

Weitere Aktionen von Neonazis in Brandenburg

Neonazistische Szene Frankfurt (Oder) und die Verflechtung mit Hooligans

Hooliganismus und Rechtsextremismus gehören nicht zwangsläufig zusammen. Es zeigt sich jedoch immer wieder, dass sich gewaltbereite Hooligans einer rechtsextremistischen Rhetorik bedienen, um ihre Gegner zu beschimpfen und zu verunglimpfen. Einige Fans des Vereins FFC Victoria '91, die gleichzeitig auch der gewaltbereiten Hooligan-Szene angehören, sind wegen solcher Äußerungen in jüngster Zeit in den Fokus der Öffentlichkeit geraten.

Am 8. Juli griffen rechtsextremistische Fußballfans in Frankfurt (Oder) vermeintlich links orientierte Personen an: Ein Opfer erlitt Kopfverletzungen und musste ins Krankenhaus. Die Tat ereignete sich nach einer „Public-Viewing“-Übertragung eines Fußball-WM-Spieles.

Am 12. August griffen Frankfurter Fußballfans in Strausberg den linksalternativen Jugendclub „Horte“ an, warfen eine Scheibe ein und brüllten antisemitische Parden. Auffällig ist, dass ein vormalig aus-

schließlich im neonazistischen Spektrum agierender Aktivist nunmehr verstärkt bemüht ist, auch in der Hooligan-Szene fremdenfeindliche und antisemitische Sprüche zum alltäglichen Sprachgebrauch werden zu lassen und körperliche Auseinandersetzungen mit vermeintlich „linken“ Fußballfans zu schüren.

Immer wieder gehen Neonazis gezielt in Fußball-Stadien, um die auf den Rängen entstehende aufgeregte Stimmung in rechtsextremistische Bahnen zu lenken. Rassistische Sprüche werden geklopft, um jugendliche Fans mit extremistischer Propaganda anzuwerben. Fußball und Fußballspiele bieten den Rechtsextremisten Gelegenheit, an das Zusammengehörigkeitsgefühl der Fans zu appellieren und es mit fremdenfeindlichen Sprüchen zu besetzen. Auch eigene Fußballturniere werden veranstaltet, um Nachwuchs für rechtsextremistische Strukturen zu rekrutieren und bereits vorhandene persönliche Kontakte zu intensivieren oder aufzubauen.

Auf einem Flugblatt „Nein Gerald, Du bist nicht Deutschland – Du bist BRD!“ sprach der verbotene „Schutzbund Deutschland“ dem Fußballprofi Gerald Asamoah aufgrund seiner Hautfarbe die Berechtigung ab, für die deutsche Nationalmannschaft zu stürmen. In anderen Fällen nimmt der Rassismus in den Stadien weniger offensichtliche, sondern vielmehr subtile Formen an. Schwarze oder osteuropäische Spieler werden von Fans eher als „geldgierig“ und „Legionär“ diffamiert, während die deutschen Kicker zu „Helden“ verklärt werden.

Gerade im Bereich des Fußballs sind Vereine, Verbände und Fanprojekte sowie Verfassungsschutz, Polizei und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte gefordert.

Die Rolle des JN-Stützpunktes Hoyerswerda in Sachsen

Einzelne rechtsextremistische Kameradschaften, die bis vor kurzem noch die Mitgliedschaft in einer Partei als verwerflich bezeichnet hatten, suchen seit einigen Monaten Anschluss an die JN. Aufgrund des Parteienprivilegs und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren spekulieren sie darauf, so vor repressiven Maßnahmen sicher zu sein. Unter der Parole „Nur organisierter Wille bedeutet Macht“ fordert die JN „alle freien Nationalisten“ auf, sich „dieser Volksbewegung anzuschließen“ und sie „in ihrem Sinne zu formen“.

Teile der Kameradschaftsszene im Süden Brandenburgs folgten dem Aufruf. Andere unterstützen Aktivitäten der NPD, wenn es Interessengleichheit oder persönliche Beziehungen gibt. Ein Beispiel für eine Annäherung an die JN bieten die Kameradschaften „Sturm Cottbus“ und „Lausitzer Front Guben“, die ihre Aktivitäten unter dem Deckmantel der sächsischen JN weiterführen. Kameradschaftsabende und JN-Veranstaltungen werden von den gleichen Personen abgehalten. Veranstaltungen, die noch im Vorjahr unter dem Dach des „Lausitzer Aktionsbündnis“ (LAB) stattfanden, liefen nunmehr unter dem „Logo“ der JN.

Am 11. November trafen sich in Vetschau etwa 60 Neonazis zur Vorbereitung auf das „Heldengedenken“ am 18. November in Halbe. Offiziell war das Treffen als „Werbeveranstaltung der JN aus Hoyerswerda“ deklariert.

Der JN-Stützpunkt Hoyerswerda unterstützte am 9. Dezember in Lübben eine Demonstration der sächsischen NPD unter dem Motto „Menschenrecht bricht Staatsrecht – staatliche Repressionen öffentlich machen!“. Unter den rund 160 Rechtsextremisten waren auch zahlreiche Mitglieder der schein aufgelösten Kameradschaften „Sturm Cottbus“ und „Lausitzer Front Guben“.

Brandenburger Rechtsextremisten aus dem Umfeld der „Lausitzer Front Guben“ und des „Sturm Cottbus“ reisten 2006 mehrfach nach Hoyerswerda und nahmen an dortigen Demonstrationen der JN teil.

Am 8. April protestierte die JN gegen „linke Demagogen“ und forderte ein Verbot des am selben Tage stattfindenden PDS-Jugendparteitages. Der Parteitag war jedoch nur ein Vorwand, um einen in Bautzen (Sachsen) verbotenen Aufmarsch für die Freiheit von inhaftierten Rechtsextremisten und Neonazis durchzuführen. Auf mehreren Transparenten wurde beispielhaft der Revisionist Ernst Zündel genannt, der seit 30 Jahren Holocaust leugnende Schriften und Videofilme produziert und seine revisionistischen Ansichten auch auf einer eigenen Homepage im Internet darstellt.

Am 30. September nahmen rund 250 Rechtsextremisten, vornehmlich aus Sachsen und Brandenburg, an einem JN-Aufmarsch „Stoppt die Propaganda der selbsternannten Demokraten – Für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes“ teil. Dabei waren auch Mitglieder des schein aufgelösten „Sturm Cottbus“ und der „Lausitzer Front Guben“.

Persönliche Beziehungen spielen für die engen Kontakte des „Lausitzer Aktionsbündnis“ (LAB) nach Sachsen eine erhebliche Rolle. Initiator des LAB ist ein Neonazi aus Hoyerswerda, der neuerdings in Brandenburg wohnt, aber weiterhin den JN-Stützpunkt in Hoyerswerda leitet. Diese Doppelfunktion ermöglicht gemeinsame Aktionen von JN und Brandenburger Neonazi-Szene.

Dabei dient die Internetseite www.lausitz-infos.net als Sprachrohr der Bewegung und berichtet über Szeneveranstaltungen wie über die am 9. Dezember in Lübben. Nationalistische politische Konzepte werden formuliert, die kaum verhohlen nach einem „nationalen Sozialismus“ verlangen: „Sozialismus und Nationalismus [müssen] wieder die Grundlage unseres Landes sein. Dann erst werden der jetzige Unstaat und seine Unwerte beseitigt“.

Ferner werden zahlreiche Propagandamaterialien zum Download angeboten. In unregelmäßigen Abständen erscheint das Flugblatt „Blickpunkt Lausitz“, in dem sich LAB und JN um einen moderaten Anstrich bemühen. Die extremistischen Inhalte werden nicht direkt, sondern unter dem Deckmantel lokaler oder gesamtgesellschaftlicher Themen präsentiert. Hingegen wird im „Blickpunkt Lausitz“ offen für die NPD und die „Schulhof“-CD geworben. Für diese CD erging im August 2004 wegen jugendgefährdender Inhalte ein Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Halle.

Blickpunkt Lausitz

Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Lausitz

>>> schoener.wohnen@gmx.net

Plädoyer für eine
Eine M

Blickpunkt Lausitz

Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Lausitz

>>> schoener.wohnen@gmx.net :: Ausgabe 9 :: Nummer 5/2006 :: www.blickpunkt-info.de <<<

Lausitz/ Der gesundheitliche Zustand
Jugendlichen und Kinder ist alarmierend.
Sie sind sich selbst überlassen, an

Hat die **DEMOKRATIE** versagt?

Blickpunkt Lausitz

Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Lausitz

>>> schoener.wohnen@gmx.net :: Ausgabe 6 :: Nummer 2/2006 :: www.lausitz-infos.net <<<

Schöne neue Welt? George Orwell läßt grüßen!
Totale Überwachung der Bürger

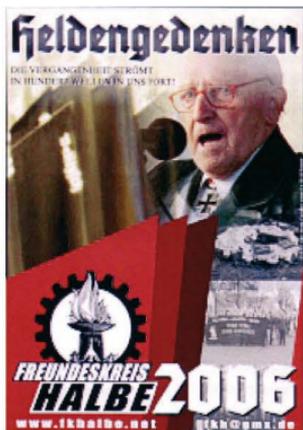
BRD - System

Bürgerinnen und Bürger der
Lausitz sagen:

...ung der verbreiteten
...en werden.“
...ig alle Systemkritiker,
... und wird sich immer
...scheuernde, dem
...er Volksherrschaft
... in Politik auf Dauer
...? Wir schauen der

Demonstrationen in Halbe und Seelow

Der wohl bekannteste Demonstrationsort in Brandenburg ist der Waldfriedhof in Halbe (LDS), wo Rechtsextremisten alljährlich versuchen, einen so genannten Heldengedenktag zu begehen.



„Die Vergangenheit strömt in hundert Wellen in uns fort“
– Aufruf zum „Heldengedenken“ in Halbe

Der Waldfriedhof in Halbe ist eine der größten Kriegsgräberstätten Deutschlands. Dort sind über 28.000 Tote des Zweiten Weltkrieges sowie sowjetische Zwangsarbeiter begraben. Halbe war Schauplatz einer der letzten Kesselschlachten des Zweiten Weltkrieges. Am 28. und 29. April 1945 schlossen Panzer- einheiten der Roten Armee die Reste der geschlagenen deutschen 9. Armee ein. Deren Führung lehnte das Kapitulationsangebot ab und versuchte stattdessen, mit versprengten Einheiten aus Wehrmacht, SS, Volkssturm und Hitlerjugend aus dem Kessel auszubrechen. Diesen angesichts ihrer Sinnlosigkeit vermeidbaren Kämpfen fielen schätzungsweise 60.000 Menschen zum Opfer – Soldaten wie Zivilisten, darunter viele Flüchtlinge.

Regelmäßig brachte das „Heldengedenken“ der Neonazis in der Vergangenheit Empörung in Politik und Bevölkerung mit sich. Verbote der rechts- extremistischen Demonstrationen in Halbe wurden mit mehr oder weniger Erfolg gerichtlich abgewehrt, so dass immer wieder „Heldengedenkveranstaltungen“ stattfanden.

Im Jahr 2005 wurde das Versammlungsgesetz neu gefasst und erschwerte es den Rechtsextremisten seitdem zunehmend, den Waldfriedhof für propagandistische Zwecke zu missbrauchen. Hinzu kam ein wachsender und massiver Widerstand der Bevölkerung. Dem für den 12. November 2005 geplanten Marsch zum Friedhof hatten sich Gegendemonstranten derart in den Weg gestellt, dass er nicht stattfinden konnte.

Deshalb versammelten sich am 11. März 2006 anlässlich eines „Tages der Ehre“ rund 800 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet in



18. November 2006: „Heldengedenken“ in Seelow

Halbe, um den verhinderten Marsch „nachzuholen“. Unter ihnen befanden sich Mitglieder neonazistischer Kameradschaften aus Brandenburg („Märkischer Heimatschutz“, „Lausitzer Front Guben“, „Sturm Cottbus“), Sachsen und Berlin. Aus dem Freistaat Sachsen nahm u. a. eine Abordnung der NPD-Landtagsfraktion teil, darunter ihr Vorsitzender Holger Apfel.

Mit dem 11. März hatten die Rechtsextremisten ein historisches Datum gewählt, den ursprünglichen Volkstrauertag, der ab 1926 regelmäßig am fünften Sonntag vor Ostern begangen wurde. Die Nationalsozialisten machten 1934 ihren „Heldengedenktag“ daraus und verlegten ihn 1939 auf den 16. März, den Jahrestag der 1935 wieder eingeführten allgemeinen Wehrpflicht. Sofern der „Heldengedenktag“ nicht auf einen Sonntag fiel, sollte er am Sonntag vor dem 16. März begangen werden.

Als Redner traten am 11. März zahlreiche Neonazis auf. Unverhohlen knüpften die Teilnehmer an das nationalsozialistische „Heldengedenken“ im „Dritten Reich“ an. Die rechtsextremistische Szene kündigte an, dass sie weiterhin den ursprünglichen „Heldengedenktag“ im März begehen wolle, ebenso wie den nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit neuem Datum wieder eingeführten Volkstrauertag im November.

Auch für den 18. November 2006 hatten Rechtsextremisten schon Veranstaltungen in Halbe angemeldet. Da die Versammlungsbehörde deren Aktivitäten zugunsten des Tages der Demokraten auf den Bahnhofsvorplatz beschränkt hatte, wichen die etwa 1.000 Teilnehmer nach Seelow aus, wo noch im April 1945 eine der schlimmsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges stattfand. Dort gedachten sie unter dem Motto „Die Vergangenheit strömt in hundert Wellen in uns fort“ ihrer „Helden“. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger bekundeten deutlich ihre Ablehnung dieser Veranstaltung und sprachen sich eindeutig gegen Rechtsextremismus aus.

Obwohl die Organisatoren beide Demonstrationen als Erfolge verkauften, konnten die Veranstaltungen nicht an das „Heldengedenken“ vom November 2005 anknüpfen. Damals folgten 1.800 Rechtsextremisten dem Aufruf, im November 2006 nur etwa halb so viele. Den Organisatoren ist es nicht gelungen, die Szene bundesweit vom neuen Veranstaltungsort in Seelow zu überzeugen. Die Bedeutung und die Anziehungskraft, die von Halbe und seinem Friedhof für das neonazistische Spektrum ausgeht, lässt sich nicht auf Seelow übertragen.

Fazit

Angesichts der konsequenten Verbotsmaßnahmen des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese kontinuierliche Politik auf die rechtsextremistische Szene hat. Können die rechtsextremistischen Parteien hiervon profitieren, indem sie den Mitgliedern der verbotenen Vereinigungen einen vermeintlich sicheren Organisationsrahmen bieten? Oder führen die Maßnahmen zu einer solchen Verunsicherung der Szene, dass eine Schwächung die Folge ist?

Von der Gruppierung „Hauptvolk“/„Sturm 27“, die bezeichnenderweise nicht gegen das Verbot geklagt hat, ist nur eine geringe Hinwendung zur NPD zu konstatieren. Lediglich vier Personen sind in die NPD eingetreten, u. a. der jetzige Vorsitzende des wenig aktiven Ortsverbandes Rathenow. Die NPD ist daran interessiert, die Mitglieder des verbotenen „Schutzbund“ in die Partei zu integrieren – bislang jedoch ohne sichtbaren Erfolg.

Bei Kameradschaften spielen Scheinauflösungen als taktische Winkelzüge eine Rolle, um ein Verbot zu erschweren. Beispiele dafür liefern „Lausitzer Front Guben“ und „Sturm Cottbus“. Die scheinbar unorganisierten „Kameraden“ werden höchstwahrscheinlich ihre Kooperation mit der NPD und JN fortsetzen. Das von der Neonazi-Szene verfolgte Konzept, als loses Netzwerk zu agieren, bedeutet einen merklichen Verlust an Außenwirkung und Identifikation. Auf Dauer wird sich diese auf Konspiration beruhende Strategie auch negativ auf die Gewinnung von Nachwuchs auswirken.

Anders sieht es beim de facto aufgelösten MHS aus. Es ist zu bezweifeln, ob die ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten der Aufforderung ihrer Führungsperson Gordon Reinholz folgen und unter dem Dach der NPD bzw. JN eine neue politische Heimat suchen werden. Reinholz selbst hatte ihnen lange Zeit eine für Neonazis typische kritische Haltung gegen die NPD vorgelebt. Deshalb bleibt er nicht nur innerhalb der Brandenburger NPD, sondern auch innerhalb der Neonazis umstritten. Dennoch blickt die rechtsextremistische Kameradschaftsszene – ob kooperationsbereit oder skeptisch – auf die NPD. Sollte die Partei in Brandenburg mittelfristig aufgrund von Wahlerfolgen Ressourcen und Posten verteilen können, könnte ihre Attraktivität steigen. Bereits jetzt lassen sich nicht wenige Neonazis für Propagandaaktionen der NPD und bei deren Wahlkämpfen auf Landes- und Bundesebene einspannen. Bei ausbleibenden Wahlerfolgen wird die NPD an Anziehungskraft einbüßen.

Musik als gemeinsames Erkennungsmerkmal

Musik wurde und wird in verschiedenen Lebensbereichen bewusst eingesetzt, um ihre unbewusste Wirkung zu nutzen: beim Sport, in der Werbung, als Unterhaltung oder als Erkennungszeichen. Es ist daher nicht überraschend, dass Musik aufgrund ihrer besonderen emotionalen Wirkung seit jeher in der politischen Propaganda eine herausragende Bedeutung hat. Musik an sich ist unpolitisch, aber jederzeit und für jede politische Zielrichtung flexibel einsetzbar. Die Lieder der Arbeiterbewegung z. B. wurden im Nationalsozialismus nur leicht in ihren Texten verändert, um sie für die eigenen Veranstaltungen zu nutzen. Es gibt keine politischen Musikstile, also keine rechtsextremistische Musik an sich, es gibt nur rechtsextremistische Texte. Die Bedeutung von Musik hat bei der Rekrutierung von Rechtsextremisten und in der Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in den letzten Jahren zugenommen.

Die rechtsextremistische Skinhead-Musik hat sich mittlerweile zum wirksamsten Bindemittel („Sozialkitt“) rechtsextremistischer Subkulturen entwickelt. Konzerte dienen in der Skinhead-Szene als Kontakt-, Informations- und Tauschbörsen. Dies ist keine Besonderheit, denn auch andere Musikszene sehen in den jeweiligen Events (Raves, Konzerte etc.) wichtige Foren für Ideen und Devotionalien.

Die Skinhead-Szene hat ihre Ursprünge in Großbritannien, wo sie Ende der 1960er Jahre – zunächst als unpolitische Jugendkultur – entstanden ist. Diese Subkultur hat sich im Lauf der Jahrzehnte in verschiedene „politische“ Richtungen aufgespalten, u. a. entwickelte sich in Deutschland Anfang der achtziger Jahre eine rechtsextremistische Richtung mit eigener Musikszene. Der außenstehende Betrachter ist kaum in der Lage, Skinheads verschiedener politischer Ausrichtungen anhand ihres Äußeren (z. B. Stahlkappenstiefel, Hosenträger, Glatze) zu unterscheiden. Nur an ihren Äußerungen, an Worten und Taten, sind sie zu erkennen.

Skinhead-Konzerte lassen sich vergleichsweise einfach organisieren. Es bedarf lediglich einer Stromzufuhr für Verstärker, Lautsprecher, Gitarren,

Schlagzeuge und Mikrofone. Das Publikum stellt wenige bis keine Ansprüche und nimmt weite Anfahrtswege in Kauf. Skinhead-Konzerte ziehen insbesondere junge Männer an, die sich für Männlichkeitsrituale interessieren und schon deswegen für das martialische Bild des „germanischen Helden“ anfällig sind, das Rechtsextremisten gern von sich zeichnen.

Die Musik rechtsextremistischer Skinheads hat einen prägenden Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Orientierung ihrer Hörer. Mit ihren fremdenfeindlichen, antisemitischen, Gewalt und den Nationalsozialismus verherrlichenden Texten baut diese Musik Feindbilder auf – und ist dabei viel eingängiger als jedes „Programm“ von rechtsextremistischen Vereinen und Parteien.

Dieses Phänomen haben auch die rechtsextremistischen Parteien erkannt und für sich und ihre Propaganda genutzt. Die Sommerfeste der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ haben in den letzten Jahren kontinuierlich immer mehr Besucher angezogen, seit Liedermacher und Bands mit rechtsextremistischen Texten dort auftreten. Während im Jahr 2002 etwa 1.500 Gäste kamen, hat sich ihre Zahl ein Jahr später schon auf 2.500 erhöht. Im Jahr 2004 waren es mit 7.000 Besuchern fast dreifach so viele. 2005 wurde kein Sommerfest veranstaltet. Im vergangenen Jahr 2006 wurde die gleiche Zahl von 7.000 Teilnehmern bekannt, denen Sommerfest-Auftritte der Liedermacher Frank Rennicke und Jörg Hähnel, des Duos „Annett und Michael“ (Faktor Deutschland) und der rechtsextremistischen Bands „Agitator“, „Carpe Diem“ sowie „Gigi & die Stadtmusikanten“ geboten wurden. Aus England reiste das Duo „Stigger & Sisko“ an.

Auch Brandenburger NPD-Kreisverbände nutzen Liedermacher-Auftritte zur Umrahmung eigener Veranstaltungen. Beispiele dafür lieferte der Kreisvorstand Oderland am 5. Mai 2006 bei einem Treffen in Wendisch-Rietz sowie bei einem Kinder- und Familienfest am zweiten Juli-Wochenende in Storkow (beide LOS).

Rechtsextremistische Musik als Ausdruck gemeinsamer Anschauungen wird zunehmend auch bei Aufmärschen eingesetzt: Bei einer am 21. Oktober 2006 vor der JVA Berlin-Tegel von der NPD organisierten Demonstration „Freiheit für Lunikoff“ trat vor etwa 1.000 Personen eine rechtsextremistische Band auf, die ein Lied mit dem Refrain „Ich bin mit Leib und Seele Nazi und werde es immer sein“ vortrug. Dieses Lied und insbesondere der

Inhalt des Refrains kann als Botschaft an „Lunikoff“ gesehen werden, als Verlautbarung seiner ungebrochenen Gesinnung, als Beweis der Zusammengehörigkeit und Sympathie mit dem Inhaftierten sowie als Ausdruck der eigenen Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene.



„Lunikoff“ – angelehnt an den Namen einer Billig-Wodka-Marke – alias Michael Regener, war Sänger der rechtsextremistischen Band „Landser“, die seit 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) verboten ist. Die Angehörigen der Gruppe waren Ende 2003 zu Freiheitsstrafen von 40 Monaten bzw. Bewährungsstrafen von 21 und 22 Monaten verurteilt worden. „Lunikoff“ verbüßt derzeit als Mitglied einer kriminellen Vereinigung seine Haft in Berlin. Die Kundgebung vor der JVA wurde nicht aufgelöst.

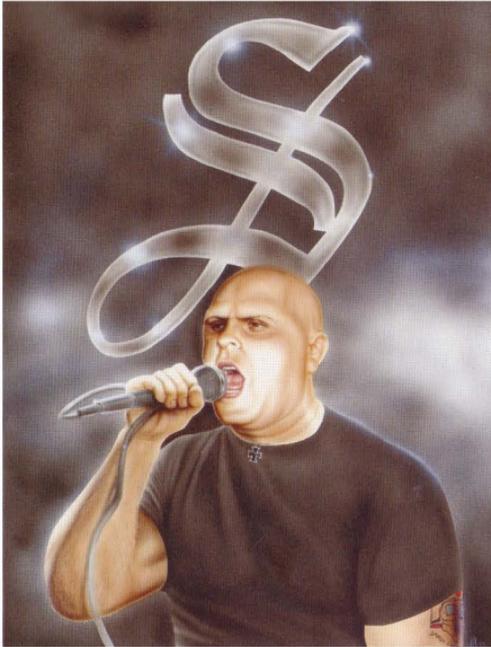
Nach der Berliner Band „Landser“ wurden am 22. November 2006 vier Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Band „Race War“ aus dem Ostalbkreis vom Stuttgarter Landgericht u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Nach „Landser“ ist damit die zweite rechtsextremistische Musikgruppe verurteilt worden.



Cover einer „Landser“-CD

Die Organisation und Durchführung rechtsextremistischer Konzerte ist finanziell für den Veranstalter interessant. Die Höhe der Eintrittsgelder richtet sich z. B. nach dem Veranstaltungsort und dem Bekanntheitsgrad der auftretenden Bands. In der Regel bleibt nur für den Veranstalter ein Gewinn, die Bands bekommen lediglich einen kleinen Teil der Erlöse als Gage, so dass sie allein von den Auftritten ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Die Bands profitieren vom Verkauf von Tonträgern und Merchandisingprodukten, z. B. T-Shirts und Aufnahmen.

Rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg



Vorbild: „Blood & Honour“-Gründer Ian Stuart

In Brandenburg gibt es eine aktive rechtsextremistische Musikszene. Zurzeit sind 22 rechtsextremistische Skinhead-Bands, im Vergleich zu 13 Bands im Jahr 2005, bekannt. Diese Bands gaben Konzerte in Brandenburg, von denen einige durch die Sicherheitsbehörden unterbunden werden konnten.

Weitere Konzerte fanden im übrigen Bundesgebiet und im Ausland statt. Die Besucherzahl der rechtsextremistischen Konzerte lag jeweils zwischen 50 und 250 Personen. Während

der Konzerte äußerten einige Bands sowie Zuhörer ihre rechtsextremistische Gesinnung u. a. durch „Sieg Heil“- und „Heil Hitler“-Rufe.

Ein Beispiel für einen rechtsextremistischen Liedtext ist der Titel „Blut“, ein antisemitisches Hetzlied aus der Kaiserzeit, das auch von der SA häufig skandiert wurde:

„Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig
lasst die Messer flutschen in den Judenleib
Blut muss fließen, knüppelhageldick
und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik...“.

Musikgruppen und deren Konzertbesucher sind in Netzwerke verschiedener Skinhead-Gruppierungen und rechtsextremistischer Organisationen eingebunden, so der „Hammerskins“, der in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Bewegung und der NPD.

Rechtsextremistische Skinhead-Bands

Derzeit sind in Brandenburg 22 Skinhead-Bands bekannt:

- „Bloodshed“ (Potsdam, Chemnitz),
- „Burn Down“ (Potsdam, Chemnitz),
- „Confident of Victory“ (Senftenberg), Projekt „Obskur“ mit der sächsischen Band „Magog“,
- „Cynic“ (Potsdam),
- „Frontalkraft“ (Cottbus),
- „Hassgesang“ (Cottbus), Projekte „Agnar“, „No Escape“,
- „Hope for the Weak“ (Senftenberg, Lauchhammer, Dresden),
- „Kontra“ (Eisenhüttenstadt),
- „Opas Enkels“ (Rathenow)
- „Outlaw“ (Ortrand, Lauchhammer, Dresden),
- „Preußenfront“ (Barnim),
- „Redrum“ (Potsdam),
- „Resonanz“ (Eisenhüttenstadt),
- „Sawdust“ (Senftenberg),
- „Schwarzgraue Wölfe“ (Nauen),
- „Shout of Pain“ (Lauchhammer),
- „SIGIL“ (Teltow),
- „Silence“ (Rathenow),
- „Treueschwur“ (Belzig),
- „Valhöll“ (ohne regionale Zuordnung),
- „Volkstroj“/USK (Fürstenwalde, Beeskow),
- „Wolfskraft“ (Beeskow).



Bei allen 22 Bands handelt es sich um rechtsextremistische Bands. Einige bekennen sich bei ihren Auftritten durch das Singen von einschlägigen Liedtexten und das Zeigen des „Hitlergrußes“ offen zum Nationalsozialismus. In ihren Texten verbreiten sie antisemitische und fremdenfeindliche Feindbilder und rufen zur Gewalt auf. Dass sie damit Resonanz beim Publikum finden, wird durch die in den Zuschauerräumen gebrüllten Grußfor-

meln „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ und in einigen Fällen durch Schwenken von Hakenkreuzfahnen deutlich. Zu ihren Konzertbesuchern zählen gewaltbereite Skinheads, Neonazis, Anhänger der NPD, ihrer Jugendorganisation JN, und Personen aus der Rockerszene sowie Hooligans.

Der nochmalige Anstieg der aktiven Bands im Jahr 2006 auf 22 (2005: 13) ist zum Teil auf die personelle und logistische Unterstützung durch die „etablierten“ Bands „Bloodshed“, „Burn Down“ und „Confident of Victory“ zurückzuführen. So wurden und werden die Bands/Projekte „Obskur“, „Cynic“ und „Redrum“ unterstützt. Viele Musiker und Sänger arbeiten nicht nur in einer, sondern in verschiedenen Bands und Bandprojekten. Daraus ergibt sich eine Vielzahl personeller Überschneidungen in Bands wie „Obskur“, „Bloodshed“, „Burn Down“, „Hope for the Weak“, „Sawdust“ und „Confident of Victory“, ohne dass sich die tatsächliche Zahl der Bandmitglieder proportional zu den Bandzahlen entwickelt hat.

Die Vernetzung der Bands wird besonders an ihrer personellen Besetzung deutlich. „Bloodshed“, „Outlaw“, „Hope for the Weak“, „Obskur“ und „Burn Down“ sind keine reinen Brandenburger Bands, sondern erhalten Unterstützung durch Musiker aus Sachsen. Der Sänger der Bands „Bloodshed“ und „Burn Down“ betätigt sich fast ausschließlich in Sachsen, weitab von seinem Wohnort Potsdam. Weil aus Sicht der Brandenburger Szene Konzertveranstaltungen in Sachsen leichter möglich sind und bedingt durch die Kooperation zwischen Rechtsextremisten beider Länder waren die Brandenburger Bands vornehmlich in Sachsen aktiv. Bei ihren Auftritten außerhalb Brandenburgs lag die Teilnehmerzahl mit jeweils 100 bis 400 Zuhörern deutlich höher als in Brandenburg.

Rechtsextremistische Musikveranstaltungen

Im Jahr 2006 haben in Brandenburg acht Konzerte und zwei Liederabende stattgefunden. Diese Zahlen sind gegenüber dem Vorjahr relativ stabil (2005: acht Konzerte und vier Liederabende). Drei Konzerte konnten von den Sicherheitsbehörden unterbunden werden. Auf Bundesebene zeichnet sich für 2006 eine vergleichbare Tendenz ab: eine gegenüber dem Vorjahr etwa gleich bleibende Anzahl von Konzerten, weniger Liederabende und Erfolgsquoten bei der Zahl verhinderter Konzerte.

Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet fanden 2006 in Brandenburg wiederum nur etwa vier Prozent aller rechtsextremistischen Konzerte in Deutschland statt.

Die Konzertveranstalter versuchten jedes Mal mit unterschiedlichen Methoden die Veranstaltungsorte zu verschleiern, um so einer Verhinderung der Konzerte entgegenzuwirken. Sie gaben mehrere Veranstaltungsorte gleichzeitig an und leiteten die Konzertbesucher mit Hilfe von Boten, Vorposten oder SMS kurzfristig zum Ort des eigentlichen Auftritts, um den Polizeikräften zu entgehen. Dennoch gelang es der Polizei allein am 30. September 2006, zwei Skinheadkonzerte zu unterbinden. Der Verfassungsschutz Brandenburg leistete dazu mit seinen Hinweisen einen wichtigen Beitrag. Die wirkungsvolle Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz zeigte sich auch darin, dass die Zahl der Besucher relativ gering war.

Rechtsextremistische Konzerte fanden statt

am 25. Februar, Lauchhammer (Landkreis OSL): Die Band „Shout of Pain“ spielte vor etwa 150 Konzertbesuchern u. a. zahlreiche Lieder der verbotenen Gruppe „Landser“;

am 1. April in Vetschau (Landkreis OSL): Das Konzert mit den Bands „Barking Dogs“ und „Alkoholika“ (später umbenannt in „Head Lover“) wurde auch von Personen aus dem Bereich Cottbus besucht, darunter Neonazis;

am 29. April und am 17. Juni in Seefeld (Landkreis BAR): Konzerte vor jeweils etwa 100 Besuchern;

am 2. September in Großräschen (Landkreis OSL): Die Bands „Racial Purity“, „Eternal Bleeding“ und „Downfall“ (ehemals „Murdersquad“) traten vor etwa 250 Besuchern auf;

am 14. Oktober in Rathenow (Landkreis HVL): Die Bands „Blitzkrieg“, eine Black-Metal-Band und der Liedermacher Uwe Menzel traten vor etwa 250 Besuchern auf.

Weitere Konzerte fanden am 28. Oktober sowie am 11. November statt, u. a. mit den Bands „Civil Disorder“, „Legion of Thor“, „Blitzkrieg“, „DLK“, „Burn Down“, „Einherjer“ und „Kahlschlag“.

Konzerte, die für den 30. September in Eisenhüttenstadt (Landkreis LOS) und Seefeld (Landkreis BAR) sowie für den 14. Oktober in Lübben (Landkreis LDS) geplant waren, wurden durch Sicherheitsbehörden verhindert.

Zwei Liederabende fanden als musikalische Begleitung von Veranstaltungen des NPD-Kreisvorstandes Oderland in überschaubarem, familiären Rahmen statt. Die NPD berichtete darüber im Internet (www.brandenburg.npd.de, www.npd-oderland.de, www.npd-barmin.de).

Tonträger-Veröffentlichungen

Die Produktion eigener Tonträger rechtsextremistischer Skinhead-Bands ist 2006 gestiegen. Neun CDs mit zum Teil antisemitischen, fremdenfeindlichen und Gewalt verherrlichenden Inhalten wurden veröffentlicht. Im Jahr 2005 waren es fünf CDs. Die Skinhead-Bands sind auch im Internet präsent: Mit Musikforen, Bandvorstellungen, Konzert- und CD-Ankündigungen, Konzertberichten, CD-Angeboten und Merchandising-Produkten, kostenlosen Downloads und Verlinkungen werben sie um Kunden.

Die CD-Produktion und der Vertrieb erfolgt in den meisten Fällen durch die Unterstützung eines rechtsextremistischen Musiklabels. Dieses Label stellt das Equipment zur Verfügung und vertreibt den fertigen Tonträger u. a. über einen Internetversand.

So wurden u. a. durch PC Records (Sitz Chemnitz) die CD der Bands „Cynic“/„Redrum“ und durch Front Records (Sitz Wurzen) die CD der Band „Frontalkraft“ vermarktet. Die CD der Band „Wolfskraft“ ist über das Internet erhältlich.

Im Jahr 2006 erschienen folgende CDs rechtsextremistischer Brandenburger Bands:

- „Lieder die wir für Deutschland schrieben“ („Frontalkraft“),
- „Wut“ („Bloodshed“),
- „Demo“ („Confident of Victory“),
- „Wortgefecht“ („Wolfskraft“),
- „Seelentrost“ („Obskur“),

„The Unfeeling“ („Confident of Victory“),

„Hardcore Hoax - United“ („Path of Resistance“/„Inborn Hate“/„Hope for the Weak“),

„Die Söhne Potsdams“ („Cynic“/„Redrum“),

„Klänge der Bewegung II“ (Sampler u. a mit „Agnar“ und „Valhöll“).

Die 2005 erschienene CD „Demo“ der Band „Schwarzgraue Wölfe“ ist seit Frühjahr 2006 mit kurzen Hörproben im Internet erhältlich. Der Tonträger enthält antisemitische, fremdenfeindliche und Gewalt verherrlichende Texte:

„Wir Schwarzgrauen Wölfe im Untergrund wir jagen die Juden
zu jeder Stund wir spüren sie auf in der dunkelsten Nacht...
für uns bleibt der Jude auf ewig ein Feind
zu dessen Vernichtung der Kampf uns vereint...“

„Wir kämpfen für das deutsche Reich,
unser Schlachtruf ist Sieg Heil, wir sind zäh wie Leder,
wir sind hart wie Kruppstahl, wir sind in der Waffen-SS ...“

Nicht alle rechtsextremistischen Bands aus Brandenburg bekennen sich so unverhohlen durch antisemitische Äußerungen zum Nationalsozialismus. Bands wie „Bloodshed“ drohen ihren Feinden mit Konzentrationslagern, so auf ihrer CD „Wut“:

„Es ist immer der gleiche Traum
ich auf dem Turm, du hinterm Zaun
Das Bild verfolgt dich jede Nacht
hat dich um den Verstand gebracht.“

Der folgende Titel derselben CD verstößt gegen die Menschenwürde:

„Du bist so ein Typ, dich kann keiner leiden
du willst ein Punk sein, doch du kannst dich nicht kleiden, ...
... man kann dich vom Hausmüll kaum unterscheiden...
Dreck muss weg, Dreck muss raus.“

Indizierungsanregungen des Verfassungsschutzes Brandenburg

Der Brandenburgische Verfassungsschutz nennt dem LKA regelmäßig rechtsextremistische Medien, um deren Indizierungen bei der BPjM (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien) anzuregen. Im Jahr 2006 waren das u. a. 14 CDs, darunter „Demo“ von „Confident of Victory“ und „Aufmarsch des Wahnsinns“ von „Silence“.

Die Indizierung rechtsextremistischer Tonträger bietet der Polizei spezielle Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Folgende Tonträger wurden im Jahr 2006 durch die Bundesprüfstelle indiziert und in den Teil A der Liste (jugendgefährdend) aufgenommen:

„F. N. A. B.“ („Freedom Nation and Blood“) der Gruppe „Confident of Victory“;

indiziert BAnz. Nr. 21 vom 31. 01. 2006;

„Demo“ der Gruppe „Confident of Victory“;

indiziert BAnz. Nr. 101 vom 31. 05. 2006;

„Wut“ der Gruppe „Bloodshed“;

indiziert BAnz. Nr. 205 vom 31. 10. 2006.

Folgende CDs wurden durch die Bundesprüfstelle indiziert und in den Teil B der Liste (jugendgefährdend und Strafrechtsbezug) aufgenommen:

„Break the Silence“ der Gruppe „No Escape“;

indiziert BAnz. Nr. 21 vom 31. 01. 2006;

„Aufmarsch des Wahnsinns“ der Gruppe „Silence“;

indiziert BAnz. Nr. 120 vom 30. 06. 2006.

Diese Titel dürfen Minderjährigen nicht mehr zugänglich gemacht werden. Die Polizei kann sie bei Feiern, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, sicherstellen.

Exekutivmaßnahmen

Am 17. Januar 2006 wurden die Wohnungen und Kraftfahrzeuge der vier 22- bis 28-jährigen mutmaßlichen Bandmitglieder der Musikband „Confident of Victory“ in Senftenberg durchsucht. Sie sollen bei einem Skinhead-Konzert in Mannheim am 19. März 2005 volksverhetzende Titel gespielt und das Publikum dadurch zum Zeigen des „Hitlergrußes“ und zu „Sieg-Heil“-Rufen animiert haben. Dies ist nach §§ 86a, 130 StGB strafbar. Das Verfahren ist noch anhängig.

Ausblick

Wie viele rechtsextremistische Bands es am Jahresende 2007 geben wird, ist schwer zu prognostizieren. Einerseits zeigt die Entwicklung 2006, dass es sprunghafte Anstiege geben kann, andererseits zerfallen viele Musikgruppen nach kurzer Zeit wieder. Eines steht fest: Alle Bands werden versuchen, Tonträger zu produzieren. Hierbei werden die in der rechtsextremistischen Szene etablierten Bands ihre Tonträger bei dort bekannten und vertrauten Labels produzieren und vermarkten lassen. Die Bands mit weniger Erfahrung und Können müssen auf „Eigenvertrieb“ und „Eigenproduktion“ mit kleinen Stückzahlen zurückgreifen.

Die Präsenz im Internet wird den Bekanntheitsgrad aller Bands weiter steigern. Die Bands werden versuchen, ihr Können vor allem auf kleinen Feiern zum Besten zu geben, um einem Konzertverbot zu entgehen. Diese Auftritte vor Freunden und Bekannten helfen ihnen gleichzeitig dabei, musikalische Defizite zu beseitigen, ohne sich auf großen Konzerten zu blamieren. Etablierte Bands werden auch im Jahr 2007 versuchen, bundesweit oder auch im Ausland aufzutreten.

Geschichtsrevisionismus in Brandenburg: Von der Leugnung des Holocaust zur „Kommissarischen Reichs- regierung“

Rechtsextremistische Revisionisten behaupten, eine industriell betriebene Massenvernichtung von Menschenleben während des Dritten Reiches habe es nie gegeben oder sie relativieren die Anzahl der Ermordeten.

Der brandenburgische Rechtsextremist, dessen Aktivitäten als Holocaust-Leugner breite öffentliche Beachtung erfuhr, ist Horst Mahler. Auf der Internetseite des australischen rechtsextremistischen „Adelaide-Institute“ (www.adelaideinstitute.org) beteiligte er sich zum Jahreswechsel 2005/2006 an der Diskussion international bekannter Holocaust-Leugner über eine internationale Revisionismus-Konferenz, die in Teheran (Iran) stattfinden sollte. Das Teheraner „Neda Institute of Political Sciences“ beschrieb die Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadineschad zum Holocaust und zu Israel als vorteilhaft für die Situation des Revisionismus. Der Staatspräsident werde zweifellos Unterstützung gewähren, sollten Revisionisten um Hilfe zur Durchführung einer solchen Konferenz nachsuchen. In einem Schreiben vom 30. Dezember 2005 äußerte Mahler, dass die Konferenz unter allen Umständen stattfinden solle. Die englischsprachige „Teheran Times“ zitierte Mahler mit den Worten: „Ahmadineschad hat uns sehr geholfen, der Holocaust hat nie stattgefunden. Er ist die größte Lüge der Geschichte“.

Mahler erhoffte sich von der Konferenz ein internationales Forum, vor dem er seine revisionistischen Thesen vertreten wollte. Dass er im Zusammenhang mit der Konferenz in der „Teheran Times“ zitiert wurde, unterstreicht seine Bedeutung für die internationale Revisionistenszene. Die Bestimmtheit, mit der Mahler die Durchführung der Konferenz verfocht, zeigt, welchen Stellenwert sie für ihn und die mögliche Verbreitung seiner Ideologie gehabt hat.

Ein Auftritt Mahlers auf einer solchen Veranstaltung hätte den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und ihrem internationalen Ansehen geschadet. Der Gedanke der Völkerverständigung wäre verletzt und das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zu Frieden, Freiheit und Einhaltung der Menschenrechte in Zweifel gezogen worden, wenn sich ein bekannter und einschlägig vorbestrafter Revisionist im Iran vor laufenden Kameras antisemitisch und volksverhetzend geäußert hätte.

Aus diesen Gründen hat das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg die Wohngemeinde von Horst Mahler über die geplante Konferenz und den möglichen Auftritt Mahlers mit den genannten politischen Folgen unterrichtet, die daraufhin am 26. Januar 2006 den Reisepass von Mahler für sechs Monate einzog. Obwohl die Konferenz dann erst im Dezember 2006 stattfand, konnte Mahler nicht ausreisen, weil er im November 2006 eine neunmonatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) antrat. Der Bundesgerichtshof hatte die Revision Mahlers gegen dieses Urteil als unbegründet verworfen. Seine Verfassungsbeschwerde gegen die Verurteilung hat das Bundesverfassungsgericht nicht angenommen.

Auf der Internetseite www.deutschlandluegen.info hatte Mahler seinen Haftantritt für den 15. November 2006 in der JVA Cottbus-Dissenchen angekündigt und mit einem Link auf seine 40-seitige Programmschrift „Ehre, Wahrheit, Heimat“ aufmerksam gemacht. Diese enthält unter Überschriften wie: „Kriegsziele des Deutschen Reiches im Kampf gegen Alljuda“, „Belehrung an die Adresse der Kollaborateure“, „Die unter die Völker zerstreute Judenheit gibt sich als ‚Fünfte Kolonne‘ der Jüdischen Plutokraten zu erkennen“ die üblichen Ausführungen Mahlers zu Judentum und Reichsgedanken. Sie beinhaltet auch ein „Pflichtenheft der Deutschen“ in 10 Punkten.

Bei seinem Haftantritt wurde er durch Freunde und „Kameraden“ verabschiedet, diesen zeigte er den „Hitlergruß“ und rief ihnen „Heil Hitler“ zu.

Vor seinem Haftantritt ist Mahler bei vielen Veranstaltungen in ganz Deutschland mit antisemitischen und antiisraelischen Ausfällen aufgetreten. Mehrmals im Jahr erschien er bei mehrtägigen Seminaren des rechts-extremistischen „Collegium Humanum“ in Vlotho, wo er mit langen Monologen seine Verehrung für Adolf Hitler und seinen Antisemitismus darlegte.

Die Holocaust-Konferenz in Teheran

Die von Ahmadineschad ausgelobte Konferenz in Teheran fand schließlich am 11. und 12. Dezember 2006 unter dem Motto „Review of the Holocaust: Global Vision“ mit 67 „Wissenschaftlern“ aus 30 Ländern statt. Unter den Teilnehmern waren einige bekannte Revisionisten wie Robert Faurisson aus Frankreich, Bernhard Schaub aus der Schweiz und der Leiter des „Adelaide Institute“, Frederick Töben aus Australien. Aus Deutschland waren acht Personen anwesend, darunter aber keine Wortführer der revisionistischen Szene. Namhafte international aktive Vertreter des Revisionismus wie Mahler, Zündel, Rudolf und Verbeke waren in Deutschland aufgrund rechtskräftiger Verurteilungen oder vollziehbarer Haftbefehle inhaftiert. Die Ausreise des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert wurde durch eine passbeschränkende Maßnahme verhindert. Der britische Revisionist David Irving befindet sich in Österreich in dreijähriger Haft, zu der er im Februar 2006 verurteilt worden ist.

Revisionisten wie Horst Mahler versuchten dennoch, das internationale Presseecho, das die Holocaust leugnende und antisemitische Tagung fand, für ihre Propaganda zu nutzen. Ein offener Brief von Mahler an den iranischen Präsidenten Ahmadineschad wurde auf der Konferenz verteilt: Der Präsident habe das Tor zur Wahrheit geöffnet und die Völker würden ihm ewig dankbar sein als Befreier von der „jüdischen Versklavung“. Die von Mahler erhoffte große Publizität der Veranstaltung blieb allerdings aus, sicher auch, weil die öffentliche Unterstützung durch die iranische Regierung zurückhaltend blieb. Aus Kreisen des „Adelaide Institute“ wird eine Folgekonferenz angestrebt, allerdings sind bisher weder ein Ort noch ein Termin bekannt.

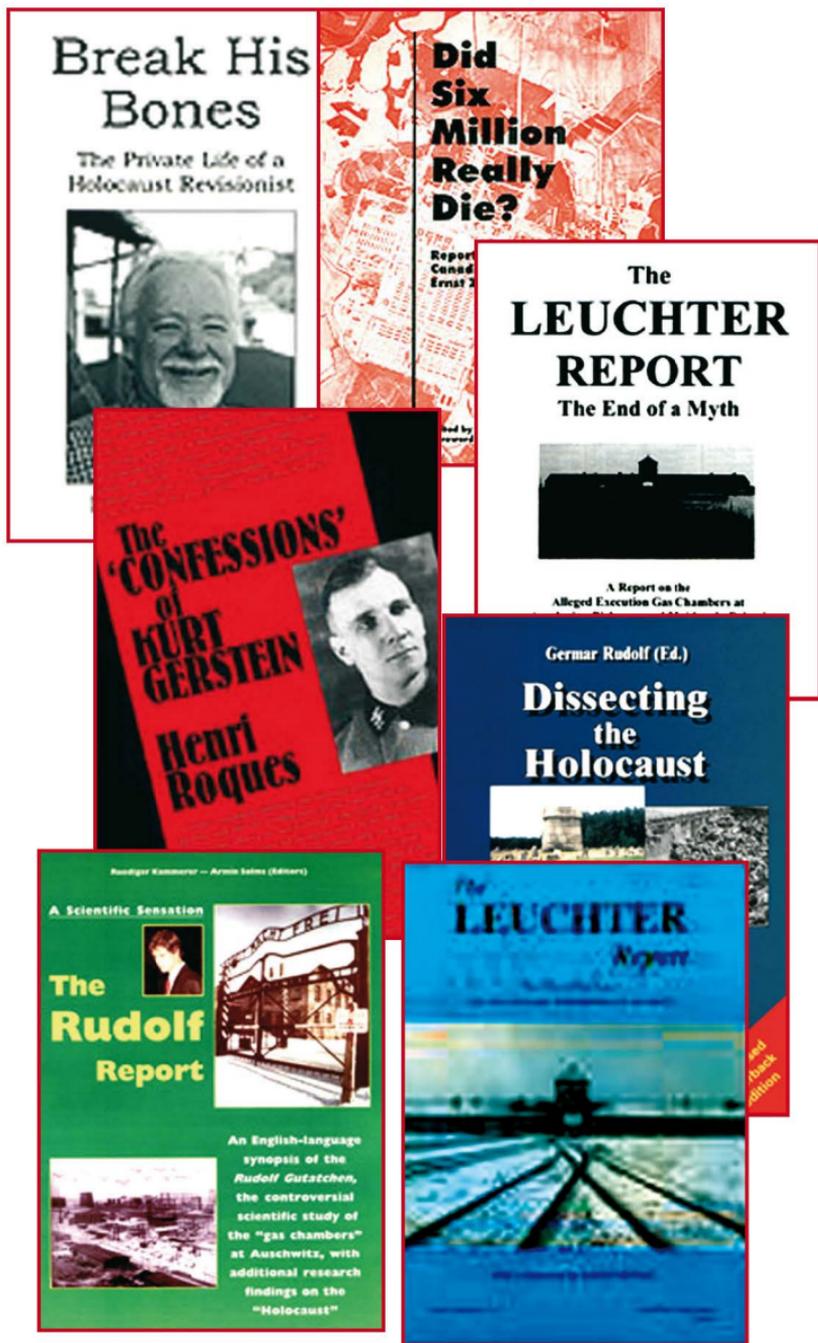
Der Zündel-Prozess in Mannheim und andere Strafverfahren

Der Deutsch-Kanadier Ernst Zündel gründete 1976 in Kanada den „Samisdat Publishers Ltd.“, der sich bald zu einem der zentralen Verlage des internationalen Revisionismus entwickelte. Mehrfache Anklagen in Kanada wegen seiner Aktivitäten führten zu geringfügigen Haftstrafen. In einem der Prozesse sorgte Zündel 1987 für die Verbreitung des „Leuchter-Reports“,

der fälschlicherweise behauptet, dass in Auschwitz keine Tötungen durch Gas stattgefunden hätten. Seit 1994 betreibt Zündel die Website „The Zundelsite“; während seiner Haft betreut seine Ehefrau Ingrid Rimland die Seiten in seinem Sinne weiter.

Zündel hatte im Mai 2001 seinen Hauptwohnsitz von Kanada in die USA verlegt, von wo er wegen eines Passvergehens im Februar 2003 nach Kanada abgeschoben, von dort im März 2003 aufgrund eines internationalen Haftbefehls von 1996 nach Deutschland ausgeliefert und bei seiner Ankunft in Frankfurt/Main festgenommen und in der JVA Mannheim in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Der Prozess gegen Zündel, der am 8. November 2005 vor dem Landgericht Mannheim begann, war für Rechtsextremisten von großer Bedeutung, was durch die Teilnahme von Personen wie Horst Mahler, Günter Deckert und einem der Verteidiger Zündels, Rechtsanwalt Jürgen Rieger (seit 2006 NPD-Mitglied) unterstrichen wurde. Eine besondere Rolle in dem Strafverfahren gegen Zündel spielte seine Wahlverteidigerin Sylvia Stolz. Aus ähnlichen Strafverfahren wegen Leugnung des Holocausts ist sie bekannt dafür, die Prozessstrategien ihres „Mentors“ Horst Mahler anzuwenden: Ihr Vorgehen, in endlosen mündlichen Beweisansuchen dem Gericht die Holocaust-Leugnung und die Verherrlichung des Nationalsozialismus, teilweise in Formulierungen Horst Mahlers, darzulegen, hat in dem Verfahren gegen Zündel am 31. März 2006 ihr Ende gefunden. Der 3. Strafsenat des OLG Karlsruhe hat auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe die Rechtsanwältin vom Strafverfahren gegen Zündel ausgeschlossen. Diese strafprozessuale Entscheidung begründete das OLG damit, dass das Verhalten der Verteidigerin nicht mehr als sachbezogene und prozessual zulässige Verteidigertätigkeit eingestuft werden könne, sondern allein dem Ziel gedient habe, das Verfahren zu verschleppen und publikumswirksam zur Farce zu machen. Damit sei der Verdacht einer versuchten Strafvereitelung gegeben, der einen Verteidigerausschluss begründe. Stolz wollte ihren Ausschluss vom Verfahren nicht akzeptieren, weigerte sich, die Verteidigerbank zu verlassen und wurde daraufhin von zwei Wachpöizistinnen aus dem Saal getragen, wobei sie ihren Sympathisanten im Publikum zuwinkte und rief: „Das deutsche Volk erhebt sich“. Seitdem konnte der Prozess vor dem Landgericht Mannheim konzentrierter und ruhiger fortgesetzt werden. Mit Urteil vom 15. Februar 2007 ist Zündel wegen Volksverhetzung in 14 Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit Beleidigung und



„Wissenschaftliche“ Untersuchungen zum Thema Holocaust

Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt worden.

Das Verhalten von Mahler und Stolz fand unter den Rechtsextremisten nicht nur Zustimmung. Unter dem Titel „Wider den Missbrauch des Revisionismus“ äußert der rechtsextremistische Theoretiker Jürgen Schwab in der Publikation der „Jungen Nationaldemokraten“ „Hier & Jetzt“ (Nr. 32/2006) seine massive Kritik an beiden. Sie hätten ihre Rolle als juristischer Beistand Zündels nur zur Eigendarstellung genutzt und das Verfahren mit ihren Zwischenrufen zu einem „Kasperltheater“ gemacht. Zwar habe diese Taktik unter den Rechtsextremisten im Publikum des Gerichtssaales Freude und Genugtuung hervorgerufen, tatsächlich aber sei dem „historischen Revisionismus“ schwerer Schaden zugefügt worden.

Anhänger aus Brandenburg verfolgten das Verfahren gegen Zündel mit Interesse. Zeichen für die große Resonanz waren die Schriftzüge „Freiheit für Zündel“ bzw. „Lasst Zündel frei“, die zwischen Januar und Juni 2006 an mehrere Gebäude in Cottbus, Guben, Lübben und Strausberg geschmiert worden sind. Am 8. April 2006 fand in Hoyerswerda eine Demonstration statt, auf der die Freilassung von Zündel gefordert wurde.

Die – inzwischen abgeschalteten – Websites der Südbrandenburger Neonazigruppierungen „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“ (GGSOBB) und des „Lausitzer Aktionsbündnisses“ (LAB) riefen zur Teilnahme auf. Obwohl Zündels revisionistische Aktivitäten der Mehrheit der Brandenburger Neonazis nur sehr oberflächlich bekannt sein dürften, gelang es Szeneaktivisten, seinen Namen zur Stärkung des Szenezusammenhalts und der Mobilisierung zu nutzen.

Ein weiterer Vorfall vom 9. Februar 2006 zeigte das Interesse und die Verbundenheit gegenüber Zündel und seiner Ideologie: Am Ende des ersten Verhandlungstages gegen Zündel stimmten im Mannheimer Gerichtssaal Zuhörer aus der Region Berlin-Brandenburg in bewusst provokanter Weise das Deutschlandlied an. Beim Verhandlungstermin am 15. Februar wurden auf Anordnung des Vorsitzenden Richters deren Personalien festgestellt und ein Ordnungsgeld von je 200 Euro verhängt.

Ebenfalls vor dem Landgericht Mannheim hat am 14. November 2006 der Prozess gegen den bekannten deutschen Revisionisten und Holocaust-

Leugner Germar Rudolf begonnen. Rudolf, bekannt durch sein Holocaust leugnendes „Gutachten“, hat im Internet und in verschiedenen Publikationen die Judenvernichtung in der NS-Zeit in Abrede gestellt und zum Hass gegen Juden aufgestachelt. Er behauptet, den Gaskammern im KZ Auschwitz-Birkenau Gesteinsproben entnommen und darin nur kleinste Rückstände von Zyklon-B-Verbindungen gefunden zu haben. Daher habe in diesen Gebäuden kein Massenmord an Menschen stattgefunden; der Holocaust sei ein „gigantischer Betrug“. Die rechtsextremistischen Anwälte Jürgen Rieger und Sylvia Stolz treten im Verfahren gegen Rudolf als Verteidiger auf.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim klagte den belgischen Revisionisten Siegfried Verbeke, einen international bekannten Holocaust-Leugner, im April 2006 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener an. Das Verfahren wird voraussichtlich 2007 eröffnet.

Der „Mahler-Prozess“ in Potsdam

Vor dem Amtsgericht Potsdam fand 2006 ein Strafverfahren gegen einen Rechtsextremisten aus dem Umkreis von Horst Mahler wegen Leugnung des Holocaust statt. Er war angeklagt, im Sommer 2005 bei einem Aufmarsch von zum Teil linksextremistischen Demonstranten vor dem Wohn-



Der „Reichsbürgerbrief – Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen“, herausgegeben und hergestellt im Eigendruck von Horst Mahler

grundstück Mahlers einem Journalisten auf die Frage, ob er an den Holocaust glaube, geantwortet zu haben, dass er „natürlich an den Holocaust von Hiroshima, Nagasaki und Dresden“ glaube. Weiterhin glaube er nicht, dass während der Herrschaft des Nationalsozialismus Juden vergast worden seien. Der Holocaust sei vielmehr eine jüdische Erfindung.

Die Prozessverteidigerin war wiederum Sylvia Stolz. Auch diesen Prozess nutzte sie in der von Mahler bekannten Weise als öffentliches Forum, die eigenen Auffassungen in überlangen Reden darzustellen. Den Antrag, das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht abzugeben, konnte sie z. B. nicht an einem Verhandlungstag beenden, weil sie nach über vier Stunden Redezeit die Antragsbegründung noch nicht abgeschlossen hatte und beim Folgetermin fortfahren musste. Mahler saß bei dem Prozess als „Gehilfe“ der Verteidigung zeitweise auf der Verteidigerbank. Regelmäßig nahmen an den Verhandlungen mehrere Personen aus dem Mahler-Umkreis aus Berlin und Brandenburg teil. Das Verfahren ist in der Berufung vor dem Landgericht Potsdam.

Revisionismus und „Reichsregierung“

Eine Erscheinung, die im Grenzbereich zwischen Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus liegt, ist die „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR). Sie tritt in verschiedenen Gruppierungen auf, deren verbindendes Merkmal ist, dass sie vom Fortbestand des Deutschen Reiches ausgehen. Sie versuchen, ihre Ansicht mit abwegigen juristischen Argumentationen und Konstruktionen zu „belegen“.

Für die KRR besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Demzufolge entbehre die Bundesrepublik Deutschland jeglicher Rechtsgrundlage.

Die KRR stellt „Personalausweise“ und „Führerscheine“ aus, die amtlichen Dokumenten nachgebildet sind und verwendet sie auch in der Öffentlichkeit. Es handelt sich dabei allerdings durchweg um Phantasieausweise, die den Bundesadler zeigen und dennoch keine rechtsgültigen Papiere sind. Die unrechtmäßige Verwendung dieser Wappen oder Dienstwappen wird juristisch verfolgt.

Schreiben von Phantasieabsendern („Regierungspräsident des Reichslandes Freistaat Preußen“ oder „Oberreichsanwalt der Kommissarischen Reichsanwaltschaft des Staates 2-tes Deutsches Reich“) werden an Personen und öffentliche Verwaltungen gesandt. Zumeist richten sie in aggressivem Ton Forderungen und Drohungen gegen Amtsträger der Behörden, mit denen sie oder ihre Sympathisanten einen Rechtsstreit führen. Nicht selten verschicken Phantasie-Justizeinrichtungen der KRR angebliche Urteile, die bis zur Todesstrafe reichen und deren Vollstreckung für die Zeit „nach dem Ende der Bundesrepublik Deutschland“ angekündigt wird.



Logo, Stempel und Phantasiegeld der „Kommissarischen Reichsregierung“

Die Aktivitäten der meisten KRR-Gruppierungen sind einem Grenzbe-
reich zwischen extremistischer Bestrebung und wahnhaften Vorstellungen
zuzuordnen. Der Verfassungsschutz Brandenburg befasst sich auf der
Grundlage des Gesetzes nur mit extremistischen Bestrebungen. Es lie-
gen Anhaltspunkte vor, dass von einigen Vertretern der KRR Ziele verfolgt
werden, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grund-
ordnung gerichtet sind. Das zeigt sich in der Ablehnung des freiheitlichen
Rechtsstaates, der Diffamierung seiner Verfassungsorgane und Reprä-
sentanten sowie der Menschenrechte. Damit verbunden ist die Verfolgung
geschichts- und gebietsrevisionistischer Ziele, die sich zumindest auch
gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten.

Extremisten online

Rechtsextremisten stellen ihre Propagandafilme auf der Videoplattform „YouTube“ ein. Auf anderen links- und rechtsextremistischen Webseiten werden Techniken wie RSS-Feeds eingesetzt, die automatisch benachrichtigen können, wenn auf einer Webseite Änderungen erfolgen. Weblogs (digitale Tagebücher) spielen eine immer größere Rolle, und File Sharing ermöglicht es Extremisten, ganze Musikalben, Videoclips oder Fotos untereinander auszutauschen. Ob nun herkömmliche Homepages oder neueste Web2.0-Technologien – kein anderes Medium hat sich so rasant entwickelt wie das Internet. Es ist inzwischen das weltweite Kommunikationsmittel, hat sich in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchgesetzt und wird auch künftig das Medium sein, wenn es darum geht, Informationen auszutauschen, Handel zu treiben oder politisch zu agieren.



Viele Internetbetreiber achten zunehmend auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Nutzer und gestalten dementsprechend gezielt ihre Angebote. Nicht zuletzt durch den Einsatz jener neuen Webtechnologien nimmt das Internet Dimensionen an, die auch die Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden vor Herausforderungen stellen. Das Zeitalter herkömmlicher Homepages mit „starr“ Webinhalten ist Vergangenheit – das Internet ist dynamisch geworden. Offene Schnittstellenprogrammierungen ermöglichen einen freien Zugriff auf Programme und Dienste von außen.

Der Nutzer wird zunehmend interaktiv. Verlinkungen der Dienste untereinander und die Verschlagwortung in den Anwendungen sorgen für eine massenhafte Verbreitung der neuen Möglichkeiten. Die Geschwindigkeit, mit der Informationen oder Datenmaterial verbreitet werden, steigt immer weiter. Hinzu kommt die weite Verbreitung dieses Mediums: leistungsstarke Computer und Breitband-Internetzugänge sind inzwischen finanziell erschwinglich und keine Besonderheit mehr. Freifunktechnologien in den ländlichen Regionen, mobile Endgeräte sowie Internet-Zugänge in öffentlichen Einrichtungen ermöglichen, jederzeit und überall online zu sein.

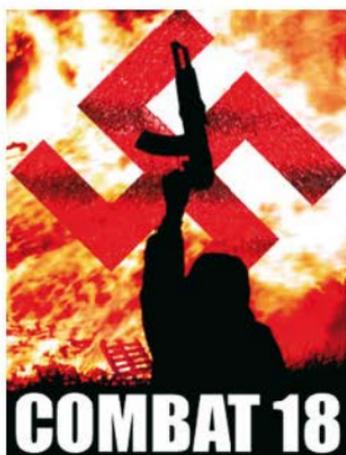
Die neuen Techniken und Darstellungsmöglichkeiten werden selbstverständlich auch von Extremisten genutzt. Das Internet bietet ihnen eine willkommene Plattform, selbst länderübergreifend ihre verfassungsfeindlichen Ziele und Ideen zu verbreiten und für sie zu werben. Überdies erreichen sie im Internet ein sehr viel größeres Publikum, als durch herkömmliche Propagandamittel wie Printmedien.

Gegenwärtig sind bundesweit ca. 1.000 Homepages deutscher Rechtsextremisten bekannt, davon ein beträchtlicher Teil mit Inhalten, die in Deutschland strafbar sind. Diese seit einigen Jahren relativ gleich bleibende Zahl täuscht eine Beständigkeit nur vor, denn gleichzeitig ist auch eine starke Fluktuation zu beobachten. So schnell wie neue Seiten erstellt werden, so rasch verschwinden ältere wieder. Der Grund hierfür dürfte die Verunsicherung der Homepagebetreiber durch Exekutivmaßnahmen der Strafverfolgungsbehörden und die Sperrungen inkriminierter Homepages durch die kommerziellen Provider sein. Darüber hinaus erzielen aber auch die zum Teil sehr unprofessionell gestalteten Internetpräsentationen in der Szene selbst nicht die gewünschte Resonanz und werden recht schnell wieder vom Netz genommen. Die gekonnte Gestaltung von Webseiten wird deshalb auch bei Rechtsextremisten immer wichtiger.

Auf Grund der „anarchischen“ Strukturen des Internets erschließen sich politischen Extremisten Freiräume, die nicht mehr allein im staatlichen Rahmen begrenzt werden können. Um Texte und Symbole, die in Deutschland strafwürdig sind, ins Internet einzustellen, nutzen Extremisten im Schutze der Anonymität ausländische Provider. In vielen Ländern existiert der Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) nicht bzw. unterliegt nicht einer derart strikten strafrechtlichen Verfolgung wie in Deutschland.



In diesen Ländern können Texte in das Internet eingestellt werden, die in Deutschland gerichtlich geahndet würden. Eine internationale rechtliche Regelung zur Verhinderung bzw. Verfolgung von Internet-Inhalten, die gegen Strafbestimmungen einzelner Länder verstoßen, zeichnet sich noch nicht ab. Eine Verbreitung inkriminierter Texte zu verhindern, ist aufgrund der weltweiten Internet-Struktur zurzeit noch nahezu unmöglich. So finden sich im internationalen Forum der in den USA betriebenen Homepage von



„Blood & Honour/Combat 18“ auch immer wieder strafbare Aussagen von deutschen Rechtsextremisten, die keinen Hehl aus ihrer rechtsextremistischen Einstellung machen und das Forum als „rechtsfreien Raum“ betrachten und nutzen. Im Jahr 2000 wurde „Blood & Honour/Combat 18“ in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Extremisten nutzen verschiedene Verschlüsselungstechniken wie „Pretty Good Privacy“ (PGP) oder „Gnu Privacy Guard“ (GnuPG), um elektronische Nachrichten zu codieren beziehungsweise mit einer Kennzeichnung zu versehen, die nur autorisierten Absendern den Zugriff erlaubt. Per E-Mail, Chat oder Forum ist eine offene oder verschlüsselte Kommunikation weltweit leicht herzustellen. Foren wie das „Freie Forum“ der rechtsextremistischen Seiten „Freier Widerstand“ (www.freier-widerstand.net) oder das „Hatecore Forum“ (www.hatecore-forum.com) dienen Rechtsextremisten als Plattform.

Mit der Einrichtung solcher Foren, Newsgroups oder Weblogs entstehen Kommunikationsknotenpunkte, die zum Meinungsaustausch, zur Information oder zum Aufruf für mögliche Aktionen genutzt werden. Videos, Bilder und Dokumente sind im Internet dauerhaft archiviert und jederzeit abrufbar, ob für einen ausgewählten Benutzerkreis oder für die gesamte „Netzgemeinde“. So entstehen regelrechte „Dienstleistungssysteme“, die als technische Basis einer nationalen und internationalen Vernetzung politischer Gruppierungen dienen. Rechtsextremisten informieren sich über



geplante Kundgebungen, Demonstrationen oder Großveranstaltungen. Über den „Heldengedenktag“ in Halbe beispielsweise informieren die einschlägigen Websites „Freundeskreis Halbe – Heldengedenken in Halbe“, „Freier Widerstand“ oder „Skadi Forum“. Sie stellen aktuelle Infos, Termine, Veranstaltungsorte aber auch Hinweise zu Ausweichveranstaltungen

zeitnah ein, um so die Szene schnellstmöglich zu mobilisieren. Durch die Veröffentlichung von Erlebnisberichten erfolgt eine „Bewertung“ der Aktionen, die oft ihrerseits Propaganda ist.

Da rechtsextremistische Organisationsstrukturen in Brandenburg durch Verbote weitgehend zurückgedrängt sind oder aus Furcht vor weiteren Verboten ihre „Auflösung“ erklärt haben, setzen die Extremisten umso



mehr auf die elektronische Vernetzung. Sie nutzen Serverkapazitäten gemeinsam und verlinken ihre Seiten untereinander. Diese Strategie verlangt zwangsläufig gut funktionierende Kommunikationsmechanismen. Die Betreiber von – inzwischen teilweise aus dem Netz genommenen – Websites wie „Nationaler Widerstand Berlin-Brandenburg“, „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“, „Schutzbund-Deutschland“ oder „Lausitzer Aktionsbündnis“ tauschten Szeneinformationen untereinander aus und sorgten so für eine weite Verbreitung. Andere User wiederum nahmen diese Informationen auf und stellten sie in weitere rechtsextremistische Foren ein. Fallen solche Seiten aus, übernehmen gleich gesinnte Homepages ihre Funktion (z. B. „Lausitz-Info“, „Bewegung Neues Deutschland“).

Ein weiteres Beispiel für die Nutzung des Internet durch die rechtsextremistische Szene ist die Webpräsentation „Freie Kräfte Westhavelland“:

Hierbei handelt es sich angeblich um eine Bündelung unabhängiger Kameraden in der Region Westhavelland. Fast zeitgleich wurde auf der Internetseite „Nationaler Widerstand Premnitz“ eine Auflösungserklärung selbiger Gruppierung mit dem Hinweis eingestellt, sich künftig den „Freien Kräften Westhavelland“ anzuschließen.

Auch Vertreter einschlägiger Szeneprodukte („RockNord“, „Wikingerverband“), rechtsextremistische Bands („Frontalkraft“, „Outlaw“, „Wolfskraft“, „Schwarzgraue Wölfe“) und Liedermacher finden im Internet Interessenten



und Käufer. Die Werbung für diese Artikel nimmt zu; in Foren wie „Skadi Forum“ werden Tonträger oder Konzerte besprochen und ausgewertet, Demoversionen einschlägiger Skinheadbands können angehört bzw. heruntergeladen werden.

Der rechtsextremistische Vertrieb „PC-Records“ (www.pc-records.de) beispielsweise hat CDs der rechtsextremistischen Brandenburger Bands „Cynic“ und „Redrum“ im Angebot, die vorher als Demo-CDs angehört werden können. Hörproben der CD „The Unfeeling“ der rechtsextremistischen Band „Confident of Victory“ bietet auch der Vertrieb „Gjallarhorn Klangschmiede“ (www.gjallarhorn-klangschmiede.com) an. Im „Skadi Forum“ finden sich ausführliche Kommentare zu Skinheadkonzerten, die im Oktober und November in Brandenburg stattfanden.

Nicht nur Einzelpersonen und Kleinstgruppen, sondern auch größere, bundesweit verbreitete Organisationen aus dem extremistischen Spektrum



nutzen das Internet seit langem zur Vernetzung ihrer Strukturen. Parteien wie die DVU und insbesondere die NPD halten mehr oder weniger professionelle Internet-Angebote bereit. Kreis- und Landesverbände, aber auch kleinere NPD-Ortsverbände sowie die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) stellen ihre Informationen auf eigenen Internet-Seiten ein. Die Betreiber strukturieren inzwischen ihre Angebote übersichtlicher, halten Inhalte auf dem aktuellen Stand, geben Nachrichten zeitnah ein und integrieren multimediale Elemente. Mit der Ablösung herkömmlicher Homepages und der Einrichtung von Weblogs folgen sie dem Trend, gezielt neue Webtechnologien zu nutzen, um Webinhalte dynamischer, aktueller und einfacher zu gestalten. („Nationales Netztagebuch“ unter www.npd-barnim.de/blog/)

Die Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden und die Sperrungen inkriminierter Homepages durch die kommerziellen Provider verunsicherten die Betreiber. Die Webseiten von „Sturm Cottbus“, „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“ und „Lausitzer Aktionsbündnis“ nahmen sie deshalb selbst vom Netz.

Auch für Linksextremisten ist das Internet ein nicht mehr wegzudenkendes Medium der politischen Agitation. Fast alle linksextremistischen Gruppierungen besitzen eigene Präsentationen oder sind zumindest über das



Internet zu erreichen. Die linksextremistische Szene vermeidet im Gegensatz zur rechtsextremistischen weitgehend die Verbreitung strafrechtlich relevanter Inhalte im Internet.

Von der Eigendarstellung einzelner Gruppierungen über die Berichterstattung zu Veranstaltungen bis zur Veröffentlichung von szenerelevanten Dokumentationen hat das Internet eine zentrale Bedeutung für die „linke“ Szene. Neben den Seiten einzelner Gruppierungen und Parteien wie „Rote Hilfe“ oder DKP gibt es Angebote, die von informellen Netzwerken erstellt, ausgebaut und regelmäßig aktualisiert werden (z. B. „Indymedia“). Diese Angebote ähneln denen von Nachrichtenagenturen. Die Internetportale sind professionell gestaltet und zeichnen sich durch Struktur und Aktualität aus. Sie werden vor allem zur Verbreitung von Demonstrations- und

Aktionsaufrufen genutzt und dienen der Selbstdarstellung, als Archive und Diskussionsplattformen.

„Indymedia“ ist als Internetplattform der „linken“ Szene nicht mehr wegzudenken. In weiten Kreisen gilt diese Adresse auch international inzwischen als eine der bedeutendsten internetbasierten Informationsseiten. In zahlreichen Beiträgen werden hier jeweils aktuelle Aktionsfelder und Diskussionsprozesse beschrieben.

Sonderseiten, die z. B. speziell für Kundgebungen oder öffentlich wirksame Aktionen erstellt werden, nehmen zu. Diese auch in extremistischen Szenen üblichen „Kampagnen- und Mobilisierungsseiten“ enthalten in der Regel kurzfristig eingestellte Mitteilungen, die über aktuelle Themen- oder Aktionsschwerpunkte informieren. Sobald sie ihren Zweck erfüllt haben, werden sie wieder vom Netz genommen.

Im Oktober 2006 waren auf verschiedenen Internetseiten der rechtsextremistischen Szene Verweise auf die Homepage „Netzdemo.tk“ zu finden: Unter der Überschrift „Mit Bits und Bytes gegen die Diktatur der Heuchler“ forderten die Betreiber zur Aktion „Parallele Netz-Demonstrationen zum Heldengedenken 2006 in Halle“ sowie „zum virtuellen Protest“ auf. Die Online-Demonstration hatte das Ziel, mit Hilfe spezieller Software und durch beständiges, zeitgleiches Aufrufen einer bestimmten Adresse den gegnerischen Server, in diesem Fall die Seite „Tag der Demokraten“, zu blockieren.

Die Internet-Plattformen der „linken“ Szene hingegen, die über wiederkehrende Großereignisse wie den G8-Gipfel berichten, sind dauerhaft im Netz und bieten recht umfangreiche, teils mehrsprachige Informationsseiten an. Berichte über die aktuelle Entwicklung, Kommentare und Presseartikel sind abrufbar, ebenso Demonstrationsaufrufe und Hinweise zu Vorbereitungstreffen (www.antiG8.tk, www.G8-2007.de). Mailinglisten, Newsletter sowie Berichte über frühere Weltwirtschaftsgipfel runden die Angebote ab.

„Linke“ und „Rechte“ nutzen das Internet immer öfter, um ihre politischen Gegner öffentlich anzuprangern. Immer häufiger spähen sie sich gegenseitig aus, ob auf Konzerten, Demonstrationen oder sonstigen Veranstaltungen. Sie beobachten, fotografieren bzw. filmen, um das Bildmaterial auf einschlägigen Seiten im Internet zu verbreiten. Um den politischen Gegner

zusätzlich einzuschüchtern, stellen sie ihn mit regelrechten Steckbriefen an den virtuellen Pranger. Auf den Internetpräsentationen der „Antifaschistischen Gruppen im Westhavelland“ werden beispielsweise genau recherchierte Dossiers über Personen aus der „rechten“ Szene erstellt, aus denen hervorgeht, wie diese dort eingebunden sind und an welchen Aktionen sie beteiligt waren. Oft ergänzen Fotos oder Videos die Informationen.

Es verwundert daher nicht, dass Internetpräsentationen immer häufiger Ziel von Hackingangriffen werden. In den letzten zwei Jahren wurden solche Angriffe vor allem auf rechtsextremistische Homepages beobachtet. Die Hacker kommen vermutlich aus den lokalen Gegensezenen. Mehrmals wurden dabei die Kundendaten der Online-Versandhandel („Aufuhr-Versand“, „West-Versand“) ins Internet eingestellt, um den politischen Gegner aus dem Dunkel der Anonymität ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu zeren. Das Kalkül dabei ist, dass der um die Sicherheit seiner Daten fürchtende Kunde keine Bestellungen mehr vornimmt und somit zum finanziellen Ruin des Online-Versands beiträgt.

Tatsächlich konnten Nutzungsverlagerungen in Foren beobachtet werden: Nach einer Sperre des „Wikingerversand“-Forums aufgrund von Hackingangriffen waren ein Rückgang der dortigen Aktivitäten und ein Zulauf auf andere Foren zu verzeichnen.

Manchmal begnügen sich die Hacker damit, die Inhalte der Seiten einfach nur auszutauschen, um damit dem Gegner die eigene technische Überlegenheit zu demonstrieren. Im April 2006 gaben Teilnehmer im „Hatecore Forum“ bekannt, dass die Homepage des in der „rechten“ Szene bekannten Musikportals „Tonstoerungs Hausseite“ gehackt worden sei. In einem „Indymedia“-Artikel wurde darüber berichtet, und schließlich ging die Homepage „Tonstoerungs Hausseite“ wieder online – ohne jeglichen Hinweis auf den Vorfall.

Wenn es um die Bekanntmachung von erfolgten Hackingangriffen geht, ist die Szenepattform „Indymedia“ eine ergiebige Adresse. Zahlreiche Hacks wurden hier, manchmal nur wenige Stunden danach, öffentlich gemacht oder dokumentiert. Das Portal ermöglicht Aktivisten, selbst zu Wort zu kommen. Genaue Zahlen über durchgeführte Angriffe sind aber kaum bekannt, weil die Gegenseite auch Angriffe für sich verbucht, deren angebliche Erfolge aber nicht immer nachzuprüfen sind. In der Regel fallen Inter-

netseiten der rechtsextremistischen Szene solchen Angriffen zum Opfer; denn die Fähigkeiten der „rechten“ Szene, auf diesem Gebiet Ähnliches zu leisten, sind eher begrenzt.

Es gibt weitere Möglichkeiten, EDV-Systeme zu zerstören oder zu beeinträchtigen, z. B. durch die massenhafte Versendung von E-Mails, so genannten Spam-Mails, oder das Programmieren und Versenden von Schadprogrammen (Viren, Trojaner, Würmer). Solche Angriffe sorgen immer wieder für Aufsehen. So versandten Unbekannte eine Vielzahl von Spam-Mails mit rechtsextremistischen Inhalten in deutscher und englischer Sprache. Neben ausländerfeindlichen Texten enthielten die Mails Verlinkungen zu Online-Auftritten der allgemeinen Presse und solche zu rechtsextremistischen Internet-Präsenzen, u. a. zur NPD. Die Mails enthalten Computerviren, die den Rechner infizieren, woraufhin dieser selbsttätig und ohne Wissen des Computereigentümers massenhaft E-Mails an alle auf dem infizierten Rechner gespeicherten E-Mail-Adressen verschickt.

Massenhafte Einträge in Web-Gästebüchern können den Betrieb von Internetpräsenzen gleichfalls beeinträchtigen. In Gästebüchern von Homepages der links- und rechtsextremistischen Szene sind immer wieder auch Einträge der jeweils gegnerischen Seite zu finden. Meist gipfeln sie in Beschimpfungen, in manchen Fällen wird der entsprechende Eintrag vom Betreiber gelöscht. Es gibt aber auch Beispiele für den Versuch, durch Masseneinträge ganze Gästebücher lahm zu legen. So zwangen Personen aus der vermutlich „linken“ Szene die Betreiber der Homepages „Widerstand Bernau“ und „Infoseite Nationaler Aktivisten Uckermark/Prenzlau“, ihre Gästebücher zeitweise vom Netz zu nehmen.

Ausländische Extremisten nutzen ebenfalls das Internet immer stärker als Kommunikations- und Agitationsmedium. Viele Organisationen äußern sich in ihrer Muttersprache, türkisch oder arabisch, auch Angebote in Englisch oder Deutsch sind vorhanden.

Für ausländische Extremisten ist die freie und unbeobachtete Kommunikation von zentraler Bedeutung, da ihre von den Sicherheitsbehörden der Heimatländer gesuchten Mitglieder und Anhänger oft über viele Länder verstreut sind. Politaktivisten können aus dem sicheren Exil mit Hilfe des Internets ungehindert und ohne inhaltliche Einbußen ihre politischen Erklärungen verbreiten und Aktionsanweisungen ausgeben.

Ob terroristische Gruppierungen aus dem Irak oder aus Afghanistan, die Terrororganisation „Al Kaida“ oder auch Medienprojekte wie die „Globale islamische Medienfront“ – nahezu alle islamistischen Organisationen sind im Internet mit eigenen Web-Auftritten vertreten. Die meisten Seiten sind sehr aufwändig gestaltet und mit Tondokumenten, zahlreichen Links oder Kurzfilmen ausgestattet. Sie bieten eine



Regelmäßig im Internet:
Botschaften von Bin Laden

Einführung in die ideologischen Grundlagen und die Geschichte der Organisationen, oftmals in Gewalt verherrlichender Weise. Das Internet wird zur Selbstdarstellung und zu Propagandazwecken genutzt. Die Filme folgen stets dem gleichen Drehbuch: Zunächst werden Szenen aus Kriegen und Verfolgungssituationen gezeigt, in die Muslime verwickelt sind. Die Macher beabsichtigen, den User durch die Darstellung von Grausamkeit und Gewalt zu ängstigen. Glaubenskrieger werden gezeigt, die dem Zuschauer vor Augen führen sollen, dass Muslime keine wehrlosen Opfer sind, sondern zu kämpfen wissen. David besiegt den verhassten Goliath, ist die emotionale Botschaft. Sie soll den Betrachter animieren, selbst zum Glaubenskrieger werden zu wollen. Die Terrororganisation „Al Kaida“ verbreitet Drohungen über das Internet, zum Beispiel durch ein Video, in dem die Bundesrepublik Deutschland erstmals als eines ihrer Feindbilder erwähnt wird.



HAMAS Internetseite:
Glorifizierung von Selbstmordattentätern

„Al Kaida“ nutzt das Internet auch, um sich zu Anschlägen zu bekennen und sie öffentlich zu rechtfertigen. Die Webpräsenz dient der „Al Kaida“ somit zur psychologischen Beeinflussung, den „Kampfwillen“ nach innen bzw. Angst und Schrecken nach außen zu tragen. Der verstorbene „Al Kaida“-Anführer Al-Zarqawi rief in seinen im Internet veröffentlichten Tonbandbotschaften immer wieder zur Fortsetzung und Intensivierung des Jihads gegen die US-Amerikaner auf. Der Internet-Fernsehsender „Sout al-Khila-

fa“ („Stimme des Kalifats“) publiziert Videobeiträge zu Themen wie Jihad, internationaler Mujahedin, Palästina und Irak sowie Erklärungen von islamistisch-terroristischen Gruppierungen. Darüber hinaus werden Filmbeiträge beispielsweise zu Anschlägen und Entführungen im Irak eingespielt. Als Produzent von Internetsendungen tritt die Organisation „Global Islamic Media Front“ auf, unter deren Namen schon seit Jahren islamistische Propaganda im Internet verbreitet wird.

Zuweilen kommt es auch zu erstaunlichen Allianzen im Internet, nämlich dann, wenn Rechtsextremisten den propagierten Antisemitismus und Anti-Amerikanismus von islamistischen Webseiten aufgreifen und für sich nutzen oder wenn Islamisten auf das antisemitische Propagandaarsenal von Rechtsextremisten zurückgreifen. Welche Reaktionen Äußerungen auslösen können, zeigen die weltweiten Proteste gegen die Mohammed-Karikaturen; auch hier trug das Internet wesentlich zur Verbreitung von Information und Desinformation bei.

Ausblick

Extremisten werden auch in Zukunft das Internet für ihre Zwecke nutzen. Wenn auch herkömmliche, zudem mit strafrechtlichen Inhalten betriebene Homepages weiter in den Hintergrund rücken, werden mit Sicherheit neue multimediale Technologien an Bedeutung gewinnen, um noch schneller auf Zielgruppen einwirken und noch flexibler im Netz und außerhalb agieren zu können. Spontane Aktionen, Demonstrationen oder Konzerte lassen sich so immer einfacher organisieren. Ob über RSS basierende Weblogs, über Chats und Internettelefonie (VoIP-Programme) wie Skype oder über Podcasting – die Vielzahl der im Internet angebotenen Anwendungen wird die Möglichkeiten zur Vernetzung im Internet weiter erhöhen. Zudem erlauben es kostengünstige Flatrates, hohe Übertragungsgeschwindigkeiten und Heim-PCs mit enormen Speicherkapazitäten künftig fast jedem, mit Daten zu jonglieren, deren Volumen noch vor einigen Jahren unvorstellbar war.

Mit Hilfe immer besserer Suchmaschinen werden selbst ungeübte Nutzer im Netz schnell und einfach fündig. Kinder haben immer früher Zugang zum Internet, es gehört zu ihrer Lebenswelt. Folglich kommen sie bereits sehr viel früher mit extremistischer Propaganda in Berührung als ältere Generationen. Zufällig oder in Folge gezielter Suche erreichen sie leicht extremistische Ideen und Angebote.

Autonome Antifa und Anti-Antifa

„Antifa heißt Angriff“ – dieser insbesondere von Vertretern der so genannten Autonomen Antifa propagierte Slogan wurde in den vergangenen Jahren mit unterschiedlicher Intensität in die Tat umgesetzt. Gewalttätige Antifa-Aktivitäten verlaufen auch im Land Brandenburg – rückblickend betrachtet – in Wellenbewegungen.

Der Begriff Antifa ist die Kurzform des Wortes Antifaschismus. So sehr ein friedliches Engagement gegen Rechtsextremismus begrüßenswert ist, so fraglich ist, wie die Autonome Antifa den Faschismus-Begriff auslegt. Der Antifaschismus der Autonomen richtet sich seit jeher nur vordergründig gegen den Rechtsextremismus. Die Autonomen behaupten, dass der kapitalistische Staat um seiner Selbsterhaltung willen den Faschismus begünstige, zumindest aber toleriere.

Die Anwendung von Gewalt – auch gegen Personen – halten gewaltbereite Linksextremisten für ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sie lehnen das Gewaltmonopol des Staates ab. Das „Linksradikale Bündnis Göttingen“ rief zu Protestaktionen gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten am 13. Mai 2006 in Göttingen auf. Darin hieß es unter dem Motto „Nutze die Möglichkeiten! Den Naziaufmarsch in Göttingen verhindern!“ unmissverständlich: „Ein radikaler Antifaschismus, der auf die Überwindung von Staat und Kapital zielt, darf das staatliche Gewaltmonopol nicht anerkennen: brennende Barrikaden lassen sich eben nur schwer für lokalpatriotische ‚Gemeinsam gegen rechts‘-Inzinerungen vereinnahmen.“ (Fehler übernommen, aus <http://mayday.blogspot.de>)

Die meisten unter dem Deckmantel des Antifaschismus verübten linksextremistisch motivierten Gewalttaten werden von Autonomen begangen. Sie erheben den Anspruch, frei und unmittelbar politische Praxis betreiben zu können und wollen sich nicht vereinnahmen lassen – weder vom Staat noch von linken Organisationen. Durch das Bekenntnis zur Gewalt unterscheiden sich Autonome von allen anderen Gruppierungen, die „Herrschaftsfreiheit“ anstreben und nach „alternativen Lebensformen“ der verschiedensten Art suchen. Da sie nur über geringe Organisationsstrukturen verfügen, spielt für sie Gewalt auch eine wichtige Rolle, um ein Gruppen-

gefühl gegenüber den so genannten Faschisten zu erzeugen, die sie zu bekämpfen behaupten. Autonome werden als Extremisten vom Verfassungsschutz beobachtet, weil sie Gewalt gegen ihre „Gegner“, insbesondere den demokratischen Staat und seine Institutionen, befürworten und ausüben.

Seit 2005 haben gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und Rechtsextremisten im Land Brandenburg wieder zugenommen. Noch 2005 stand die linksextremistisch motivierte Gewalt mit 17 Straftaten deutlich hinter den 97 rechtsextremistisch motivierten Straftaten zurück. Diese erkennbare Differenz hat sich 2006 stark verändert: Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind mit 90 Gewaltdelikten leicht zurückgegangen, während sich die linksextremistisch motivierten Gewalttaten auf 32 fast verdoppelt haben.

Linksextremisten suchten 2006 vermehrt die gewaltsame Auseinandersetzung mit ihren „rechten“ Gegnern, denen immerhin 29 der 32 Gewaltdelikte galten (2005: 8 von 17). Hingegen haben sich die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gegen den „linken“ Gegner von 42 (2005) auf 47 erhöht, obwohl sich die Gesamtzahl der „rechten“ Gewaltdelikte um sieben Delikte auf 90 verringert hat. Inwieweit sich diese Tendenzen fortsetzen, bleibt abzuwarten.

Eine mögliche Erklärung für den Anstieg linksextremistisch motivierter Gewalttaten ist, dass die Autonomen nach einer erhöhten Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene im Jahre 2005 verstärkt zum Mittel der Selbstjustiz greifen und sich bei Rechtsextremisten „rächen“ wollen.

Solche Antifa-Rache-Aktionen können tätliche Angriffe sein, aber auch Veröffentlichungen über tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten (so genannte Steckbriefe), ebenso Demonstrationen gegen Geschäfte, die „Nazi-Klamotten“ verkaufen, gegen Trefflokale der „rechten“ Szene und gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten.

Wenn dabei Mitglieder der Autonomen Antifa in Konflikt mit dem Gesetz geraten, greifen sie nicht selten auf die Angebote der „Rote Hilfe e. V.“ (RH) zurück. Diese „Schutz- und Solidaritätsorganisation“ setzt sich für strafrechtlich Verfolgte ein, die als „politisch Verfolgte“ verklärt werden.

Im Zentrum der Rhetorik der RH stehen Vorwürfe gegen die „staatliche Repression“ (www.rote-hilfe.de/rhz/rhz200603/repression.htm). Gemeint sind Strafverfahren gegen Personen, denen linksextremistisch motivierte Gewalttaten zur Last gelegt werden. Auch Polizeischutz, z. B. für den G8-Gipfel im Sommer 2007 bzw. für NPD-Demonstrationen, wird als „Repression“ empfunden.

Die RH organisiert Solidaritätsveranstaltungen, Demonstrationen und Mahnwachen. Mit Beratungsangeboten, Prozessbegleitung und Gefangenbesuchen steht sie Tatverdächtigen und Straftätern bei. Sie beteiligt sich an den Rechtsanwalts- und Prozesskosten; bei hohen Geldstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes oder Haftstrafen gewährt sie finanzielle Hilfen zum Lebensunterhalt. Diese Aktivitäten werden durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und den Verkauf der Zeitung „Die Rote Hilfe“ finanziert.

Mit dem Motto „Bitte sagen Sie jetzt nichts!“ ruft die RH in Veröffentlichungen, Informationsmaterialien und im Internet zur Aussageverweigerung auf („Anna und Paul halten das Maul“, „Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft! Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen!“), die den Behörden die Strafverfolgung so schwer wie möglich machen soll.



In Brandenburg hat die RH ca. 150 Mitglieder, überwiegend Autonome, die den Ortsgruppen in Potsdam, Strausberg und Frankfurt (Oder) angehören. In Rathenow gibt es eine Kontaktadresse. Die Ortsgruppe Frankfurt (Oder) ist eng mit der „Soligruppe Frankfurt (Oder)“ verflochten, die sich 2005 als „Unterstützergruppe“ gegründet hat und ähnliche Ziele verfolgt.

Die Anti-Antifa ist eine Kampagne, die namentlich von neonazistischen Strömungen und Gruppierungen unterstützt wird. Sie verfolgt das Ziel, dem so genannten nationalen Lager unter Zurückstellung interner Differenzen eine neue organisationsübergreifende Plattform zu verschaffen. Die Anti-Antifa-Arbeit versteht sich als „Feindaufklärung“, also als Ermittlung und Verbreitung von Daten zu politischen Gegnern, zu denen sowohl „Lin-

ke“ als auch Angehörige der Sicherheitsbehörden, aber auch Journalisten gerechnet werden. Rechtsextremisten kopieren damit gewissermaßen die Antifa-Arbeit der Autonomen Antifa. Ebenfalls vergleichbar ist, dass sowohl Antifa als auch Anti-Antifa mangels hinreichender Organisation Drohgebärden gegen ihren politischen Gegner brauchen, um die jeweils eigenen Sympathisanten zu mobilisieren und bei ihnen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auszulösen.

Das Vorgehen der Anti-Antifa zielt auf die Einschüchterung des politischen Gegners. Letztlich wird sogar vor direkter Gewaltanwendung nicht zurückgeschreckt. Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne 1993 mit ihrer Veröffentlichung „Einblick“, einer Sammlung von Personendaten und -adressen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Danach sind die Aktivitäten der Anti-Antifa merklich zurückgegangen. Sie beschränken sich seither auf lokale oder regionale Aktionen von Personen, die in der Regel zugleich in weiteren neonazistischen Gruppierungen zusammengeschlossen sind.

Dennoch werden Anti-Antifa-Aktivitäten im Land Brandenburg in unterschiedlichen Ausprägungen immer wieder bekannt. Insbesondere in Regionen, in denen sowohl die rechtsextremistische als auch die links-extremistische Szene stark vertreten ist, kommt es zu sich wechselseitig verstärkenden Eskalationen.

Beispiele für linksextremistisch motivierte Gewalt

Gewaltsame „Links-Rechts“-Konflikte gab es 2006 vor allem in Potsdam, aber auch in anderen Orten wie Frankfurt (Oder), Rathenow, Strausberg, Königs Wusterhausen und Finsterwalde.

Am 25. Februar wurde in Potsdam ein 15-Jähriger aus einer ihm begehrenden Gruppe heraus geschlagen, getreten und gegen ein parkendes Auto gestoßen. Als er schon auf dem Boden lag, erhielt er weitere Schläge und Tritte. Alle Täter waren maskiert und riefen: „Potsdam ist rot und bleibt rot. Nazis haben hier nichts zu suchen“. Der Tat ging eine Auseinandersetzung voraus, an der der Geschädigte als Täter beteiligt war.

Der „politische Gegner“ wird auch spontan bei beliebigen Gelegenheiten nur wegen seines äußeren Erscheinungsbildes angegriffen.

Am 14. März folgten zwei männliche und zwei weibliche mutmaßliche Angehörige der autonomen Szene Potsdam einem 20-Jährigen nach dem Verlassen der Straßenbahn, den sie u. a. wegen seiner Bomberjacke für einen rechtsextremistischen Szeneangehörigen hielten. Eine Bierflasche verfehlte seinen Kopf. Die beiden männlichen Tatverdächtigen holten ihn ein und fragten ihn, ob er ein „Fascho“ sei. Als er nicht antwortete, schlugen und traten sie auf ihn ein und wurden dabei von den weiblichen Tatverdächtigen angefeuert.

Am 16. September besuchte in Strausberg ein 20-Jähriger das Oktoberfest, bekleidet mit einer Jacke der Marke Lonsdale und einem schwarzen T-Shirt mit der Aufschrift „Rudolf Heß Stadt – Wunsiedel – Stadt des Friedensfliegers“. Jugendliche aus der autonomen Szene forderten ihn auf, das T-Shirt auszuziehen und zu verbrennen, ansonsten würde er Konsequenzen zu spüren bekommen. Obwohl er das Shirt auszog und versteckte, wurde er beim Verlassen des Oktoberfests von mehreren Personen tätlich angegriffen. Eine der Personen sagte: „Da siehste, was Du davon hast, wenn Du Naziklamotten trägst, schieß Nazi!“

„Antifa“-Aktionen sind nicht selten Reaktionen auf das Auftreten von Rechtsextremisten im öffentlichen Raum.

Am Abend des 1. April zogen in Frankfurt (Oder) ca. 20 dunkel gekleidete Personen durch die Straßen, beschmierten Haustüren und skandierten Parolen wie „Nazis raus – erschießt die Nazis“. In Hauseingängen brachten sie eine „Anwohnerinfo“ über eine NPD-Veranstaltung am selben Tag auf dem örtlichen Brunnenplatz an. Darin behaupteten sie, es gebe „befreite Zonen des politischen Gegners“: Neonazis hätten „linke Aktivisten“ angepöbeln und durch den Oderturm gejagt.

Später begingen Personen aus dieser Gruppe im Stadtteil Neubereinsinchen eine gefährliche Körperverletzung. Das Opfer wurde mit einem Holzknüppel auf den Kopf geschlagen. Sieben Tatverdächtige wurden in Gewahrsam genommen.

Beispiele für rechtsextremistisch motivierte Gewalt

Gewalttätige Übergriffe von Rechtsextremisten auf „Linke“ kamen 2006 insbesondere im Westhavelland (Rathenow/Premnitz), in Potsdam sowie im südlichen Umland von Berlin vor. Gerade in den o. g. Havellandregionen ist die autonome Antifa seit Jahren sehr aktiv und berichtet fortlaufend in Publikationen und im Internet über rechtsextremistische Aktionen. Obwohl die rechtsextremistische Szene der Region – zum Teil aus ehemaligen Mitgliedern der im Jahre 2005 verbotenen Kameradschaften „Hauptvolk“ und „Sturm 27“ bestehend – zahlenmäßig stark ist, hatte sie dem in der Vergangenheit nur wenig entgegenzusetzen. Im Jahre 2006 allerdings mehrten sich Hinweise, dass die „rechte“ Szene versuchte, ihrerseits Akzente zu setzen. So entstand im Jahr 2006 die „Anti-Antifa Rathenow“, die Textilien und Schlüsselbänder mit ihrem Logo bedrucken ließ und auf diesem Wege auch in der Öffentlichkeit präsent ist.

Gewalttaten wurden häufig in der Umgebung der „Musikbrauerei“ in Rathenow, einem Treffpunkt „linker“ Jugendlicher, begangen.

Am 7. April wurde eine Gruppe beim Verlassen der „Musikbrauerei“ von mehreren Personen, die sie offenbar vor dem Lokal abgepasst hatten, als „Scheiß Zeckenpack“ beschimpft und verfolgt. Zwei Personen wurden bei diesem Zwischenfall geschlagen.

Am 20. Oktober versammelte sich wieder eine Gruppe vermutlicher Rechtsextremisten an der „Musikbrauerei“. Nach einem kurzen verbalen Schlagabtausch zwischen „rechts“ und „links“ begannen die Rechtsextremisten mit Steinen und Flaschen zu werfen.

In Potsdam schaukelte sich die Gewalt bereits 2005 hoch. Auslöser für eine ganze Reihe von Straftaten war ein bereits länger zurückliegender Anschlag von Rechtsextremisten auf das Potsdamer linksalternative Wohnprojekt „Chamäleon“ in der Silvesternacht 2002.

Die Vernetzung mit Berliner Extremisten, aber auch Antifa- und Anti-Antifa-Aktivitäten haben bei der Zuspitzung des Konflikts eine wesentliche Rolle gespielt. Man unterstützt sich gegenseitig bei der Anti-Antifa-Arbeit, reist zu Gerichtsverhandlungen an und trifft sich bei Demonstrationen.

Eine Gruppe, die sich als „Anti-Antifa Potsdam“ bezeichnet, hielt sich am 2. Februar auf dem Magnus-Zeller-Platz in Potsdam auf. Einer aus ihrer Mitte verwies auf eine vermeintliche „Zecke“ innerhalb einer entfernt stehenden Gruppe. Beim folgenden Angriff der „Rechten“ wurden vier Personen durch Schläge, Tritte und einen Sprung in den Rücken verletzt. Als Motiv wurde in den Vernehmungen die Ablehnung von „Zecken“ bzw. „Linken“ genannt.



Am 25. März wurde auf dem Bahnhof Blankenfelde ein früheres Mitglied der Antifa-Gruppe Blankenfelde von vier Vermummten mehrfach mit der Faust ins Gesicht und in die Rippen geschlagen und auf das Gleisbett gestoßen.

Am 25. Mai beschimpften in Zossen sieben Rechtsextremisten ihre Opfer als „Dreckschwein“ und „Zigarillo“, schlugen ihnen mehrfach ins Gesicht, würgten und traten sie.

Am 16. Juni fand im Fontane-Gymnasium in Rangsdorf anlässlich des rassistischen Überfalls auf den britischen Bauarbeiter Noël Martin vor zehn Jahren in Blankenfelde eine Infoveranstaltung der „Autonomen Antifa Teltow-Fläming“ zum Thema „Rechtsextremismus in Brandenburg“ statt. Mehrere zum Teil vermummte Rechtsextremisten versuchten, diese Veranstaltung zu stören, konnten jedoch daran gehindert werden.

Am 2. November versuchten Rechtsextremisten in Zossen eine Informationsveranstaltung der „Autonomen Antifa Teltow Fläming“ zum geplanten Neonazi-Großaufmarsch am 18. November in Halbe zu stören. Die Polizei verhinderte ihr Vordringen auf das Gelände.

Recherchearbeit

Aktionen und Angriffe gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten gelten unter Linksextremisten als „antifaschistische Selbsthilfe“. Sie geht so weit, dass in steckbriefähnlichen Veröffentlichungen Foto und Wohnanschrift der „geouteten Nazis“ veröffentlicht werden, vermehrt auch im Internet. Der Begriff „outing“, ursprünglich als freiwilliges öffentliches Bekenntnis gebraucht, wird von ihnen eher in dem Sinne verstanden, dass Menschen an den Pranger gestellt werden.

Solche Aktionen richteten sich mehrfach gegen einen Rechtsextremisten aus Frankfurt (Oder).

Am 6. Juni wurden in mehreren Straßenzügen Losungen wie „Stopp Nazi“ geschmiert, auch mit einer Wohnanschrift. In einem Haus fanden sich im Hausflur, im Treppenhaus und an Wohnungstüren Hakenkreuze, vermutlich um einen Anwohner als Rechtsextremisten zu brandmarken.

Am Tag darauf wurden DIN A4-Plakate entdeckt, die mit Leim überstrichen waren und Glasscherben und -splitter enthielten. Die Plakate bezichtigten einen in der Nachbarschaft Wohnenden, ein Rechtsextremist zu sein.

Solche Aktionen wie das „Outen“ des politischen Gegners sind Ergebnisse zum Teil akribischer „Antifa-Recherche“. Die mindestens seit 1997 im Havelland aktive Antifa-Szene tritt regelmäßig mit entsprechenden Publikationen an die Öffentlichkeit. So geben die „Antifaschistischen Gruppen im Westhavelland“ jährlich einen umfangreichen „Jahresrückblick“ über tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Aktivitäten in dieser Region, insbesondere in Rathenow und Premnitz, heraus und veröffentlichen diesen auch im Internet. Neben Bildern von Personen, Treffpunkten, Fahrzeugen und Plakaten der rechtsextremistischen Szene werden zahlreiche Personen genannt, charakterisiert und zugeordnet. Die Redaktion bezeichnet sich als „Antifaschistisches Autorenkollektiv“.

Doch nicht nur durch Veröffentlichungen, sondern auch durch unterschiedliche Aktionen macht die Antifa auf sich aufmerksam.

Am 22. April versammelten sich Sympathisanten in Rathenow und Premnitz, um im Rahmen der Kampagne „Schöner Wohnen ohne Nazizonen“ die Schließung von „Nazitreffpunkten“ zu fordern.

Am 17. November wurden in Cottbus auf geschlossene Rollladen eines Bekleidungsgeschäftes „NAZIS RAUS“ sowie vier Kreise mit darin befindlichen durchgestrichenen Hakenkreuzen gesprüht. Das Geschäft vertreibt ein breites Sortiment an Waffen, Outdoor- und Bundeswehrkleidung sowie in der „rechten“ Szene beliebte Marken wie „Thor Steinar“.

Im letzten Jahr hat eine „Autonome Antifa Teltow-Fläming“ (AATF) von sich Reden gemacht. In selbst organisierten Veranstaltungen, Presse- und Internetveröffentlichungen weist sie auf – aus ihrer Sicht – rechtsextremistische Bestrebungen in der Region hin.

Aber auch Rechtsextremisten nutzen das Internet als Plattform, um den politischen Gegner öffentlich anzuprangern – allerdings in deutlich geringerem Ausmaß als die Antifa. Auch wenn die Anti-Antifa-Veröffentlichungen zumeist schlecht recherchiert sind, sind sie dennoch grundsätzlich ernst zu nehmen, denn die Gefahr, dass sich fanatisierte Einzeltäter zu Gewalttaten animiert fühlen, ist ebenso wenig auszuschließen wie die Gefahr, dass Linksextremisten sich gewaltsam der Anfeindungen erwehren.

Aktuelle Anti-Antifa-Websites aus Brandenburg sind derzeit nicht im Internet vorhanden. Allerdings sind im September 2006 die Internetseiten „Freie Nationalisten Rathenow“ und „Nationaler Widerstand Premnitz“ bekannt geworden. In den jeweiligen Gästebüchern liefern sich Rechtsextremisten und die örtliche Antifa Wortgefechte und thematisieren gewalttätige Auseinandersetzungen.

Am 28. November wurde auf der Homepage des „Nationalen Widerstandes Premnitz“ erklärt: „Der Nationale Widerstand Premnitz hat sich nun den „Freien Kräften“ Westhavelland zugeordnet und stellt seine Internetaktivitäten hiermit ein!!!“. Kurz darauf ging die Webseite der „Freien Kräfte Westhavelland“ ins Netz. Schon auf der Startseite ist der Slogan „Gegen linke Aktivisten“ zu finden. Die Seite befindet sich noch im Aufbau. Vermutlich soll mit dieser Seite ein Gegengewicht zu den Veröffentlichungen der „Antifa Westhavelland“ geschaffen werden.

„Daten-Antifa“

Ein neueres Betätigungsfeld in der Antifa-Arbeit ist die „Daten-Antifa“, also Hacker-Angriffe auf als rechtsextremistisch geltende Websites, Online-Shops und Foren. Die gewonnenen Informationen werden über das Internet verbreitet und für weiterführende Aktionen genutzt.

Am 15. April wurden in Frankfurt (Oder) Plakate verklebt und Handzettel verteilt. Darin stand, dass eine mit Adresse genannte Person ein „Nazi“ sei, einer von über 2.500 Usern, die über den neonazistischen Onlineshop „Front records“ aus dem sächsischen Wurzen Waren bezogen. Bereits am 27. September 2005 hatten „Antifaschisten“ die Webseite gehackt und eine Bestellerliste veröffentlicht. Die in den Hauseingängen befestigten Plakate wurden teilweise mit Leim überpinselt, der Glassplitter enthielt.

Antifaschistische Bündnisarbeit

Der Antifaschismus ist – wie kaum ein anderes Thema – geeignet, mit nicht-extremistischen Organisationen und Personen möglichst breite Bündnisse zu bilden und diese als eine Art Präventivmaßnahme gegen „faschistische“ Tendenzen in Politik und Gesellschaft zu propagieren. Solch eine Bündnispolitik ist seit langem ein Vorgehen, mit dem Linksextremisten glauben, als Minderheit und aus einer Position der Schwäche heraus auf eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse hinwirken zu können. Manche Linksextremisten meinen, dass sie durch eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eher ihre Ziele erreichen können. So forderte ein Szeneangehöriger in einem Internetbeitrag dazu auf, bestehende Gemeinsamkeiten mit dem bürgerlichen Spektrum konsequent zu nutzen:

„Die Herrschenden interessieren sich da für die Autonome (Antifa-) Bewegung, wo sie sich eben nicht von ihr in Isolation und repressierbare Illegalität drängen lässt, sondern wo sie gesellschaftlich erkannte und anerkannte Themen aufgreift und auf ihre Art angeht. Siehe Castor, Häuser- und Freiraumkämpfe bis in die Neunziger, Startbahn, oder auch Gipfeltreffen. Überall dort gab und gibt es in der Zivilgesellschaft Überschneidungen mit unseren Ansichten und daher auch Verständ-

nis für kritische und auch militante Mittel. Diese Überschneidungen und dieses Verständnis auszubauen ist Voraussetzung dafür, aus der allgemein vorhandenen Lethargie und Isolation herauszukommen. Dafür ist Vernetzung wichtig, aber nicht alles.“ (<http://de.indymedia.org/2006/02/138882/shtml?c=on>)

Autonome nutzen häufig die Gelegenheit, sich an Demonstrationen nicht-extremistischer Organisationen gegen den Rechtsextremismus zu beteiligen. Allerdings fehlt oft die Absicht, friedlich zu demonstrieren; vielmehr geht es ihnen häufig um gewaltsame Auseinandersetzungen – sei es mit Rechtsextremisten oder mit der Polizei.

Am 18. November fand in Seelow eine Demonstration von Rechtsextremisten statt. Ein 23-jähriger Autonomer warf aus einer Personengruppe heraus Steine auf Polizeibeamte und traf zwei von ihnen. Kurze Zeit später traf derselbe Mann einen Teilnehmer der rechtsextremistischen Demonstration mit einem Stein am Kopf.

Ausblick

Für die autonome Szene Brandenburg wird das Aktionsfeld „Antifaschismus“ weiterhin Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit bleiben. Auch ist zukünftig weiterhin mit gewalttätigen Aktionen von Linksextremisten und Rechtsextremisten gegen den tatsächlichen oder vermeintlichen politischen Gegner zu rechnen. Eine Eskalation autonomer Antifa- und Anti-Antifa-Aktivitäten auf lokaler Ebene ist je nach Konstellation und Gelegenheit nicht auszuschließen. Anlässe für Gewalttaten sind vor allem Demonstrationen des jeweiligen politischen Gegners. Flexible Einsatzkonzepte der Polizei bei „Naziaufmärschen“ verhindern weitgehend ein direktes Aufeinandertreffen von Links- und Rechtsextremisten.

Bei jeder angekündigten oder mit Wahrscheinlichkeit stattfindenden Eskalation müssen Sicherheitsbehörden von Neuem bewerten, welche Absichten jeweils damit verbunden sind. Jeder Aufruf zu einer „Gegendemo“, auch wenn er in der Regel als Einschüchterungs- und Denunziationsversuch und weniger als Aufforderung zu Gewalt zu werten ist, wird ernst genommen.

Fortschreitende Auszehrung: Linksextremistische Parteien und Organisationen

Der organisierte Linksextremismus führte in Brandenburg auch im Jahr 2006 ein Schattendasein. Das liegt zum einen an der Überalterung der Parteika-
der und dem allgemein geringen Zulauf zu den Organisationen – alle zusam-
men hatten in Brandenburg 2006 nicht einmal 300 Mitglieder – zum anderen
an der Tendenz von dogmatischen Linksextremisten, sich in ideologischen

Diskussionen
zu verlieren
und sich auch
bei vergleichs-
weise geringen weltan-



schaulichen Differenzen in unterschiedliche Vereinigungen aufzuspalten. Entsprechend ist die kleine Gruppe parteigebundener Linksextremisten in Brandenburg in drei Parteien aktiv: der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) und der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD). Alle drei Parteien bekennen sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin, die MLPD zusätzlich zum Maoismus.

Darüber hinaus gibt es die trotzkistische Organisation „Linksruck“. Was Trotzlisten von anderen „Linksideologen“ unterscheidet, ist ihre Strategie des Entrismus. Damit wird der Versuch bezeichnet, linksextremistische, aber auch demokratische Organisationen oder Bewegungen, heimlich zu unterwandern und von innen heraus Einfluss auf deren politische Entscheidungen zu nehmen. Außerdem vertreten Trotzlisten die Idee der „permanenten Revolution“, im Gegensatz zu Stalins Idee vom „Sozialismus in einem Lande“.

Sofern die linksextremistischen Parteien sich in Brandenburg an Wahlen beteiligten (DKP: Europawahl 2004, Landtagswahl 2004, MLPD: Bundestagswahl 2005), erreichten sie nur Ergebnisse im Nachkommabereich.

Vertragspartner vereinbart, nicht öffentlich gegeneinander zu polemisieren, sondern ihre Aktionen auf den politischen Gegner zu konzentrieren. Einmal im Jahr solle eine Versammlung stattfinden, um inhaltliche Positionen zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit zu beschließen.

Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die Jugendorganisation der DKP, tritt in Brandenburg kaum in Erscheinung und ist selbst auf der Internetseite der DKP Brandenburg (www.dkpbrandenburg.de) nicht verlinkt. Auch dies unterstreicht, dass die DKP stark überaltert ist. Sie gleicht in Brandenburg eher einem Seniorenverein als einer Partei, die sich den Problemen der Zeit stellt. Als Publikationsorgan der DKP Brandenburg dient die monatlich erscheinende Zeitung „Roter Brandenburger“, die auch im Internet veröffentlicht wird. (www.dkpbrandenburg.de/rb.htm)

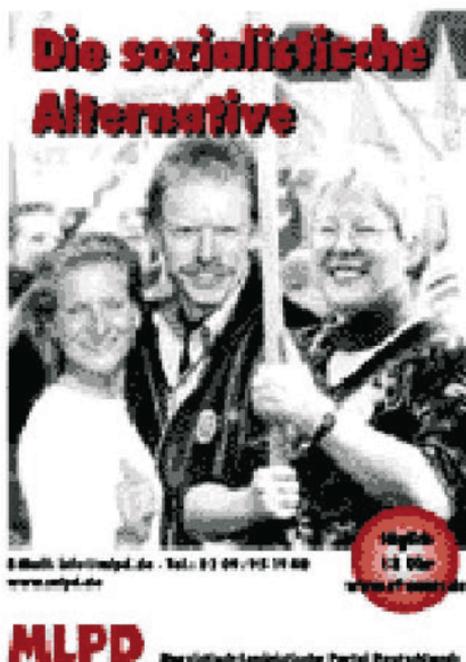
Auf Bundesebene war die Verabschiedung des neuen DKP-Parteiprogramms im April das Ereignis des Jahres 2006. Nach jahrelangen Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen „Modernisierern“ und „Traditionalisten“ wurde das Papier auf dem 17. Parteitag der DKP in Duisburg beschlossen. Insbesondere das Problem, ob und welche Folgerungen aus der „Niederlage des Sozialismus in Osteuropa“ gezogen werden sollten, war unter den Bezirksorganisationen in Ost- und Westdeutschland umstritten.

Die Kernforderung bleibt indes die alte: „Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus“, wobei der Sozialismus explizit als Vorstufe zur kommunistischen Gesellschaft bezeichnet wird. Die DKP strebt auch in ihrem neuen Programm die revolutionäre Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse an. Ihre Weltanschauung steht der freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegen: Weder Revolution noch Klassenkampfideologie sind mit dem Recht des Volkes auf freie, gleiche und geheime Wahlen und dem Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft zu vereinbaren.

Die „Kommunistische Partei Deutschlands“ – auch als KPD-Ost bezeichnet, um sie von der ebenfalls als KPD auftretenden und aus der ehemaligen KPD/ML hervorgegangenen Kleinstgruppe in Westdeutschland zu unterscheiden – bekennt sich ohne Einschränkungen zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und distanziert sich nicht vom Stalinismus. Für Veröffentlichungen nutzt die Partei die Publikationen „Die Rote Fahne“ und

die „Schriftenreihe der KPD“ sowie die Internet-Adresse www.k-p-d-online.de. Ihre Jugendorganisation (seit 2002) ist der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD).

In Brandenburg hatte die KPD 2006 ca. 15 Mitglieder, z. T. in führenden Positionen im Bundesvorstand. Sowohl der bis Anfang 2006 amtierende Vorsitzende Werner Schleese als auch sein Vertreter Wolfgang Fittinger, der bis zum nächsten Parteitag im Frühjahr 2007 die Geschäfte führt, sind Brandenburger. Dennoch ist die Partei in Brandenburg kaum öffentlichkeitswirksam aktiv. Ihre einzige wahrnehmbare Aktivität war die Verabschiedung des erwähnten „Aktionsprogramm der Kommunisten des Landes Brandenburg“.



Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) dagegen ist wegen ihrer maoistischen Positionen und der Relativierung stalinistischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit sogar innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitgehend isoliert. Von den anderen linksextremistischen Parteien wird sie als „sektiererisch“ abgelehnt. In Brandenburg hat die MLPD lediglich Einzelmitglieder, ein Landesverband existiert nicht.

Dennoch beteiligte sich die Partei an den Bundestagswahlen 2005 mit einer Landesliste von fünf Personen; nur zwei davon aus Brandenburg. Sie erreichte 0,2 Prozent der Stimmen.

Der heutige Trotzismus umfasst diverse Gruppierungen, von denen „Linksruck“ die größte Aktions- und Mobilisierungskraft hat. Dieses Netzwerk mit ca. 300 Mitgliedern (in Brandenburg ca. zehn) hat seinen Sitz in Berlin, vertreibt die Zeitung „Linksruck“ sowie das Magazin „argumente“ und informiert im Internet unter www.linksruck.de. Anders als stalinistische Parteien glaubt „Linksruck“ an die Idee des Sozialismus von unten, der vom Proletariat erkämpft wird. Wie in den zurückliegenden Jahren organisierte „Linksruck“ auch 2006 die Rosa-Luxemburg-Tage, die vom 25. bis zum 28. Mai in Berlin stattfanden.



Die islamistische Bedrohung

Am 18. Dezember 2006 wurde an der Deutschen Oper Berlin die Mozart-Oper „Idomeneo“ aufgeführt, nachdem sie drei Monate zuvor aus Angst vor terroristischen Anschlägen vom Spielplan abgesetzt worden war. An diesem wie auch an folgenden Spieltagen durchsuchten Polizisten vor der Aufführung das Gebäude nach Bomben, die Besucher mussten Sicherheitsschleusen passieren und Handtaschenkontrollen über sich ergehen lassen. Nur so konnte die Inszenierung von „Idomeneo“, die die Enthauptung der Religionsstifter Christus, Mohammed und Buddha darstellte, aufgeführt werden. Währenddessen demonstrierte eine Gruppe Muslime vor der Oper, und ein christlicher Demonstrant zeigte ein Schild „Kunsthfreiheit oder Jesus Christus?“ Die Botschaft von Opernhaus und Polizei an diesem Abend war allerdings eindeutig: Weder die Kunst- noch die Meinungsfreiheit dürfen zugunsten religiöser Forderungen eingeschränkt werden.

Fünf Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001 und zwei Jahre nach den Anschlägen von Madrid am 11. März 2004 belegen Anschläge und Anschlagversuche in Deutschland im Jahr 2006, dass der islamistische Terrorismus nach wie vor präsent ist und dass er auch Deutschland bedroht. Deutschland ist in Operationsbasen der Terroristen einbezogen. Unterschiedliche Gruppen beschaffen Gelder, fälschen Dokumente, schleusen Personen aus dem Ausland ins Inland, rekrutieren neue Kämpfer für den Irak oder andere Schauplätze des Terrors und planen Anschläge. Durch gewalttätige Demonstrationen versuchen sie, die Meinungsfreiheit einzuschränken und eine Drohkulisse aufzubauen, um die Freiheitsrechte anderer zu beschneiden. Ziel ist – da unterscheiden sich islamistische Terroristen nicht von anderen Extremisten – gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, denen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung diametral entgegensteht oder zumindest politische Entscheidungen zu beeinflussen.



HAMAS-Kämpfer in Ramallah
im Westjordanland

Nachdem die Fußballweltmeisterschaft global fröhlich gefeiert werden konnte, weil auch Terroristen die weltweite Abscheu fürchteten, die ein Anschlag auf ein solches Sportereignis hervorgerufen hätte, ereigneten sich im Juli und August vergangenen Jahres gleich zwei Anschlagversuche in Europa, einer in Deutschland und einer in England.

Am 31. Juli 2006 wurden in Regionalzügen in der Nähe von Hamm und Koblenz herrenlose Gepäckstücke gefunden. Die Untersuchung der Gepäckstücke ergab, dass es sich hierbei um Kofferbomben handelte, die zwar gezündet, aber aufgrund von Konstruktionsfehlern nicht explodiert waren. Anhand der Videoüberwachung des Kölner Hauptbahnhofes konnten die Täter identifiziert werden. Einer der Täter, ein Libanese, wurde kurz nach dem Anschlagversuch verhaftet. Es stellte sich heraus, dass seine Familie Kontakte zu Islamisten hatte. Seine Eltern sind Mitglieder der in Deutschland verbotenen islamistischen Organisation „Hizb ut-Tahrir“, weitere Familienmitglieder im Libanon stehen im Verdacht, im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen Mordanschläge gegen Mitarbeiter der dänischen Zeitung geplant zu haben, die die Karikaturen veröffentlichte.

Der zweite Täter wurde in Beirut festgenommen, wo er sich den Behörden stellte. Er sagte aus, es sei die Kränkung durch die Mohammed-Karikaturen gewesen, die ihn zu den Anschlägen motiviert habe. Die Tatverdächtigen hielten sich zum Studium in Deutschland auf und waren erst einige Zeit vor den Anschlagversuchen eingereist. Sie bewegten sich fast ausschließlich in ausländischen Studentenkreisen und pflegten enge Kontakte zu ihren Familien im Libanon. Die Anschläge waren sorgfältig geplant, jedoch nicht als Selbstmordattentate konzipiert. Ob die Täter hierbei in ein Terrornetzwerk eingebunden oder einer Organisation zugehörig waren, konnte bisher nicht geklärt werden. Zur Herstellung der verwendeten Sprengsätze bedurfte es jedenfalls keiner Einbindung in ein Terrornetzwerk, denn eine Bauanleitung für diese und auch andere Sprengsätze lässt sich aus dem Internet herunterladen.

Zwei Wochen nach den versuchten Kofferbomben-Attentaten, am Abend des 9. und am Morgen des 10. August 2006, wurden in Großbritannien mehrere Personen mit pakistanischem Hintergrund verhaftet, die Anschläge auf Flugzeuge geplant hatten. Die Ermittlungen deuten darauf hin, dass diese Terroristen von Großbritannien ausgehend mehrere Anschläge plan-

ten. Selbstmordattentäter sollten an Bord von Flugzeugen Sprengsätze zusammensetzen, die sie zuvor in Einzelteilen an Bord gebracht hatten. Bis zu zehn Maschinen sollten auf diese Weise zum Absturz gebracht werden. Gesteuert wurde die Anschlagplanung durch Terroristen aus Pakistan mit Bezügen zu „Al Kaida“. Das Gelingen der Anschläge hätte etwa 5.000 Todesopfer gefordert. Das aufgedeckte Netzwerk, dessen Schwerpunkt in London lag, setzte sich aus Islamisten mit britischer Staatsangehörigkeit zusammen, von denen einige in Großbritannien geboren sind. Manche der Verhafteten sollen auch Kontakte nach Deutschland unterhalten haben.

In London haben sorgfältige Recherchen und Beobachtungen der Sicherheitsbehörden sowie internationaler Informationsaustausch diese Serie von Anschlägen verhindert. Im Vergleich zu den Terroristen, die in Deutschland aktiv waren, handelte es sich bei den Londoner Terroristen um Mitglieder eines hoch professionellen Netzwerks. Die Maßnahmen der britischen Behörden waren ein großer Erfolg, dennoch ist nicht abzusehen, ob die Verhaftungen die Anschlagplanungen in Großbritannien langfristig zum Erliegen gebracht haben. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich weitere Zellen entweder in Großbritannien oder im Ausland befinden, die ähnliche Pläne unter der Führung der in Pakistan ansässigen „Al Kaida“-Mitglieder verfolgen.

Das Gleiche trifft auch für Deutschland zu, wo in den letzten Jahren sechs Anschläge verhindert wurden oder fehlschlagen. Personen, die beabsichtigen, ihre Ideen unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen, müssen nicht unbedingt zum Umkreis von radikalen Moscheen gehören, sie müssen auch nicht durch strenge Religiosität aufgefallen sein. Sie müssen noch nicht einmal aus einem muslimischen Land stammen, denn auch Konvertiten spielen bei terroristischen Anschlägen immer wieder eine Rolle, auch in den bundesweit auf 222 gestiegenen Ermittlungsverfahren mit islamistisch-terroristischem Hintergrund. Aber nicht nur terroristische Aktivitäten bilden eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung sondern auch der massive Druck, den Islamisten auf die Meinungsfreiheit ausüben.

Am 30. September 2005 veröffentlichte die dänische Zeitung „Jyllands-Posten“ die Mohammed-Karikaturen. Laut einer Meldung des Magazins FOCUS war die Publikation ein Test, „inwieweit die Angst vor muslimischen

Vergeltungsaktionen begonnen hat, die Meinungsfreiheit in Dänemark einzuschränken“, so ein Redakteur. Zunächst kam es unter den Muslimen nicht zu nennenswerten Reaktionen, bis am 19. Oktober elf Botschafter muslimischer Länder ein Treffen mit dem dänischen Premierminister Anders Fogh Rasmussen forderten, bei dem sie von der Regierung eine öffentliche Distanzierung von den Mohammed-Karikaturen verlangen wollten. Rasmussen lehnte das Treffen ab. Er erklärte, wer glaube, dass er beeinflussen könne, was die dänischen Zeitungen druckten, dem sei die Essenz der dänischen Demokratie völlig entgangen. Der dänisch-islamische Glaubensverband reagierte, indem er unverzüglich einige Imame in verschiedene muslimische Länder entsandte, um dortige Organisationen und Politiker auf das Karikaturen-Problem aufmerksam zu machen. Diese Maßnahme zeigte Wirkung: Ende Januar 2006 kritisierten mehrere arabische Außenminister die neutrale Position der dänischen Regierung vehement.

Ende Januar und Anfang Februar 2006 kam es im Iran, in Ägypten, Indonesien, Thailand, Indien, den Palästinensergebieten und auf den Philippinen zu heftigen, teilweise gewaltsamen Protestaktionen gegen die Karikaturen. In Teheran versuchten Demonstranten, die österreichische Botschaft anzuzünden, überall in der arabischen Welt wurden dänische Flaggen verbrannt. Iranische Demonstranten verwüsteten die dänische Botschaft. In Kairo führte der Leiter der Al-Azhar Universität, der einflussreichsten religiösen Institution des sunnitischen Islam, eine Gruppe von 10.000 demonstrierenden Studenten an. In Afghanistan wurden am 6. Februar zwei Demonstranten getötet. In Beirut erlag ein Demonstrant seinen Verletzungen. Im Libanon verstarb einer der Männer, die am 5. Februar das dänische Konsulat gestürmt und in Brand gesetzt hatten. Am 8. Februar wurden in Afghanistan erneut vier Menschen erschossen, als die Polizei das Feuer auf einen Demonstrationszug eröffnete, der sich in Richtung des US Stützpunktes in Kalat bewegte. Riad zog seine Botschafter aus Kopenhagen ab, Libyen schloss dort seine Botschaft, und die arabische Liga intervenierte bei der dänischen Regierung.

Die iranische Zeitung „Hamschari“ rief – unterstützt durch den iranischen Präsidenten Achmadineschad – zu einem „Holocaust Karikaturen Wettbewerb“ auf, um zu beweisen, dass der Westen die Pressefreiheit mit zweierlei Maß messe. „Wie kommt es, dass die Pressefreiheit nicht respektiert wird, wenn es um das Abstreiten oder auch nur Zweifeln an der Saga des

Holocausts geht?", so das geistige Oberhaupt des Landes, Ajatollah Ali Chamenei. Die besten 12 Karikaturen sollten mit Goldmünzen im Wert von 120 Euro prämiert werden. Gleichzeitig rief Achmadineschad zum Boykott dänischer Produkte auf. Laut einer Meldung des SPIEGEL wurden in 20 muslimischen Ländern dänische Produkte boykottiert. In Saudi Arabien z. B. mussten die Produkte des dänischen Molkereikonzerns Arla aus den Regalen genommen werden, nachdem die Kunden sie tagelang boykottiert hatten und sie verdorben waren.

Europäische Politiker versuchten, beschwichtigend auf die aufgebrauchten Muslime einzuwirken. Bundeskanzlerin Angela Merkel rief zum Gewaltverzicht und zum Dialog auf: „Gewalt kann kein Mittel der Auseinandersetzung sein“. Auch die Arabische Liga mahnte die Muslime nach dem Gewaltausbruch zur Mäßigung, und in Indonesien, dem bevölkerungsreichsten muslimischen Land, bezeichnete der Außenminister Hassan Wirajuda die Protestaktionen als übertrieben. In Deutschland wurde ausnahmslos gewaltfrei demonstriert. In Düsseldorf beteiligten sich 2.000 Personen an einem Protestmarsch, der zum dänischen Honorarkonsulat führte, in Berlin protestierten 1.200 Muslime gegen die Karikaturen und zogen zu einer Kundgebung vor die dänische Botschaft.

Während zu Beginn des Konflikts noch über Pressefreiheit und Beleidigung von religiösen Gefühlen diskutiert wurde, machten die immer heftigeren Proteste klar, dass es nicht allein um unterschiedliche Haltungen zum Thema Religionssatire und Bilderverbot im Islam ging. Vielmehr dienten die Karikaturen Islamisten teilweise dazu, ihre Aggressionen gegen den Westen auszuleben. Ihre Angriffe richteten sich nicht allein gegen das Erscheinen der Karikaturen im September, sondern wurden aus einem lang aufgestauten Hass gegen die als Unterdrücker gesehene westliche Welt gespeist.

Der Karikaturenstreit wurde von bestimmten Interessengruppen zum Kampf der Kulturen hochgespielt. An erster Stelle sind hier die Islamisten zu nennen, die sich durch die Verschärfung des Konfliktes mehr Zulauf und Einfluss versprachen. Aber auch einige Regierungen im Nahen Osten nutzten den Streit, um von ihren innenpolitischen Problemen abzulenken. Insbesondere der Iran setzte hier auf Konfrontation, um sich in der Opferrolle zu inszenieren. Zugleich verschärfte er seine Provokationen im Konflikt um das iranische Atomprogramm.

Die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden

Die Ziele der islamistischen Terroristen und Extremisten sind nur insofern in Ansätzen erkennbar, als sie ein „islamisches Staatswesen“ fordern, das sich allein am Koran und der Sunna, dem Vorbild des Propheten, orientiert. Zum Teil ist bei Gewaltakten noch nicht einmal diese Forderung zu erkennen, Motiv ist vielmehr ein Hass auf alles vermeintlich „Westliche“. Die Forderung nach der Vernichtung der „Ungläubigen“ ist nicht nur eine Drohung, sondern ein gewalttätiger Akt gegen die Werte unserer Gesellschaft. „Drohung kündigt nicht nur eine körperliche Handlung an oder verspricht sie, sondern ist selbst bereits ein körperlicher Akt, der in seiner Gestik die Umriss seiner kommenden Handlung entwirft“, schreibt hierzu die Philosophin Judith Butler in ihrem Buch „Hass spricht“.

In den vergangenen Jahren beschäftigten sich die Sicherheitsbehörden vorwiegend mit der Frage, wie Islamismus und Islam zu unterscheiden sind, ob vielleicht der Grund für das Islamismusproblem in der Kolonialzeit auszumachen ist oder ob frühe Reformautoren wie Al-Maududi oder Al-Afghani eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung von gewaltbereiten islamistischen Strukturen spielten. Spezialisten analysierten Schriften des Islamisten Sayyid Qutb und suchten Aspekte, die die besondere Gewaltbereitschaft von Muslimen belegen sollten. Sie arbeiteten Radikalisierungsprozesse heraus und umrissen potenzielle Tätergruppen.

Attentäter kommen aus allen Schichten und umfassen alle Berufsgruppen; es sind Studenten und Arbeiter, Intellektuelle und Kleinkriminelle, Arbeitslose und scheinbar integrierte sozial engagierte Jugendliche. Auch die Herkunftsländer der Attentäter lassen sich nicht auf wenige „Problemstaaten“ eingrenzen, auch weil unter den Tätern immer wieder westliche Konvertiten waren. Ähnlich verhält es sich mit der Zuordnung zu konkreten Gruppierungen, die über eine Organisationsstruktur verfügen oder ein bestimmtes Profil aufweisen. Nach den Attentaten von London im Juli 2005 konzentrierten sich die Behörden verstärkt auf so genannte „Home-Grown“-Netzwerke, d. h. sie untersuchten Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund. Die Re-Islamisierung der zweiten und dritten Einwanderergeneration wurde zum zentralen sicherheitspolitischen Thema.

Die versuchten Anschläge auf Regionalzüge in Deutschland führten auf Studenten als Tätergruppe zurück. Die „Kofferbomber“ agierten allerdings

nicht wie die Hamburger Gruppe um den in die Anschläge vom 11. September 2001 verwickelten Mohammed Atta zunächst als „Schläfer“, sondern waren erst einige Zeit vor der Tat nach Deutschland eingereist. Auch die Motive sind nicht vergleichbar: Die 2006 in Deutschland versuchten Attentate waren nicht als Selbstmordattentate geplant und hatten auch nicht zum Ziel, Palästina zu befreien und ein „islamisches Staatswesen“ zu errichten. Vielmehr waren sie eine Vergeltung gegenüber der westlichen Welt für die erlittene Beleidigung durch die Mohammed-Karikaturen. Die Täterprofile und deren Motive werden auch dadurch vielfältiger, weil immer mehr westlich sozialisierte Konvertiten im islamistischen Extremismus auftreten, wie Steven Smyrek, der sich im Namen Gottes in die Luft sprengen wollte, oder Germaine Lindsay, der starb, als er in der Londoner U-Bahn seine Bombe zündete. Spätestens da wurde klar, dass es kein universell anwendbares Erklärungsmodell für islamistischen Terrorismus gibt.

Bei aller Heterogenität der Täterprofile und vermutlich auch der Motive haben die islamistischen Terroristen etwas gemeinsam: Sie wenden Gewalt an, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Dabei nehmen sie das Leid, das sie vollkommen Unbeteiligten zufügen, nicht nur in Kauf, sie berauschen sich sogar daran. Bezeichnend dafür ist die Zusammensetzung der Kofferbomben: Die Attentäter mischten dem Sprengstoff Speisestärke bei. Nach der Zündung der Bomben hätte sich ein Gemisch aus Benzin, Luft und Stärke wie ein glühender Film über die Reisenden gelegt, den Schmerz der Brandwunden verstärkt und den Heilungsprozess verlangsamt.

Der Schriftsteller und Philosoph Hans Magnus Enzensberger bezeichnet Personen, die zu derartiger Gewaltanwendung fähig sind, als „radikale Verlierer“. Diesen Typus beschäftige nichts anderes als die eigene Unterlegenheit, die eigene Macht- und Wertlosigkeit. Der Verlierer suche einen Sündenbock, denn es müsse aus seiner Sicht einen Schuldigen geben, der die Verantwortung für sein Versagen trage. Der Islamismus schein zu erklären, warum die muslimische Welt als „Verlierer“ dastehe, und er kompensiere soziales und ökonomisches Versagen mit moralischer Überlegenheit. Dabei seien die politischen Inhalte des Islamismus sekundär, was zähle, sei die Definition des Feindes, dem – als dem Bösen an sich – jegliche Existenzberechtigung abgesprochen werde.

Satellitenfernsehen und Internet tragen dazu bei, die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Wohlstand den Menschen weltweit präsent zu hal-

ten. Angesichts der eigenen, oft bedrückenden Lebensverhältnisse wird das Versprechen der Moderne, allen Menschen Frieden, Demokratie und Wohlstand zu bringen, von einer wachsenden Zahl von Menschen inzwischen als leer empfunden – auch im Nahen und Mittleren Osten. Gleichzeitig nutzen Islamisten das Internet, um neue Anhänger zu finden.

Immer wieder erscheinen Internetbotschaften von Wortführern des internationalen Terrorismus, die sich als Opfer darstellen, moralische Überlegenheit suggerieren und ihre Taten legitimieren. Am 23. April 2006 appellierte Bin Laden in einer von dem arabischen Sender Al-Dschasira ausgestrahlten Video-Botschaft an die Ummah (die Gemeinschaft der Muslime), den Jihad mit allen verfügbaren Mitteln zu führen. Dies sei notwendig, da die westliche Welt niemals islamische Werte anerkennen werde. Der Westen sei überzeugt von seiner „ethnischen Überlegenheit“, denke in Kategorien von „weißen Herren und farbigen Sklaven“ und werde seinen „Kreuzzug gegen den Islam“ bis zur endgültigen Entscheidung fortsetzen.



Internetbotschaft: „Gott ist groß! Den Ungläubigen wird ihre gerechte Strafe zuteil!“

Zahlreiche Websites und Chatrooms sind darauf ausgerichtet, unschlüssige und orientierungslose Muslime vom Jihad zu überzeugen. Dort können Interessierte Kontakt mit gewaltbereiten Islamisten aufnehmen und Informationen austauschen. Mittlerweile ist im Web von der Anleitung zum Bombenbau bis zum virtu-

ellen Trainingscamp alles zu haben, was selbsternannte Jihadisten interessiert und zu Gewalttaten anstachelt. Dabei schrecken die Betreiber nicht einmal davor zurück, Popmusik als Träger der islamistischen Botschaft einzusetzen, denn Ziel ist, ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Ein Beispiel ist das Video „Dirty Koffer“ von Sheikh Terra, das maskierte Kämpfer zeigt, die mit voller Bewaffnung zu Popmusik tanzen, so für den Jihad werben und westliche Politiker als Ungläubige diffamieren.

Immer mehr lösen sich die Täterprofile der islamistischen Terroristen von Organisationsstrukturen wie „Al Kaida“, „Asbat al-Ansar“ oder „Jemaah

Islamiya“ ab. Die herkömmlichen Methoden der Aufklärung von extremistischen Bestrebungen verlieren hierbei an Bedeutung. Eine Anbindung an radikale Moscheegemeinden, islamistische Zentren oder lokal agierende Netzwerkstrukturen ist für gewaltbereite Muslime nicht mehr zwingend notwendig, wie das Fehlen einer solchen Anbindung auch keine Friedfertigkeit garantiert.

In Regionen wie Brandenburg, die über einen geringen muslimischen Bevölkerungsanteil verfügen, ist diese Entwicklung beunruhigend. Denn sie bedeutet, dass eine weitgehende Abwesenheit von einschlägigen islamischen Zentren und Organisationsstrukturen kein Garant für die Abwesenheit des gewaltbereiten Islamismus darstellt. Auch hier gibt es Menschen, die sich in der Rolle des „radikalen Verlierers“ sehen, und das Identifikationsangebot der Islamisten ist jederzeit und an allen Orten über das Internet zu erhalten. Zwar werden Anschläge selten allein verübt, doch bietet die Nähe zu Berlin jederzeit Möglichkeiten zur Anbindung an Gleichgesinnte.

In Brandenburg leben nur wenige Muslime, weshalb sich weder größere muslimische Gemeinden noch legalistische islamistische Organisationen wie die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) herausbilden konnten. Folglich gibt es nur wenige Einrichtungen (Gebetsräume/Moscheen/islamische Zentren), an denen islamistisches Gedankengut verbreitet werden kann und sich Rekrutierungs- und Radikalisierungsprozesse vollziehen können. Andererseits muss die räumliche Nähe zu Berlin bei der Bewertung der Sicherheitslage in Betracht gezogen werden. Brandenburg als Berliner Umland kann gewaltbereiten Islamisten als Rückzugs- und Ruheraum dienen. Es gibt Hinweise, die die Prognose zulassen, dass sich Extremisten aufgrund des erhöhten Fahndungsdrucks, vor allem in den alten Bundesländern, einen neuen Wirkungskreis suchen, was langfristig eine Verschiebung der Szenen in die neuen Bundesländer zur Folge haben kann. Deshalb müssen islamische Einrichtungen auf ihre Relevanz zum islamistischen Umfeld in zweierlei Hinsicht geprüft werden: erstens auf deren Einbindung in islamistische Strukturen und zweitens auf deren Funktion als Rekrutierungspool.

Zurzeit liegen keine Erkenntnisse über geplante Gewalttaten oder Bildung von gewaltbereiten islamistischen Netzwerken in Brandenburg vor. Einzelpersonen, die den Islamismus befürworten und auch Gewalt tolerieren, halten sich allerdings in Brandenburg auf. Dass ein Personenpotenzial für

Radikalisierungsprozesse in Brandenburg vorhanden ist, lässt sich an Predigten in brandenburgischen Gebetsräumen erkennen.

Ein weiteres Risikopotenzial stellen Aktivitäten von Missionsgruppen dar. Die in Deutschland bekannteste, die „Tablighi Jama'at“ (TJ), gibt sich in der Öffentlichkeit zwar unpolitisch, die Überprüfung der Vorgeschichte der Missionare erbrachte aber teilweise bedenkliche Ergebnisse: Ein Teil hat eine militärische Ausbildung in Krisengebieten absolviert und unterhält gute Kontakte zu Personen aus dem Umfeld der arabischen Mujahedin. Hierzu ist auch die „Tablighi Jama'at“-Gruppe zu rechnen, die in Brandenburg mehrfach missionarisch tätig war. Zumindest ein Mitglied dieser Gruppe hat ein Ausbildungslager in Afghanistan besucht, und zwei der Gruppenmitglieder pflegten engen Kontakt zum Umfeld des gewaltbereiten Islamismus. Der Verfassungsschutz muss in einem solchen Fall ständig Daten mit den Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer abgleichen, insbesondere mit den Berliner Behörden. Die seit 2004 tätige „Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle“ (NIAS), die Teil des „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums“ (GTAZ) in Berlin ist, hat sich hierbei besonders bewährt.

Adressaten der Missionsreisenden sind nicht immer Ausländer oder Muslime mit Migrationshintergrund. Immer häufiger bewegen sich Deutsche oder andere EU-Bürger in islamistischen Milieus. Obwohl sie in westlichen Gesellschaften aufwuchsen, sind sie irgendwann im Laufe ihres Lebens zum Islam konvertiert und haben sich dem gewaltbereiten Islamismus zugewandt. Deutsche Konvertiten drangen sogar bis ins nähere Umfeld von Bin Laden vor. Manche sind bereit, für den Jihad im Irak Selbstmordattentate zu begehen, sind Führungspersonen in islamistischen Zentren oder spielten bei Anschlägen, z. B. bei den Attentaten auf die Londoner U-Bahn, eine zentrale Rolle. Westliche Konvertiten sind bei islamistischen Organisationen sehr willkommen, da sie sich in den westlichen Ländern unauffällig bewegen können. Konvertiten mit Bezügen zu islamistischen Milieus gibt es auch in Brandenburg.

Trotz dieser beunruhigenden Entwicklungen gilt es festzuhalten, dass sich die überwiegende Mehrzahl der Muslime in Brandenburg als Teil der deutschen Gesellschaft begreift und kein Verständnis für Islamisten zeigt. Muslime sind in Brandenburg willkommen, denn sie bereichern das ökonomische, kulturelle und religiöse Leben.

Prognose

Islamismus und Radikalisierung bis zum Terrorismus sind Phänomene, die die gesamte europäische, amerikanische und zunehmend auch asiatische Gesellschaft betreffen. Organisationsstrukturen treten in den Hintergrund, vorrangig agieren Klein- und Kleinstgruppen. Die Anschläge von London 2005 und Köln/Koblenz 2006 haben gezeigt, dass eine Anbindung an Mujahedin-Netzwerke keine notwendige Voraussetzung für das Aktivwerden von Attentätern ist. Personen können sich selbst radikalieren und Anschläge planen, ohne von außen gesteuert zu werden. Der Kreis potenzieller Islamisten ist nahezu unüberschaubar geworden.

Es ist zu erwarten, dass sich mutmaßliche Attentäter in Zukunft immer weniger eingrenzen lassen. Gewaltbereite Islamisten treffen sich nicht mehr ausschließlich in islamischen Vereinen oder Moscheen, sondern agieren vorwiegend in Privaträumen und kleinen Gruppen. Sie suchen sich nicht unbedingt symbolträchtige Ziele in Großstädten wie Berlin, sondern wählen Ziele in der Nähe von Orten, an denen sie leben oder die sie kennen. Bei den Anschlägen auf die Regionalzüge in Hamm und Koblenz wurde deutlich, dass nicht nur Ballungszentren, sondern auch kleinere Städte Anschlagziele werden können. Ausschlaggebend für die Ortswahl kann beispielsweise der Studienort sein. Insofern ist es nicht möglich, eine Vorhersage über Orte zu treffen, die möglicherweise als Nächstes ins Visier islamistischer Attentäter geraten. Die bisherigen Anschlagversuche zeigten allerdings, dass öffentliche Verkehrsmittel ein bevorzugtes Ziel sind.

Ein Großteil der Aktivitäten von Islamisten hat sich in den virtuellen Raum verlagert, und diese Entwicklung wird weiter fortschreiten. Die einschlägigen Internetforen sind in verschiedenen Ebenen organisiert, deren Zugang nur auf Einladung der Mitglieder der jeweils höheren Ebene möglich ist. Welche Gefahren dies in sich birgt, wurde 2006 durch den in den Medien bekannt gewordenen Fall der Berliner Konvertitin deutlich, die sich mit zwei Konvertitinnen aus Süddeutschland über ein Chatforum zu Selbstmordattentaten im Irak und in Afghanistan verabredete.

Die Gefahr der Selbstradikalisierung ist bedrohlich. Es bedarf nur eines Computers und eines Internetanschlusses, um sich bei den Islamisten einzuklinken. In Zukunft wird daher die Internetrecherche eine zentrale Bedeutung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus einnehmen.

Spionageabwehr – warum?

Wenn Sie gefragt werden würden, ob Spionageabwehr heute noch erforderlich ist, was würden Sie antworten?

Vielleicht, dass es seit dem Ende des Kalten Krieges und der Annäherung von Ost und West nicht mehr notwendig ist, zu spionieren? Oder, dass es im Zeitalter der modernen Kommunikationsmittel für jedermann möglich ist, alle Informationen in den Medien und vor allem im Internet zu finden?

Beide Antworten sind richtig und doch falsch!

Tatsächlich sind seit dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen viele interessante Informationen aus dem politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich der einstigen Gegner keine Geheimnisse mehr, weil sie im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit bewusst und gewollt bekannt gemacht und übermittelt werden. Es trifft auch zu, dass die enormen Möglichkeiten der elektronischen Vernetzung die offene Informationsbeschaffung durch Nutzung unterschiedlicher Medien und insbesondere des Internets für eine umfassende Meinungsbildung gestatten. Spione haben es heutzutage relativ leicht, selbst in geschützte IT-Systeme einzudringen und sich sozusagen auf Knopfdruck fertig aufbereitetes Know-how zu beschaffen. Das Risiko, dabei entdeckt zu werden, ist gering.

Dennoch gibt es in jedem Land Informationen, die aus unterschiedlichen Gründen geheim gehalten werden. Daher ist es für einige Staaten auch in Zeiten der Europäisierung und Internationalisierung nach wie vor besonders wichtig, aus den klassischen Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Militär Informationen zu erlangen, die nicht öffentlich zugänglich sind. Die elektronische Aufklärung kann in diesen Fällen trotz aller Möglichkeiten die menschliche Quelle nicht völlig ersetzen – den Agenten, der die wertvollsten Informationen vor Ort beschafft.

Gute zwischenstaatliche Beziehungen hindern fremde Staaten nicht, ihren Nachrichtendiensten den – u. U. gesetzlich geregelten – Auftrag zu erteilen, wichtige Informationen illegal zu beschaffen. Ein Beispiel für Spionage

per Gesetz liefert Artikel 5 des Gesetzes der russischen Föderation über die Auslandsaufklärung, der die „Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts des Landes durch Beschaffung von wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Informationen durch die Organe der Auslandsaufklärung“ vorsieht.

Spionageaktivitäten, auch durch weitere Staaten, sind folglich noch immer von Bedeutung. So sind politische Gespräche und Verhandlungen häufig dadurch geprägt, dass jeder Gesprächs- bzw. Verhandlungspartner eine eigene Position und Meinung zu dem anstehenden Thema hat und diese zunächst konsequent vertritt. Dabei beinhaltet jeder Standpunkt der vertreten wird im Allgemeinen auch einen Spielraum für Kompromisse, die mit den eigenen Beratern abgestimmt sind. Bei schwierigen oder politisch brisanten bi- oder multilateralen Treffen kann es für die eigene Verhandlungsstrategie von entscheidender Bedeutung sein, bereits im Vorfeld die genauen Intentionen und Ziele des Gegenübers sowie seine Spielräume zu kennen, die eigene Verhandlungstaktik danach auszurichten, um dadurch möglicherweise das eigene gewünschte Ergebnis zu erreichen.

Im militärischen Bereich ist es – trotz aller internationalen Zusammenarbeit in Konfliktsituationen – für die heimische Militärentwicklung und -industrie von herausragender Bedeutung, die neuesten technischen Forschungen, Pläne und Entwicklungen zu kennen, um dadurch eigene Kosten zu sparen und um auf dem internationalen Parkett gleichwertig sein zu können.

Ein besonders bevorzugter und finanziell sehr lukrativer Spionagezweig ist die Wirtschaftsspionage. Zur Klarstellung: Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben, die von fremden Nachrichtendiensten im staatlichen Auftrag betrieben wird. Im Gegensatz dazu steht die Konkurrenz- oder Industriespionage, die von einem oder mehreren Konkurrenzunternehmen auf unterschiedliche Art und Weise ausgeübt wird.

Der weltweite Kampf um das Überleben der eigenen Volkswirtschaft und der damit zwangsläufig zusammenhängende politische, weltwirtschaftliche und gesellschaftliche Bestand einer Nation hat zur Ausspähung neuer, wirtschaftlich zukunftsweisender und wissenschaftlich innovativer Entwicklungen und Ideen geführt. Dabei geht es um den eigenen nationalen Vorteil und um Zeit- und Kostenersparnis, um die Eroberung von Märkten



Plakat des Bundesamtes für Verfassungsschutz

und um wirtschaftliche Vorherrschaft. Um in diesem Kampf bestehen und möglicherweise gewinnen zu können, scheuen Staaten nicht davor zurück, nachrichtendienstliche Mittel, insbesondere Agenten einzusetzen. In den letzten Jahren werden vor allem in der Wirtschaft, aber auch in der Öffentlichkeit die Schäden, die unserer Volkswirtschaft durch Wirtschaftsspionage und Produktpiraterie entstehen, wahrgenommen und zunehmend als Bedrohung für die eigene Wirtschaft empfunden. Dafür gibt es fast täglich Berichte in der Presse.

Wie stellt sich die Situation eines kleinen oder mittelständischen Unternehmens dar: Nur beständige Innovation, z. B. durch Optimierung bestehender Prozesse, durch Implementierung neuer Ideen in Verfahrensabläufe oder durch Entwicklung neuer Technologien, sichert die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens. Hierin liegt die Chance, sich rasch und konsequent den ständig neuen Anforderungen des Marktes anpassen zu können. Erfolg und Misserfolg hängen von vielen Faktoren ab.

Ein stärkerer Schutz der Wirtschaft, insbesondere durch Eingreifen des Staates, ist eine aus Wirtschaftskreisen immer wieder erhobene Forderung. Hier ist der Verfassungsschutz in der Pflicht aufzuklären, zu sensibilisieren und abzuwehren. Dazu hat er einen gesetzlichen Auftrag!

Zum gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Ziff. 2 Bbg-VerfSchG) zählt die Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht. Darunter fallen auch Spionage und Sabotage, zu deren Abwehr der Verfassungsschutz die erforderlichen Informationen sammelt und nach Auswertung Gegenmaßnahmen einleitet.

Die größte Gefahr für einen nicht gewollten Know-how-Abfluss ist der Innentäter, der die Quelle im Ausspähungsobjekt ist und höchst konspirativ auftritt. Legale Zugangsmöglichkeiten und Kenntnisse über innerbetriebliche Schwachstellen sind sein Vorteil. Die Gesprächsabschöpfung bei öffentlichen Veranstaltungen, Präsentationen und Werbeaktivitäten ist ein althergebrachtes Mittel der Informationsbeschaffung. Der brandenburgische Verfassungsschutz geht im gesetzlichen Auftrag verstärkt mit Sensibilisierungsmaßnahmen auf Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen im Land zu. Da die Behörde nicht dem Strafverfolgungszwang unterliegt, kann sie in besonderer Weise, auch vertraulich,

beraten und aufklären. Diese Dienstleistung wird kostenlos als Beratung, Vortrag oder Schulung direkt in den Unternehmen vor Ort zur Verfügung gestellt. Ihr Ansprechpartner ist Peter Giebler, Telefon/Anrufbeantworter/ Fax: 0331/8662541, E-Mail: peter.giebler@mi.brandenburg.de.

Auch in der Spionageabwehr gilt das Prinzip „Vorbeugen ist besser als Heilen“; daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Geheimsschutzes.

Der personelle Geheimsschutz beschäftigt sich ausschließlich mit so genannten Sicherheitsüberprüfungen, d. h. mit einem Verfahren zur Überprüfung von Personen, die mit vertraulichen oder geheimen Unterlagen oder Informationen Umgang haben. Dieses Verfahren ist seit 2001 gesetzlich im Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BbgSÜG) detailliert und abschließend geregelt. Sinn und Zweck ist es, durch die ausschließlich freiwilligen Angaben der zu überprüfenden Person im Vorfeld einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit auf Umstände aufmerksam zu werden, die geeignet sein könnten, ein Sicherheitsrisiko in der betreffenden Person zu erkennen. In diesen Fällen ist die Person dazu zu befragen und gegebenenfalls kann ihr eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit nicht übertragen werden.

Kaum ein gesellschaftlicher Bereich ist frei von Spionagegefährdung. Wenn Sie Hinweise oder Anregungen geben wollen beziehungsweise weitere Informationen wünschen, erreichen Sie die Spionageabwehr wie folgt:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Abteilung V- Referat Spionageabwehr -
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13
14467 Potsdam
Tel.: 0331/8662500, Fax.:0331/8662055

Über ein Vertrauliches Telefon (Anrufbeantworter) können Sie der Spionageabwehr unter 0331-2700230 rund um die Uhr Informationen – auch anonym – übermitteln. Selbstverständlich werden Ihre Hinweise auf Wunsch vertraulich behandelt. Der Verfassungsschutz unterliegt nicht, wie Polizei und Staatsanwaltschaft, dem Strafverfolgungszwang und kann deshalb die Interessenlage der Personen und Firmen berücksichtigen, die ihm Informationen zur Verfügung stellen.

Verfassungsschutz durch Aufklärung

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz verlangt, die Öffentlichkeit über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu informieren (§ 5 BbgVerfSchG); daher sind Information und Aufklärung der Öffentlichkeit eine Kernaufgabe des Verfassungsschutzes. Nicht nur die Mitarbeiter des Referats „Prävention, Öffentlichkeitsarbeit, Verfassungsschutz durch Aufklärung“, auch Kollegen aus anderen Fachbereichen nehmen diese Aufgabe wahr, indem sie auf Brandenburger Bürgerinnen und Bürger zugehen, auf Lehrer und Jugendarbeiter, Schüler und Auszubildende sowie auf Vereine und Verbände. Politische Gremien auf Landes- und Kommunalebene, Medien und andere Multiplikatoren sowie Wirtschafts- und Unternehmerverbände sind gleichfalls Adressaten von Informationen über den Rechts- oder Linksextremismus, den Islamismus oder den Wirtschaftsschutz.

Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über Aufgaben, Befugnisse und Erkenntnisse des Verfassungsschutzes Brandenburg ist immer zielgruppenorientiert. Sie erfolgt durch Vorträge, Symposien und Fachtagungen, durch Broschüren und Falblätter sowie durch Beiträge auf der Website. Die unterschiedlichen Aktivitäten dienen alle dem Ziel, die wehrhafte Demokratie zu stärken. Denn der beste Schutz der Demokratie sind aufgeklärte und mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich von Extremisten nicht in die Irre führen lassen und die erkennen können, wie Extremisten die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen.

Die Erfahrung zeigt, dass die Sympathie für die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Brandenburg sehr hoch ist. Wohl jeder schätzt das Leben in einer Gesellschaft, in der Menschenrechte gelten, in der das Volk souverän ist, in der es Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte gibt, um nur einige Aspekte zu nennen. Wenn deutlich wird, dass diese Werte durch Extremismus bedroht sind, verfliegt häufig die Skepsis, mit der einige Zuhörer den Ausführungen der Referenten des Verfassungsschutzes mitunter folgen.

Besonders deutlich wird das, wenn die Zuhörer selbst die Rolle des Verfassungsschützers einnehmen. Schülerinnen und Schüler aus Lucken-

walde lernten im Herbst 2006 im Rahmen einer Projektwoche die Arbeit des Verfassungsschutzes kennen. In einer Lerneinheit bekamen sie Texte verschiedener extremistischer Gruppen ausgehändigt, anhand derer sie – in der fiktiven Rolle eines Verfassungsschützers – entscheiden mussten, ob die jeweilige Bestrebung beobachtet werden soll. Die lebhaften und strittigen Diskussionen in den Arbeitsgruppen haben gezeigt, dass es den Schülern Spaß macht, sich auf solche spielerische Art Gedanken über die Demokratie und ihre Feinde zu machen und sich zur Demokratie zu bekennen.

Erste gute Erfahrungen zum Demokratieverständnis Jugendlicher wurden auch mit dem vom Verfassungsschutz Brandenburg entworfenen Planspiel „Demokratie und Extremismus“ gemacht. Verschiedene, zahlenmäßig gleiche Gruppen sollten jeweils extremistische Auffassungen bzw. demokratische Prinzipien vertreten. Dann planten und spielten die Gruppen eine „Bürgersitzung“, in der ein kommunalpolitisches Problem gelöst werden sollte. Ein „Presseteam“ begleitete den Vorbereitungsprozess und berichtete halbstündlich über die Entwicklungen in den Gruppen und über aktuelle Geschehnisse. Dieses Planspiel, das die Konflikte zwischen Demokratie und ihren Feinden erlebbar macht, erlebte im Dezember 2006 in Halbe mit großem Erfolg seine Premiere.

Sichtbar und verständlich wird die wehrhafte Demokratie auch durch Menschen, die sich in ihrem Beruf dafür einsetzen. Deswegen tritt die Verfassungsschutzbehörde an Schulen teilweise gemeinsam mit Polizeibeamten auf, die aus ihrer täglichen Praxis – in der Regel im Nahbereich der Schule – berichten. Mitunter kennen sie die Schülerinnen und Schüler sogar persönlich. Dadurch bekommen Informationen z. B. über Straftaten mit extremistischem Hintergrund einen unmittelbaren Bezug. Im Laufe des Vortrages wird klar, dass das Gegenstück zu Rechtsextremismus nicht Linksextremismus ist, sondern die Demokratie und ihre freiheitliche Grundordnung.

Doch nicht nur im Rahmen von Vorträgen stellen sich Verfassungsschützer den Fragen und Anregungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Das Info-Mobil des Verfassungsschutzes Brandenburg dient auf Messen oder vor Veranstaltungen als Info-Stand. Verfassungsschützer und Info-Mobil waren z. B. auch beim Brandenburg-Tag in Forst. Die öffentliche

Resonanz auf dieses Informations- und Gesprächsangebot ist immer sehr positiv.

Für Vertreter der Jugendarbeit im Land Brandenburg veranstaltete der Verfassungsschutz 2005/2006 die Symposien „Musik und Hass“, „Rechtsextremistische Jugendkulturen“ (gemeinsam mit EJF Lazarus) und „Extremistische Graffiti“. Gerade Multiplikatoren, die bei ihrer Arbeit mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen in Berührung kommen, brauchen die Unterstützung durch Expertenwissen, z. B. über verfassungsfeindliche Skinheadmusik. Regelmäßige Vorträge am Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) ermöglichen zusätzliche Kontakte mit Lehrern und Fachleuten der Jugendarbeit.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) war im Herbst 2006 mit zwei Wanderausstellungen in Brandenburg vertreten: „Die braune Falle – Eine rechtsextremistische Karriere“ in Cottbus und „Die missbrauchte Religion – Islamisten in Deutschland“ in Potsdam. Die Ausstellungsbesucher wurden auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes Brandenburg betreut.

Die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Vorträgen, Symposien, Planspielleitungen etc. wurde 2006 durch eine Reihe von Publikationen ergänzt: Der Verfassungsschutzbericht 2005 erschien erstmals in Form eines übersichtlichen Handbuchs. Die Falblattreihe „Feinde der Demokratie“, in der bisher „Rechtsextremisten“, „Linksextremisten“, „Islamisten“ und „Hassmusiker“ erschienen, ist um das Falblatt „Hassmusiker 2“ erweitert und durch Neuauflagen aktualisiert worden. Insbesondere junge Menschen erfahren kurz und knapp, welche Ziele die jeweiligen Extremisten verfolgen und durch welche ihrer Vorstellungen und Aktivitäten sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung stellen.



Im August 2006 haben die Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Berlin gemeinsam die Broschüre „Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus“ herausgegeben. Darin werden verbotene Kennzeichen rechtsextremistischer Organisationen dargestellt, ebenso legale Symbole und Modelabels, die in den rechtsextremistischen Jugendszenen beliebt sind. Die Broschüre richtet sich vorwiegend an Lehrer, Jugendarbeiter, Streetworker und Polizisten, die entscheiden müssen – manchmal ad hoc – ob sie angesichts eines rechtsextremistischen Symbols einschreiten müssen. Die große Nachfrage nach der Broschüre bestätigt, wie sehr diese Informationen benötigt werden.

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 2006 sowie alle genannten Broschüren und Faltblätter sind auch auf der neu gestalteten Homepage des Verfassungsschutzes Brandenburg unter www.verfassungsschutz.brandenburg.de zu finden. Die neue Seite entspricht seit Frühjahr 2006 den Anforderungen einer barrierefreien Nutzung und unterrichtet die User regelmäßig über neueste Ereignisse oder Erkenntnisse aus den Extremismusbereichen. So erschien ein Kommentar über die Selbstauflösung des



Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes spricht vor Schülern einer 10. Klasse

rechtsextremistischen „Märkischen Heimatschutzes“. Eine Artikelserie informierte über die NPD als rechtsextremistische Partei. Thema im März 2006 war die Gewalt zwischen links- und rechtsextremistischen Jugendlichen in Potsdam. Im gleichen Monat wurde dargelegt, wie Islamisten ihren Nachwuchs rekrutieren. Nicht zuletzt nutzte der Verfassungsschutz die Website auch, um auf die eigenen Veranstaltungen und vielfältigen Angebote aufmerksam zu machen.

„Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ist nicht nur der Name des zuständigen Referats, sondern zugleich eine wesentliche Aufgabe des Brandenburger Verfassungsschutzes. Die Informationen, die der Verfassungsschutz sammelt und analysiert, werden allen Akteuren der wehrhaften Demokratie zur Verfügung gestellt; Regierung und Polizei genauso wie Bürgerinnen und Bürgern.

Für die Aufgaben des Verfassungsschutzes standen 2006 in Brandenburg 125 Planstellen zur Verfügung, alle davon waren besetzt. Die Personalkosten beliefen sich auf 5.080.800 Euro. An sonstigen Haushaltsmitteln standen insgesamt 1.300.000 Euro bereit, davon wurden 1.298.797,30 Euro ausgegeben.

Für das Jahr 2007 ist eine Weiterführung und Intensivierung der vielfältigen Aktivitäten geplant. Insbesondere betrifft das die Aufklärungsarbeit an Schulen. Das Netz mit Institutionen und Vereinen, die sich gegen Extremismus und für eine demokratische Kultur in Brandenburg engagieren, soll enger geknüpft werden.

Wenn Sie an Vorträgen, Informationsveranstaltungen oder Informationsmaterial interessiert sind, erreichen Sie die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

per E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de
per Telefon: 0331-866 2500
per Fax: 0331-866 2055
per Post: Ministerium des Innern
Referat V/2
Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13
14467 Potsdam.

Personenpotenziale

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Brandenburg		Bund
	2005	2006	2006
subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten*	570	550	10.400
organisierte und unorganisierte Neonazis	350	270	4.200
NPD**	190	230	7.000
DVU	300	280	8.500
REP	Einzelpersonen		6.000
sonstige rechtsextremistische Organisationen	55	50	3.800
gesamt	1.465	1.380	39.900
Mehrfachmitgliedschaften	80	60	1.300
tatsächliches Personenpotenzial	1.385	1.320	38.600

* Die Zahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten, darunter Skinheads, wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber aufgrund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

** Die Mitgliederzahl der NPD wird unter Berücksichtigung der Unterorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) angegeben.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Brandenburg	
	2005	2006
Autonome*	310	300
Anarchisten	20	Einzelpersonen
DKP	90	100
KPD	15	15
MLPD	25	25
Rote Hilfe	160	150
sonstige linksextremistische Organisationen	75	75
gesamt**	695	665
Mehrfachmitgliedschaften	65	60
tatsächliches Personenpotenzial	630	605

* Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber aufgrund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

** Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen sind nicht mitgezählt.

Mitgliederzahlen ausländerextremistischer und islamistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Brandenburg	
	2005	2006
Islamisten	50	50
davon IGMG	Einzelpersonen	
Linksextremisten	120	170
davon KONGRA-GEL*	100	150
Nationalistische Extremisten	30	35
gesamt	200	255*

* Hier werden auch mit Verbot belegte Gruppen mitgezählt.

Extremistische Parteien und Gruppierungen

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Gründungsjahr:	1964
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder in Brandenburg:	230
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Deutsche Stimme“ „Zündstoff– Deutsche Stimme für Berlin– Brandenburg“
Internetadressen:	www.brandenburg.npd.de www.npd.de

„Deutsche Volksunion“ (DVU)

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1991
Mitglieder in Brandenburg:	280
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„National-Zeitung“ (NZ)
Internetadressen:	www.dvu-brandenburg.de , www.dvu.de

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
Studentenorganisation:	„Assoziation Marxistischer StudentInnen“ (AMS)
Mitglieder in Brandenburg:	100
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Unsere Zeit“ (UZ), „Roter Brandenburger“ (DKP-Bezirkszeitung Brandenburg), „Trotz alledem!“ (Zeitung der DKP Potsdam-Umland), „Rote Kalenderblätter“
Internetadressen:	www.dkpbrandenburg.de www.dkp.de

„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)
Mitglieder in Brandenburg:	15
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	„Die Rote Fahne“, „Trotz alledem“
Internetadresse:	www.k-p-d-online.de

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Rebell“ (KJVD)
Kinderorganisation:	„Rotfüchse“
Frauenorganisation:	„Courage“
Mitglieder in Brandenburg:	25
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	„Rote Fahne“ „Revolutionärer Weg“
Internetadresse:	www.mlpd.de

„Rote Hilfe e. V.“ (RH)

Gründungsjahr:	1975
Sitz:	Göttingen
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Mitglieder in Brandenburg:	150
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Die Rote Hilfe“ „newsletter“
Internetadressen:	www.rote-hilfe-brandenburg.de.vu , www.rote-hilfe.de

„Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

Gründungsjahr (als PKK):	1978 in der Türkei
Sitz:	Nord-Irak
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Mitglieder in Brandenburg:	150
Publikationen:	„Serxwebun“ (Unabhängigkeit) „Yeni Özgür Politika“ (Neue Freie Politik)
Internetadressen:	www.kongra-gel.org
internationale Teilorganisation: „	Koordination der kurdisch-de- mokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK)

**Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland durch
den Bundesminister des Innern am 26.11.1993**

Sach- und Personenverzeichnis	Seite
Adelaide Institute	61, 63
Al Kaida	80, 103, 108
Al-Zarqawi, Abu Mussab	80
ANSDAPO	33, 37, 40
Anti-Antifa	83, 85f, 88, 91, 93
Anti-Antifa Potsdam	89
Antifa	83, 86ff, 93, 96
„Antifa-Recherche“	90
Antifaschistische Gruppen im Westhavelland	78, 90f
Antifaschistisches Autorenkollektiv	90
Apfel, Holger	46
Asbat al-Ansar	108
Autonome Antifa Teltow-Fläming (AATF)	89, 91
Autonome Antifa	83f
Beier, Klaus	14, 16, 18f
Berliner Alternative Süd-Ost (BASO)	24f
Bewegung Neue Ordnung (BNO)	9, 34
Bewegung Neues Deutschland	34, 74
Beyer, Lars	18
Bin Laden	108
Blickpunkt Lausitz	43
Blood & Honour	52, 73
Chamenei, Ajatollah Ali	105
Combat 18	73
Collegium Humanum	62
Daten-Antifa	92
Deckert, Günter	63f
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	76, 95ff
Deutsche Stimme	13, 21, 29, 50
Deutsche Volksunion (DVU)	9, 27ff, 30f, 76
Deutschland-Pakt	9, 11, 28, 30f
Die Rote Hilfe	85
Europäische Nationale Front (ENF)	13f
Falange	13

Faurisson, Robert	63
Fittinger, Wolfgang	98
Forza Nuova	14
Freie Kräfte	26
Freie Kräfte Westhavelland	74f, 91
Freie Nationalisten Rathenow	91
Freier Widerstand	73
Freies Forum	73
Frey, Dr. Gerhard	27, 30
Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg (GGSÖBB)	37, 66, 74, 76
Globale Islamische Medienfront	80f
Golkowski, Frank	12
Hähnel, Jörg	50f
Halbe	18, 22f, 29, 42, 44, 46, 73, 77, 89
Hammerskins	52
Hatecore Forum	73, 78
Hauptvolk	33, 37ff, 47, 88
Hier & Jetzt	66
Hizb ut-Tahrir	102
Holocaust-Konferenz (Teheran)	61ff
Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg	38
Irving, David	63
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	109
Jemaah Islamiya	108f
Jihad	108, 110
Junge Nationaldemokraten (JN)	15, 23ff, 28, 36, 41ff, 47, 54, 66, 76
Kameradschaft Tor	24
Kommissarische Reichsregierung (KRR)	68f
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	95 ff
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)	98
Kühnen, Michael	35
Lausitzer Aktionsbündnis (LAB)	35, 42f, 66, 74, 76

Lausitzer Front Guben (LFG)	23f, 36, 42, 46f
Leichsenring, Uwe	10f.
Leuchter-Report	63
Lindsay, Germaine	107
Linksradikales Bündnis Göttingen	83
Linksruck	95, 99
Mahler, Horst	61f, 64, 66, 68
Mann, Klaus	29
Märkischer Heimatschutz (MHS)	24, 26, 37, 46f
Marx, Peter	11
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	95, 98
Menzel, Klaus-Jürgen	11
Menzel, Uwe	55
Müller, Brigitte	96
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	9ff, 27f, 30f, 36, 39, 42, 47, 50, 54, 56, 76 79
Nationaler Widerstand Premnitz	75, 91
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mittel- deutschland (NSAM)	38
National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung (NZ)	27
Neda Institute of Political Science	61
Noua Dreapta	13
Oderlandstimme	19
Patriotic Alliance	13, 14
Pastörs, Udo	20
Paul, Matthias	11
Regener, Michael (Lunikoff)	50f
Reinholz, Gordon	24, 37f, 47
Rennicke, Frank	50
Rieger, Jürgen	12, 64 67
Rimland, Ingrid	64
Rote Fahne	97
Rote Hilfe (RH)	76, 84f
Roter Brandenburger	97
Rudolf, Gernar	63, 67
Salomon, Thomas	26

Samisdat Publishers Ltd.	63
Schaub, Bernhard	63
Schleese, Werner	98
Schriftenreihe der KPD	98
Schutzbund Deutschland	33ff, 36f, 41, 47, 74
Schwab, Jürgen	66
Schwemmer, Günther	29
Seelow	23, 44, 46, 93
Sheikh Terra	108
Skadi Forum	73, 75
Skinhead-Bands, rechtsextremistische	53, 56ff, 75
Smyrek, Steven	107
Soligruppe Frankfurt (Oder)	85
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	97
Sportfreunde 06	20, 39
Stolz, Sylvia	64, 66ff
Sturm 27	24, 33, 37ff, 47, 88
Sturm Cottbus	23f, 36, 42, 46f, 76
Tablighi Jama'at (TJ)	110
Töben, Frederick	63
Verbeke, Siegfried	63, 67
Voigt, Udo	12
Volksfront	9
Worch, Christian	35
Wortergreifungsstrategie	18f
Zündel, Ernst	42, 63f, 66

Fotonachweis: dpa (Titel), Ministerium des Innern (S. 5, 7, 45, 122)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbem oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die auf Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.